Ausgabe 03|25

EINSICHTEN + PERSPEKTIVEN

Bayerische Zeitschrift für Politik und Geschichte

Bayerische Landeszentrale
für politische Bildungsarbeit

IM FOKUS

Soziale Ungleichheit und Sozialstaat
Leitfaden für eine freiheitliche Gesellschaft

SERIE

Demokratische Resilienz
in harten Zeiten

KRIEG GEGEN DIE UKRAINE

Show, Plan und Skandal.
Das fortgesetzte Tauziehen um die Ukraine

EDITORIAL

Geschätzte Leserin, geschätzter Leser,

soziale Ungleichheit ist kein Randthema, sondern ein zentraler Faktor, der die Stabilität einer demokratischen Gesellschaft wesentlich mit beeinflusst. Wo soziale Spaltungen wachsen, geraten nicht nur individuelle Lebensläufe unter Druck, sondern auch das Vertrauen in demokratische Institutionen und den gesellschaftlichen Zusammenhalt insgesamt. Unser Titelbild greift die oben angesprochene Ambivalenz auf: In der Szenerie des sozialen Brennpunkts im Frankfurter Bahnhofsviertel stehen Reich und Arm direkt nebeneinander.

Der Schwerpunkt dieser Ausgabe widmet sich diesem Spannungsfeld mit Statistiken und Beiträgen von drei Autorinnen und Autoren, die soziale Ungleichheit aus unterschiedlichen Perspektiven beleuchten. Dabei wird deutlich, wie stark das Thema polarisiert und wie es in Zeiten knapper Kassen an Bedeutung gewinnt. Im öffentlichen Diskurs stehen sich Forderungen nach mehr Gleichheit und Umverteilung auf der einen Seite, und Positionen, die auf gleichwertige Lebensverhältnisse, das Leistungsprinzip und den Schutz des Eigentums auf der anderen Seite hinweisen, zum Teil unversöhnlich gegenüber.

Ernst-Ulrich Huster widmet sich in seinem Beitrag genau diesem Konnex zwischen Sozialstaat und der freiheitlichen demokratischen Grundordnung aus einem historischen Blickwinkel, während Tobias Ortmann am Beispiel des Bürgergeldes dessen Dimension für die soziale Ungleichheit beleuchtet. Ina Schildbach weitet im Interview diesen Aspekt und richtet den Fokus u. a. auch auf Lösungsansätze und die Rolle jeder Einzelnen/jedes Einzelnen dabei.

Es mag dabei sein, dass die politische Schnelllebigkeit, die insbesondere sozialpolitische Debatten prägt, die Aktualität der Inhalte dieses Heftes schnell veralten lassen wird, zum Beispiel bei der Diskussion über das sog. „Bürgergeld". [Zeitgleich mit Redaktionsschluss verabschiedete das Bundeskabinett den Gesetzentwurf zur sog. „Grundsicherung".]

Diese Veraltungsgefahr besteht auch bei Klaus Gestwas Analyse des politischen Tauziehens um die Ukraine, wo intensiv um einen möglichen Friedenschluss gerungen wird. Alexander Stulpe beschäftigt sich im dritten und letzten Teil seiner Serie zur Resilienz demokratischer Systeme damit, woraus liberale Demokratien ihre Widerstandskraft in solch fordernden Zeit wie der unsrigen zu schöpfen suchen.

In der Fortführung der Reihe zu weiblichen Persönlichkeiten in der bayerischen Politik setzt sich Daniela Neri-Ultsch mit Hildegard Hamm-Brücher, ihrer Rolle für den Kampf um Frauenrechte und ihrem wegweisenden Wirken auseinander. Abschließend gibt Ludwig Unger Einblick in Konzeption, Entstehen und Werden der neuen Dauerausstellung samt Neubau des Deutsch-Deutschen Museums in Mödlareuth.

Es bleibt dabei: Optimismus ist laut Karl Popper Pflicht! In diesem Sinne wünschen wir unserer Leserschaft eine anregende und ertragreiche Lektüre.

Die Redaktion

INFO

Leserbriefe richten Sie bitte an folgende E-Mail-Adresse: *landeszentrale@blz.bayern.de* Stichwort: *Einsichten und Perspektiven.*

Hier können Sie auch ein kostenloses Abonnement der Zeitschrift beziehen.

Autorinnen und Autoren

Prof. Dr. Ernst-Ulrich Huster lehrte an der Evangelischen Hochschule Bochum und an der Universität Gießen Politikwissenschaft mit dem Schwerpunkt Sozialpolitik.

Prof. Dr. Klaus Gestwa leitet das Institut für Osteuropäische Geschichte und Landeskunde an der Universität Tübingen.

Prof. Dr. Daniela Neri-Ultsch ist Hochschullehrerin für Neuere und Neueste Geschichte an der Universität Regensburg.

Tobias Ortmann ist Project Manager bei der Bertelsmann Stiftung und Experte für nachhaltige Soziale Marktwirtschaft, u. a. mit dem Schwerpunkt Bürgergeld.

Prof. Dr. Ina Schildbach lehrt als Professorin für Politikwissenschaft mit Schwerpunkt Sozialpolitik an der OTH Regensburg.

Dr. Alexander Stulpe ist Politikwissenschaftler und lebt und arbeitet in Berlin.

Dr. Ludwig Unger leitet das Referat „Bayern und seine Regionen – Natur und Umweltschutz – Wirtschaft und Recht" in der Bayerischen Landeszentrale für politische Bildungsarbeit.

INHALTSVERZEICHNIS

IM FOKUS

Der Sozialstaat 4
Leitfaden für eine freiheitliche Gesellschaft
von Ernst-Ulrich Huster

Bürgergeld und soziale Ungleichheit 14
von Tobias Ortmann

SOZIALE UNGLEICHHEITEN IN DEUTSCHLAND

Ausgewählte Daten und Fakten 19

INTERVIEW

Bildung und gesellschaftliche Teilhabe als Teil der Lösung? 21
Ein Gespräch mit Ina Schildbach

GLOSSAR

Begriffe zum Thema Soziale Ungleichheit 28

KRIEG GEGEN DIE UKRAINE

Show, Plan und Skandal. 30
Das fortgesetzte Tauziehen um die Ukraine
von Klaus Gestwa

SERIE

Demokratische Resilienz 44
Teil 3: Faktoren und Quellen der Widerstandskraft und Lebensfähigkeit liberaler Demokratien
von Alexander Stulpe

Hildegard Hamm-Bücher: Die streitbare Demokratin und Frauenrechtlerin 63
Ihr lebenslanger Einsatz für Freiheit, Demokratie und Gleichberechtigung
von Daniela Neri-Ultsch

NEUERÖFFNUNG

Eingesperrt und zwangsumgesiedelt – Zum Alltag der Menschen in der SED-Diktatur 75
Köpfe, Ideen, Exponate und Geld als Grundlage für ein neues Deutsch-Deutsches Museum in „Little Berlin“
von Ludwig Unger

MUSIK UND POLITIK: DER SOUND DER ZEIT

***How many roads must a man walk down?* von Bob Dylan** 86
von Gregor Köstler

***Talkin' 'bout a revolution* von Tracy Chapman** 87
von Nadja Renner

FOKUS

DER SOZIALSTAAT

LEITFADEN FÜR EINE FREIHEITLICHE GESELLSCHAFT

von Ernst-Ulrich Huster

Einblick in eine Fabrik mit ungesicherten und freilaufenden Transmissionsriemen, die eine hohe Gesundheitsgefährdung für die Industriearbeiter darstellten. Schwere Betriebsunfälle waren in solchen Werkstätten keine Seltenheit. *Foto: Picture Alliance/SZ-Photo/Scherl*

Soziale Fundierung von Freiheit

„Der Mensch wird frei geboren, und überall ist er in Ketten" – so das Fanal der Französischen Revolution, formuliert 1762 von Jean Jaques Rousseau, gerichtet gegen die standesmäßige Hierarchie der Feudalgesellschaft.[1] Das Bürgertum suchte Freiheit, Anerkennung seiner Leistung als Kriterium für die Stellung in der Gesellschaft. Dazu gehörte auch die Eigenverantwortung für den eigenen Lebensstil. Der deutsche Philosoph Wilhelm von Humboldt stellte in diesem Sinne apodiktisch fest: „[D]er Staat enthalte sich aller Sorgfalt für den positiven Wohlstand der Bürger und gehe keinen Schritt weiter, als zu ihrer Sicherstellung gegen sich selbst und gegen auswärtige Feinde notwendig ist; zu keinem andren Endzwecke beschränke er

1 Jean Jaques Rousseau: Der Gesellschaftsvertrag, Stuttgart 1968, S. 30.

ihre Freiheit."[2] Humboldt wie andere Zeitgenossen sahen allerdings nicht, dass mit der bürgerlichen Klasse eine neue entstanden war, deren sozialer Status sich grundlegend von dem des Bürgertums unterschied. Erst Georg Wilhelm Friedrich Hegel erkannte, dass sich zwar in der bürgerlichen Gesellschaft die Reichtümer anhäufen – „auf der einen Seite, wie auf der anderen Seite die Vereinzelung und Beschränktheit der besondern Arbeit und damit die Abhängigkeit und Noth der an diese Arbeit gebundenen Klasse […]" bestehe.[3]

Nach der Fundamentalkritik von Karl Marx und Friedrich Engels an der neu entstandenen kapitalistischen Gesellschaft, die es revolutionär zu überwinden gelte, formulierte Ferdinand Lassalle den evolutionären Weg, den die Arbeiterbewegung gehen solle. Er widersprach Humboldts Vorstellung von einem ‚Nachtwächterstaat'. Es reiche nicht, die „ungehinderte und freie Betätigung der individuellen Kräfte" zu fordern, sondern hinzutreten müsse: „die Solidarität der Interessen, die Gemeinsamkeit und die Gegenseitigkeit in der Entwicklung." Um dieses durchzusetzen, bedürfe es der Einführung des allgemeinen und gleichen Wahlrechts.[4] Neben die Eigenverantwortung trat damit als zweites Prinzip die Solidarität.

Diese Gegensätzlichkeit von Bürgertum und Proletariat suchte die katholische Kirche mit ihrer Vorstellung von einem Miteinander aufzulösen. In der ersten Sozialenzyklika der katholischen Kirche, *Rerum novarum* von 1891, formulierte Papst Leo XIII: „So wenig das Kapital ohne die Arbeit, so wenig kann die Arbeit ohne das Kapital bestehen."

Es müsse zu einem Ausgleich kommen, um „dem Arbeiterstande gegenüber, […], die „Not des Lebens für ihn auch nach seiner materiellen Seite zu lindern […]." Deshalb bedürfe es einer gerechten Entlohnung. Für die Fälle, wo dieses nicht ausreiche, bringt die katholische Kirche ein weiteres Grundprinzip in die Diskussion ein, das in der zweiten Sozialenzyklika *Quadrogesimo anno* aus dem Jahr 1931 weiter ausgeführte Prinzip der Subsidiarität. Dies meint eine vorleistungsfreie Hilfe zur Selbsthilfe, wobei die nächsthöhere soziale Gliederung erst dann eingreifen solle, wenn die darunter liegende dazu nicht in der Lage sei. „Jedwede Gesellschaftstätigkeit ist ja ihrem Wesen und Begriff nach subsidiär; sie soll die Glieder des Sozialkörpers unterstützen, darf sie aber niemals zerschlagen und aufsaugen."[5]

Getragen von jeweiligen sozialen Bewegungen – bürgerliche Bewegung, Arbeiterbewegung, katholische Kirche – wurden die drei tragenden Prinzipien des Sozialstaates formuliert: Eigenverantwortung, Solidarität und Subsidiarität. Diese drei Prinzipien zusammen haben den Aufbau und die weitere Entwicklung des Sozialstaates bestimmt. Insgesamt geht es in der Geschichte des Sozialstaates darum, welchen Stellenwert diese drei Prinzipien jeweils einnehmen sollen.[6]

Anfänge sozialer Politik in Deutschland

Im „Allgemeinen Preußischen Landrecht" von 1794 wurde den Kommunen die Armenfürsorge übertragen – gemäß dem Heimatprinzip, das bedeutete: Jeder Hilfsbedürftige musste sich im Falle eingetretener Not an seine Heimatgemeinde wenden. Angesichts der mit der Industrialisierung einsetzenden Land-Stadt-Flucht war dieses Prinzip nicht mehr aufrechtzuerhalten, deshalb wurde dieses Gesetz 1842 verändert: Nunmehr war der Ort zuständig, in dem der Hilfesuchende zuvor ansässig war.

Die Industrialisierung setzte in Deutschland erst in den 1830er Jahren ein, deutlich später als in England, vollzog sich dafür rascher, so dass die Elendsphasen in Deutschland deutlich kürzer ausfielen als in England. Es kam u. a. zu neuen Formen von Kinderarbeit in der Industrie. Diese Entwicklung stieß im preußischen Staat auf Widerstände, und zwar aus zwei Richtungen. Zum einen zeigten Untersuchungen an Jungen bzw. jungen Männern, dass ihr gesundheitlicher Zustand einen Einsatz

2 Wilhelm von Humboldt: Ideen zu einem Versuch, die Grenzen der Wirksamkeit des Staates zu bestimmen, Stuttgart 1967, S. 52.

3 Georg Wilhelm Friedrich Hegel: Naturrecht und Staatswissenschaft (Rechtsphilosophie), Bd. 7, § 243, Frankfurt am Main/Hamburg 1968, S. 389.

4 Ferdinand Lassalle: Reden und Schriften, München 1970, S. 55.

5 Texte zur katholischen Soziallehre, hg. v. Bundesverband der Katholischen Arbeitnehmer-Bewegung Deutschlands, Kevelaer 1992, S. 11, 17 und 91.

6 Ernst-Ulrich Huster: Der demokratische und soziale Rechtsstaat. Eine systematische Zuordnung, in: Der Sozialstaat in Deutschland, hg. v. Gerhard Bäcker/Jürgen Boeckh/Ernst-Ulrich Huster, Baden-Baden 2024, S. 19 ff.

Die Preußischen Staatsreformen zu Beginn des 19. Jh. umfassten auch den Bildungsbereich. Man ging von dem Ziel eines gebildeten, für Staat und sich selbst verantwortlich handelnden Bürgertypus aus. Maßgeblich verantwortlich dafür zeichnete Wilhelm von Humboldt. *Bild: Picture Alliance/SZ-Photo/Scherl*

Das Rauhe Haus in Hamburg, gegründet 1833 von Johann Hinrich Wichern, hier eine Illustration aus der „Illustrirte[n] Zeitung", Nr. 171 (1848), S. 236, gilt als frühe Institution moderner Sozialarbeit und zeigt, wie kirchlich-diakonische Initiativen zur sozialen Fundierung von Freiheit beitrugen. *Bild: Picture Alliance/akg-images/Historisches Auge*

als Soldaten unmöglich machte. Zum anderen waren die Bildungsreformer im preußischen Staat alarmiert, dass die eingeführte Schulpflicht unter dem Arbeitseinsatz der Kinder leide oder ganz aufgegeben wurde. Das 1839 erlassene „Regulativ über die Beschäftigung jugendlicher Arbeiter in Fabriken" stellt das erste sozialpolitische Gesetz in Deutschland dar.[7] Es schränkte die Kinderarbeit ein, ordnete sie de facto aber immer noch der Fabrikarbeit unter und enthielt kaum Kontrollen. Gleichwohl zeigte sich: Entgegen dem Humboldt'schen Diktum war der Staat gefordert, ordnend einzugreifen.

Parallel setzte in beiden großen Kirchen eine Bewegung ein, die die Not der arbeitenden Bevölkerung vor allem in den Städten lindern wollte. Legendär wurde etwa in Hamburg das von Johann Hinrich Wichern eingerichtete „Raue Haus", in das arme Kinder aufgenommen und in familienähnlichen Gruppen zusammengefasst wurden sowie eine basale Schul- und Berufsausbildung erhielten. Wichern erreichte, dass die evangelischen Kirchen eine Organisation für eine sozialfürsorgerische Arbeit schufen, die sog. „Innere Mission". Auf katholischer Seite kam es parallel dazu zur Reaktivierung zunächst von Arbeiterpriestern und dezentralen Hilfeansätzen, die dann besonders durch Bischof Wilhelm Emmanuel von Ketteler und dem Priester Adolf Kolping weitergetragen wurden. 1897 wurde der Caritasverband gegründet. Parallel wurde ein jüdischer Wohlfahrtsverband gegründetgeschaffen. Das Rote Kreuz entstand national und international. Auch die Kommunen suchten, ihre Fürsorge zu professionalisieren, zugleich wirtschaftlich zu organisieren, für die beispielhaft das sog. „Elberfelder Modell" steht. Getragen von ehrenamtlich Tätigen, wurde der Hilfebedarf durch Hausbesuche festgestellt und wurden Hilfestellungen an Auflagen gekoppelt, etwa an bestimmte Verhaltensänderungen, Nachkommen der Schulpflicht, etc.

Vom Sozialversicherungsstaat zum Sozialstaat

„Solidarität" wurde zum Fanal der sich allmählich bildenden Gruppierungen innerhalb der Arbeiterbewegung, mittels derer sie versuchten, die Entlohnungs- und Arbeitsbedingungen zu verbessern. Zugleich entwickelten sich Formen eines innerklassenmäßigen Zusammenhalts durch gegenseitige Hilfen. Es entstanden erste Hilfskassen innerhalb der Arbeiterbewegung. Obwohl diese Bewegung noch klein und deren Organisation noch recht fragil war, wurde sie bereits als „rothes Gespenst" wahrgenommen, das Fleisch und Blut geworden sei.[8] Diese bereits im preußischen Landtag aufgenommene Debatte über die sog. „soziale Frage"

7 Hier und zum Nachfolgenden: Jürgen Boeckh/Ernst-Ulrich Huster/Benjamin Benz/Johannes D. Schütte: Sozialpolitik in Deutschland. Eine systematische Einführung, Wiesbaden [5]2022, S. 16 ff.

8 Heinrich Volkmann: Die Arbeiterfrage im preußischen Abgeordnetenhaus 1848 – 1869, Berlin 1968, S. 93.

wurde nach der Reichsgründung 1871 verstärkt. Es kam immer wieder zum Streit, ob man gegen diese neue Bewegung mit Repression vorgehen solle oder ob man die sozialen Ursachen der Organisation der arbeitenden Bevölkerung in Gewerkschaften und Parteigruppierungen beseitigen müsse. Hatten zuvor schon einige Unternehmer auf freiwilliger Basis etwa Absicherungen im Krankheitsfalle und teils auch bei Invalidität eingeführt, kreiste die Diskussion zunehmend darum, gegen die Risiken des Arbeitslebens Absicherungen zu schaffen. Otto von Bismarck griff diese Überlegungen auf. Er wollte die äußere Reichsgründung durch eine innere ergänzen und die Arbeiterschaft als treue Untertanen gewinnen – mit ‚Zuckerbrot und Peitsche'. Die neue Sozialversicherung sollte Lebensrisiken der arbeitenden Bevölkerung auffangen, zugleich sollten die Organisationen der sozialistischen Bewegung durch das sog. Sozialistengesetz in ihrer Wirksamkeit massiv beschränkt werden.

Die Sozialversicherung für die Bereiche Krankheit, Unfall und Alter sowie Invalidität war ein Sprung ins kalte Wasser, es gab dafür keine Vorbilder. Zugleich betrafen sie zunächst nur einen kleinen Teil der Bevölkerung. Gleichwohl war gesetzlich geregelt: Mitgliedschaft in einer Versicherung auf Grund von Beitragsleistungen und garantierte Rechtsansprüche auf Gegenleistungen. Den Arbeitnehmern wurde staatlicherseits aufgegeben, Eigenverantwortung durch eine Beitragspflicht zu übernehmen. Zugleich war der Weg aufgezeigt, den Kreis der Versicherten auszuweiten, Familienmitglieder etwa in der GKV mitzuversichern und so das Solidarprinzip weiter zu stärken, das insgesamt in der Krankenversicherung überwog. Nachdem zunächst, dem berufsständischen Prinzip folgend, nur eine Arbeitersozialversicherung gegründet worden war, folgte 1911 eine eigene Sozialversicherung für Angestellte. Ein großer Unterschied bestand bei der Hinterbliebenenversorgung von Witwen. Diese wurde in der Angestelltenversicherung bereits mit ihrer Gründung eingeführt, weil es der Frau eines Angestellten nicht zumutbar sei, nach dem Tod des Ernährers zu arbeiten. Anders bei der Arbeiterwitwe, da diese angesichts des geringen Lohns des Mannes sowieso mitarbeiten musste. Hier kam es allmählich zu Lockerungen, bis dann 1949 auch die Arbeiterwitwe einen Anspruch auf Altersversorgung bekam.[9]

Otto von Bismarck als Redner im – von ihm verhassten – Reichstag am 6. Februar 1888. Seine Sozialgesetzgebung war für ihn u.a. Mittel zur Einhegung und Bekämpfung der aufstrebenden Sozialdemokratie. *Foto: Picture Alliance/SZ-Photo/Scherl*

Die 1919 nach dem verlustreichen Ersten Weltkrieg verabschiedete Reichsverfassung enthielt zahlreiche Bestimmungen von der Kinder- und Jugendfürsorge über die Absicherung bei Arbeitslosigkeit bis hin zu zahlreichen Diensten mit dem Ziel, den Staat zu einem Sozialstaat auszubauen.[10] Doch die Nachkriegslage – Kriegsfolgen, Reparationen und Hyperinflation – bewirkte etwa beim 1922 verabschiedeten Jugendwohlfahrtsgesetz, dass dieses erst 1924 nach Konsolidierung der Staatsfinanzen in Kraft treten konnte und auch dann nur mit Abstrichen. Parallel strukturierten 1924 zwei wichtige Verordnungen die Armenfürsorge neu und standarisierten das Subsidiaritätsprinzip.

9 Boeckh/Huster/Benz/Schütte (wie Anm. 7), S. 32 ff.

10 S. verschiedene Beiträge in: Aufbruch zur Demokratie. Die Weimarer Reichsverfassung als Bauplan für eine demokratische Republik, hg. v. Rüdiger Voigt, Baden-Baden 2020.

Das „Betriebsrätegesetz“ vom 4. Februar 1920 schuf die Grundlage für eine institutionalisierte Mitbestimmung der Arbeitnehmer in Deutschland. Die Aufnahme zeigt, wie Militär während der Gesetzesberatungen das Reichsgelände vor militanten Demonstranten schützen muss, 13. Januar 1920. Foto: Picture Alliance/SZ-Photo

Zwar war es nach wie vor Sache der Kommunen, die konkreten Leistungen festzulegen, aber die Systematik der Armenfürsorge wurde reichseinheitlich geregelt.[11] Ein erstes Gesetz zur Mitbestimmung in Betrieben wurde erlassen (Betriebsrätegesetz). Das Arbeitsmarktgesetz (AVAVG) löste ein weiteres Versprechen der Verfassung ein, allerdings war es von Anfang an zu knapp finanziert und wurde nach Ausbruch der Weltwirtschaftskrise zunehmend zusammengestrichen.[12] Gleichwohl hat die Republik von Weimar insbesondere den kommunalen Sozialstaat ausgebaut, die Fürsorgesysteme ausdifferenziert, vor allem die Jugendfürsorge aus der Armenfürsorge gelöst. Viele Aufgaben der Kommunen wurden institutionell abgesichert, hinzu kam ein Miteinander von kommunaler und freier Wohlfahrtspflege, die nach Gründung der Arbeiterwohlfahrt und des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes pluraler aufgestellt war. Die Mitarbeitenden wurden ausgebildet, die Arbeit professionalisiert. Bedeutsam wurde hier das Wirken von Alice Salomon.[13]

Das Jahr 1933 stellte eine gravierende Zäsur dar. Denn das sog. „Dritte Reich“ löste zuvor im Sozialstaat erworbene Anwartschaften von der konstitutiven Bindung an den Rechtsstaat, indem es sie teilweise enteignete. Der NS-Staat war kein Sozialstaat, nutzte aber das sozialstaatliche Instrumentarium für seine völkische Politik. Die Sozialpolitik wurde der Kriegsvorbereitung und Kriegsführung untergeordnet, Reserven etwa der Rentenversicherung zur Aufrüstung genutzt. Stattdessen wurden Leistungen während des Krieges durch Raub in besetzten Gebieten finanziert.

Rekonstruktion und Ausbau des Sozialstaates in der Bundesrepublik

1945 war sozialpolitisch ein Neuanfang. Große Teile v.a. der Städte waren durch Bomben zerstört. Es fehlten Wohnungen, in weiten Bevölkerungskreisen herrschten Hunger und dadurch bedingte Krankheiten. Die Vertriebenen und Flüchtlinge

11 Christoph Sachße/Florian Tennstedt: Geschichte der Armenfürsorge in Deutschland, Bd. 2, Fürsorge und Wohlfahrtspflege 1871 - 1929, Stuttgart [u.a.] 1988, S. 173 ff.

12 Ludwig Preller: Sozialpolitik in der Weimarer Republik, Nachdr., Düsseldorf 1978, S. 363 ff.

13 Alice Salomon: Soziale Diagnose, Berlin 1916.

Ein Flüchtlingszug mit Sudetendeutschen ist im Durchgangslager Wiesau/Opf. (Lkr. TIR) eingetroffen. Ca. zwölf Millionen Deutsche und deutschsprachige Bewohnerinnen und Bewohner mussten nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs ihre Heimat verlassen. *Foto: Picture Alliance/dpa*

mussten integriert werden. Mit der Befugnis, eigene politische Arbeit wieder aufzunehmen, suchten deutsche politische Kräfte teils schon bei der Verfassungsgebung der Länder, dann bei Formulierung des Grundgesetzes, sozialstaatliche Strukturen der Weimarer Republik wiederherzustellen. So setzte der erste Deutsche Bundestag nacheinander die von den Nationalsozialisten sei es ganz oder teilweise aufgehobenen sozialstaatlichen Regelungen wieder in Kraft, insbesondere das Recht auf Selbstverwaltung in der Sozialversicherung. Zugleich wurde auch die Mitbestimmung in den Betrieben wieder eingeführt, nachdem zuvor schon eine paritätische Mitbestimmung in der Montanindustrie gesetzlich geregelt worden war.[14]

Parallel zur wirtschaftlichen Konsolidierung setzte sehr bald eine breite Debatte ein, ob und wie die Leistungsempfänger bzw. -empfängerinnen an der steigenden Wirtschaftskraft partizipieren könnten. Gerhard Mackenroth hat 1952 in einem richtungsweisenden Beitrag darauf hingewiesen, dass aller Sozialaufwand einer Epoche grundsätzlich nur aus dem wirtschaftlichen Ertrag dieses Zeitraums entnommen werden könne, dass es ein Ansparen qua Kapitaldeckung gar nicht gebe.[15] Wilfrid Schreiber konkretisierte dieses dann bezogen auf die Renten, die in einer großen Reform 1957 entsprechend der wirtschaftlichen Entwicklung – gemessen an den Löhnen – dynamisiert wurden. Analog wurde die Kriegsopferversorgung 1963 neu geregelt: Die Renteneinkommen stiegen beachtlich. Mit dem Arbeitsförderungsgesetz (AFG) von 1969 wurde ein weiteres Reformprojekt umgesetzt, nämlich eine Arbeitsmarktpolitik, die vor allem auf Prävention setzte. Schon 1962 war mit dem Bundessozialhilfegesetz eine Ausfallbürgschaft für all die Fälle geschaffen worden, die von den anderen Systemen der sozialen Sicherung nicht aufgefangen werden. Die drei Grundprinzipien – Eigenverantwortung, Solidarität und Subsidiarität – waren systematisch erweitert und deutlich aufeinander bezogen worden.[16]

Es ist erstaunlich, dass diese wichtigen Schritte hin zu einer Modernisierung des Sozialstaates

14 Hans Günter Hockerts: Sozialpolitische Entscheidungen im Nachkriegsdeutschland, Stuttgart 1980.

15 Gerhard Mackenroth: Die Reform der Sozialpolitik durch einen deutschen Sozialplan, in: Schriften des Vereins für Socialpolitik, Neue Folge, Bd. 4, Berlin 1952, S. 39-76.

16 Boeckh/Huster/Benz/Schütte (wie Anm. 7), S. 68 ff.

Grundgesetzdenkmal des Künstlers Dani Karavan in Berlin, Aufnahme aus dem Jahr 2004
Foto: Picture Alliance/Caro/Ruffer

in einem politischen Umfeld stattfanden, das insgesamt eher auf Wirtschaftswachstum und innere Konsolidierung ausgerichtet war. Die Kriegsfolgen waren weitgehend beseitigt, die Wirtschaft boomte, die Westbindung war vollzogen. Doch genau hieraus ergaben sich Probleme: Die Strukturen der Schulen und Universitäten waren nicht länger geeignet, die für eine expandierende Wirtschaft notwendigen qualifizierten Kräfte auszubilden. Das in Artikel 3 des GG verankerte Diskriminierungsverbot des weiblichen Geschlechts musste mühsam, meist durch Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts, durchgesetzt werden. Der Kalte Krieg wurde zum Anlass genommen, parallel zur außerstaatlichen auch eine innerstaatliche Gefährdung auszumachen, gegen die Notstandsgesetze wirksam werden sollten. Und schließlich festigte die Westbindung auch das Verhältnis der Bundesrepublik Deutschland zur Schutzmacht USA, die nicht nur in Vietnam Krieg führte.

Die Große Koalition (1966-1969) unter Bundeskanzler Kurt-Georg Kiesinger leitete eine Wende ein, die mit der sozialliberalen Koalition unter Willy Brandt außen- und innenpolitisch fortgesetzt wurde. Zu nennen ist hier vor allem die Ostpolitik. Parallel wurden innenpolitisch wichtige Weichen gestellt, die besondere Benachteiligungen aufheben und die Wirksamkeit des Solidarprinzip erweitern sollten. Dieses betraf zunächst die Kinder und Jugendlichen aus bildungsfernen Kreisen. Die in den 1960er Jahren eingeführte Förderung von Studierenden wurde im Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAFÖG) erweitert. Auch setzte eine Schulreformdebatte ein, meist getragen von den Ländern. Mit den – später so genannten – Fachhochschulen wurde ein zweiter Hochschultyp neben den Universitäten geschaffen. Ziel war es insgesamt, ein breiteres Bildungsangebot für alle sozialen Schichten zu schaffen.

Daneben wurden insbesondere Benachteiligungen von Frauen zum Teil ausgeglichen, so durch eine Anhebung der Renten auf ein Mindestniveau von 75 Prozent des durchschnittlichen Rentenniveaus (Rente nach Mindesteinkommen). Neben dieser materiellen Verbesserung – später wurde dieses dann auf den Durchschnittswert von 100 Prozent angehoben – ist insbesondere eine Veränderung im Bürgerlichen Gesetzbuch (BGB) zu nennen. Bei dessen Inkrafttreten 1900 bestimmte allein der Mann die innerhäuslichen und außerhäuslichen Rechtsgeschäfte und Arbeitsteilung. Noch bis in die 1950er Jahre war die Zustimmung des Mannes erforderlich, wenn die Ehefrau eine Berufstätigkeit aufnehmen wollte. Erst 1976 wurde der Artikel 1356 BGB neu gefasst: Berufs- und Hausarbeit werden seither als gleichwertig angesehen, deren Verteilung im Einvernehmen zwischen den Ehepartnern erfolgen solle. Und schließlich wurde mit Paragraf 218 das Abtreibungsrecht neu geregelt: Nach einer verpflichtenden Beratung kann

seitdem innerhalb einer bestimmten Frist die Abtreibung straffrei erfolgen.[17]

Weitere Verbesserungen traten hinzu, so wurde ein Kindergeld für alle Kinder eingeführt, zugleich wurden Vorsorgeuntersuchungen für Kinder beschlossen. Aber auch das Prinzip Eigenverantwortung wurde durch Öffnung der Sozialversicherungen für neue soziale Gruppen, etwa für Künstler, gestärkt.

Das Schlagwort „Mehr Demokratie wagen" fand seinen Niederschlag in zahlreichen Beiräten, die parallel zu den institutionalisierten Organen auf lokaler Ebene die Zivilgesellschaft stärker einbinden sollten. Auch die Betriebsverfassung wurde reformiert.

Stop and Go – Sozialpolitik zwischen Förderung des Wirtschaftswachstums und neuen nationalen und internationalen Herausforderungen

Die Wirtschaftskrise Mitte der 1960er Jahre wurde durch massive Investitionen mit dem Ziel der Rationalisierung überwunden. Mitte der 1970er Jahre zeigten sich die Folgen: Maschinen ersetzten teilweise die Arbeit von Menschen. Gleichzeitig wurden die Folgen des ökonomischen Strukturwandels deutlich: Der sekundäre, produzierende Bereich hatte an Gewicht verloren (vor allem im Grundstoffbereich Kohle und Stahl), während der tertiäre, der dienstleistende Sektor wuchs. Massenarbeitslosigkeit, seit 1957 – bis auf die kleine Delle 1966 – faktisch überwunden, setzte ein, zunächst mit einer, dann bald mit zwei Millionen Betroffenen. Die Einnahmen der Sozialversicherung sanken, die Ausgaben hingegen stiegen. Schon die sozialliberale Koalition, dann aber verstärkt die Koalition aus CDU/CSU und FDP kürzten Sozialleistungen, zunächst im Bereich der Arbeitsmarktpolitik dann auch bei den Renten. Doch nach einer zunächst starken Welle von Kürzungen, wurden einige teilweise wieder aufgehoben bzw. neue Leistungen beschlossen.

Die Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft 1957 leitete die Herstellung eines freien Marktes für Waren, Kapital, Dienstleistungen und Personen ein. Nicht zuletzt deshalb bedurfte es Regelungen für sog. „Wanderarbeiter". In den 1970er Jahren wurde erstmals versucht, auch darüber hinausgehende sozialpolitische Regelungen zu treffen, allerdings blieb es bei Willensbekundungen. Erst mit den Plänen, die Wirtschaftsgemeinschaft in eine Wirtschaftsunion zu überführen, kamen auch verstärkt sozialpolitische Regelungen ins Blickfeld. Zwar wurde im Kern vereinbart, entsprechend einem säkularen Verständnis von Subsidiarität die Entscheidung in sozialpolitischen Fragen den Mitgliedstaaten zu überlassen und nur bei dessen Scheitern zu intervenieren, gleichwohl mussten Regelungen getroffen werden zum Thema Freizügigkeit. Nicht zuletzt der Europäische Gerichtshof nimmt dabei eine zentrale Stellung ein, stoppt er doch grundsätzlich nationale Regelungen, die diesem Freizügigkeitsgebot entgegenstehen.[18]

Einen besonderen Einschnitt – oder eine Ausweitung – erfuhr die nationale Politik durch die Herstellung der deutschen Einheit 1989/90. Im Grundsatz wurde der westdeutsche Sozialstaat auf Gesamtdeutschland ausgeweitet, wobei ein Teil der dabei entstehenden Belastungen aus den westdeutschen Sozialkassen beglichen wurde. Doch mit dem Fall der Mauer und der Öffnung von Grenzen in Osteuropa fielen auch Barrieren weg, die früher eine Migration verhindert hatten. Nun aber kamen verstärkt etwa deutschstämmige Bewohnerinnen und Bewohner aus Osteuropa und vornehmlich aus dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion nach Deutschland. Auch diese mussten in das sozialstaatliche Leistungsrecht integriert werden. Wurden zuvor im Ausland erworbene Rentenansprüche auf deutsches Rentenrecht umgerechnet („Fremdrenten"), wurde angesichts der Vielzahl der Berechtigten deren Niveau nunmehr abgesenkt. Darüber hinaus kam es zu Wanderungsbewegungen, da mit dem Wegfall der Grenzen der Landweg frei war für Migranten, etwa aus Asien und Afrika. Der Bedarf an subsidiären Leistungen im Rahmen des Asylbeweberleistungsgesetz stieg rasant.

Der Sozialstaat war gefordert, aber nicht überfordert. Der Gesetzgeber beschloss das Pflegegesetz als fünften Zweig der Sozialversicherung, ein Gesetz zur Stärkung der Eigenverantwortung und des Solidarprinzips, zugleich als Entlastung

17 Boeckh/Huster/Benz/Schütte (wie Anm. 7), S. 79 ff.

18 Benjamin Benz: Armutspolitik in der Europäischen Union, in: Handbuch Armut und soziale Ausgrenzung, hg. v. Ernst-Ulrich Huster/Jürgen Boeckh, Wiesbaden [4]2024, S. 761-783.

Spätaussiedler stehen im Dezember 1988 im Grenzdurchgangslager Friedland (Niedersachsen) Schlange. *Bild: Picture Alliance/Fotograf: Jörg Schmitt*

kommunaler Ausgaben im Rahmen der Hilfen zur Pflege gemäß dem Subsidiaritätsprinzip. Dieses Gesetz trägt der Entwicklung einer älter werdenden Gesellschaft Rechnung, war allerdings von der Beitragsfinanzierung her zu gering ausgestattet. Sehr bald mussten Korrekturen vorgenommen werden, u.a. werden nunmehr kinderlose Personen stärker mit Abgaben belastet, weil sie keine familiären Unterstützungspotentiale im Pflegefall haben.[19]

Mit der deutschen Einheit stieg zugleich die Zahl der Arbeitslosen – im Grenzwert bis auf fünf Millionen. Hier kam es nun zu einem strukturellen Eingriff bei der Arbeitsmarktpolitik. Diese wurde Bestandteil des seit den 1970er Jahren ausgestalteten Sozialgesetzbuches (SGB). Die Arbeitslosenversicherung, SGB III, erfasst den Personenkreis, der bereits Erwerbsarbeit geleistet und Beiträge abgeführt hat. Alle anderen Arbeitssuchenden unterliegen den Bestimmungen des SGB II – der Grundsicherung für Arbeitssuchende. Doch gerade die Mindestsicherung für Arbeitssuchende sorgt immer wieder für kritische Einwände. Für die einen fällt sie zu niedrig aus und enthält zu viel Kontrollmechanismen, für andere ist sie zu hoch und behindert die Eingliederung ins Berufsleben. Die aktuelle Debatte zum Bürgergeld steht hier exemplarisch.[20]

Alle nicht durch das SGB II erfassten Personen, die auf Mindestsicherung angewiesen sind, werden im SGB XII – Sozialhilfe – erfasst. Dabei werden zwei Großgruppen unterschieden, einmal die dauerhaft bzw. aus Altersgründen nicht Erwerbsfähigen und allen anderen. Diese Neuorientierung der Mindestsicherung stellt den Status wieder her, der mit dem Bundessozialhilfegesetz erreicht werden sollte, nämlich als Sozialhilfe nur subsidiärer Ausfallbürge für die relativ wenigen Fälle zu sein, die von den anderen Systemen nicht erfasst werden.

Sozialstaatlichkeit – Anpassung und neue Herausforderungen

Die Grundstrukturen des Sozialstaates sind damit gelegt. Heute umfasst der Sozialstaat viele Bereiche über den engeren Bereich der Sozialpolitik hinaus. Regelungen bei Bildung, Verkehr, Umwelt, Arbeitswelt, Europa bis hin in der Außenpolitik haben direkte oder direkte Auswirkungen auf das soziale Zusammenleben, bedürfen der sozialpolitischen Flankierung. Doch diese umfassende Regelungsdichte wird zugleich zum Problem, dem sich neue soziale Bewegungen und politische Kräfte vor allem der Rechten entgegenstellen. Sie fühlen sich bevormundet und kritisieren, dass andere daran Schuld haben, dass es ihnen wirtschaftlich nicht besser geht.

Insgesamt spielt die Finanzierbarkeit des Sozialstaates eine zentrale Rolle. Denn Sozialstaat heißt: Eingriffe in die vorhandenen Besitzstrukturen, Verteilung zwischen unterschiedlichen Lebenslagen und Altersstufen. Der Sozialstaat finanziert sich aus den erwirtschafteten Ressourcen, die Sozialleistungsquote misst den Anteil am Bruttosozialprodukt. Ausgangspunkt waren einmal 16 Prozent, doch seit den 2020er Jahren sind es ca. 30 bis 32 Prozent. Zu viel oder zu wenig? Es bleibt einerseits die eingangs formulierte Feststellung: Freiheit muss sozial fundiert sein, sonst kommt es zu sozialer Ausgrenzung. Der Sozialstaat war und ist das Ergebnis konkreter Herausforderungen, auf die er mit der Umsetzung der drei Grundprinzipien: Eigenverantwortung, Solidarität und Subsidiarität

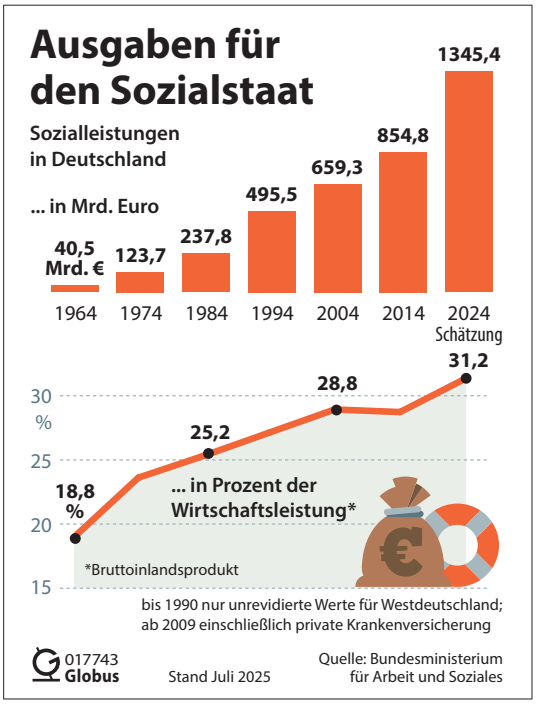
19 Susanne Kümpers/Monika Alisch: Altern und soziale Ungleichheiten. Teilhabechancen und Ausgrenzungsrisiken, in: Huster/Boeckh (wie Anm. 18), S. 609-627.

20 Boeckh/Huster/Benz/Schütte (wie Anm. 7), S. 229 ff.

antwortet. Andererseits geht es darum, was kann, was will die politische Gemeinschaft leisten und was nicht. Bei diesem Prozess der Abwägung stehen insbesondere die großen Sicherungssysteme im Zentrum. So wurde die GKV lange Zeit ausschließlich aus Beiträgen der Versicherten incl. Arbeitgeberanteilen finanziert. Weil sie aber zunehmend mit Leistungen belastet wurde, die diese Finanzierung überforderten, wurde schließlich ein steuerfinanzierter Gesundheitsfonds eingerichtet, der etwa für die Kosten der Kinder in der GKV aufkommt. In der Gesetzlichen Rentenversicherung wiederum wurden Teile der Ausgaben schon ab 1957 aus Steuermitteln beglichen. Dieses ist zunehmend ausgeweitet worden. In der Gesetzlichen Pflegeversicherung steht ein entsprechender Anpassungsprozess bevor. Daran entzündet sich immer stärker Kritik. Gefordert wird u.a. mehr Eigenvorsorge.

Dass der Sozialstaat zu teuer sei, die Gesellschaft sich ihn nicht mehr leisten könne, ist ein Topos, der sich seit den Bismarck'schen Sozialreformen durchzieht. Dabei kann man keine absolute Belastungsgrenze wissenschaftlich festschreiben, zumal Sozialausgaben auch ein konjunkturpolitisches Steuerungselement darstellen. Zum Problem aber wird, dass eine exportorientierte Wirtschaft wie die deutsche auf dem europäischen und auf dem Weltmarkt mit Produzenten konkurrieren muss, deren Belastungen durch Sozialausgaben geringer ausfallen.

Zugleich unterliegt eben dieser Arbeitsmarkt wie der gesamte Produktionsprozess jetzt und in Zukunft Veränderungen. Es zeichnen sich lang- und kurzfristige Entwicklungen ab – von der vorwiegend körperlichen Arbeit früher bis heute zur mehr oder weniger IT-gesteuerten Produktion. Arbeitsplätze verschwinden, ungewiss ist, ob und wo neue entstehen. Derzeit noch gewinnen produktionsbezogene Dienstleistungen an Gewicht. Ein Mehrbedarf an Arbeit erfordern personen- bzw. haushaltsnahe Dienstleistungen. War bislang vor allem Präsens am Arbeitsplatz gefordert, können durch die neuen Vernetzungen dezentrale Arbeitsplätze geschaffen werden. Nicht zuletzt die Corona-Epidemie hat etwa das Homeoffice nach vorne gepuscht. Auch können die bislang starren zeitlichen Parameter verändert werden,



Grafik: Picture Alliance

etwa um ein neues Verhältnis zwischen Arbeit und Freizeit einschließlich Familienarbeit zu schaffen.[21] Zugleich stellt sich die Frage, ob angesichts dieser Veränderungen nach wie vor Arbeit der zentrale Ansatzpunkt bleiben soll bzw. muss, um den Sozialstaat zu finanzieren. Es könnte genauso der Konsum sein, was derzeit bereits durch einen achtprozentigen Aufschlag zur Benzinsteuer geschieht. Diese Strategie kann ausgeweitet werden, wobei die Steuersätze abgestuft werden können.

Der Sozialstaat wird heute nicht in Frage gestellt, wohl aber wird das Beziehungsverhältnis zwischen diesen drei Prinzipien stets von neuem und interessebedingt diskutiert, werden Korrekturen angemahnt und durchgesetzt. Dieser Widerstreit ist sinnvoll, verankert er doch den Sozialstaat auch im Bewusstsein breiter Bevölkerungskreise. Nur eines darf dabei nicht aus dem Blick geraten: Freiheit und Demokratie müssen sozial fundiert sein, sonst drohen Unfreiheit und Formen von Autokratie. Der Sozialstaat schützt davor, deshalb muss er verteidigt, gestaltet, aber auch stets von neuem angepasst werden.

21 Jürgen Boeckh: Herausforderungen des Sozialstaates, in: Bäcker/Boeckh/Huster (wie Anm. 6), S. 167 ff.

FOKUS

BÜRGERGELD UND SOZIALE UNGLEICHHEIT

von Tobias Ortmann

Anmerkung der Redaktion:
Am 17. Dezember 2025, kurz vor Druckfreigabe dieser Ausgabe, hat die Bundesregierung einen Gesetzesentwurf beschlossen, der die Ablösung des „Bürgergeldes“ durch eine „Grundsicherung“ vorsieht. Das neue Konzept umfasst tief greifende Umstrukturierungen im Bereich der sozialen Leistungen, unter anderem verschärfte Mitwirkungs- und Sanktionsregelungen, Anpassungen bei Vermögens- und Zumutbarkeitsregeln und vieles mehr. Der vorliegende Beitrag analysiert das Bürgergeld in seiner bisherigen Ausgestaltung – eine Analyse der neuen Regelungen folgt im Jahr 2026.

Prof. Dr. h.c. Peter Hartz, Vorsitzender der Regierungskommission für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt 2002 und somit Namensgeber der sog. „Hartz-Reformen“ (li.) und der damalige Bundeskanzler Gerhard Schröder, SPD, am 23. Juli 2002 im Bundeskanzleramt. *Foto: Picture Alliance/dpa/ Fotograf: Tim Brakemeier*

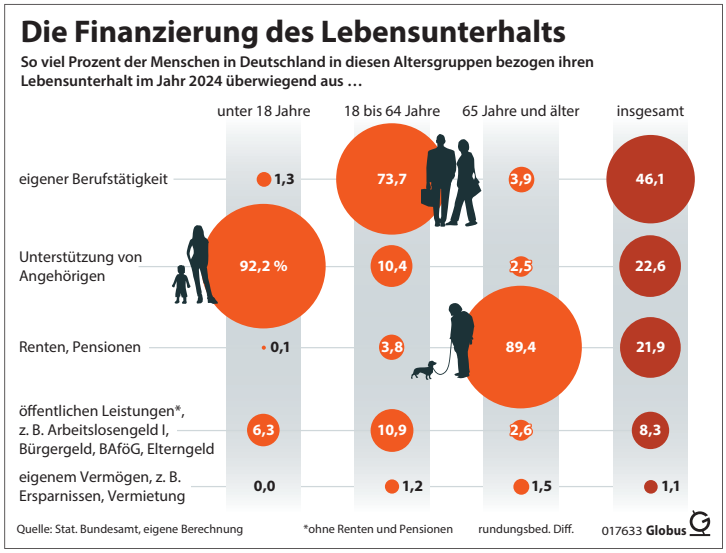
Das Bürgergeld steht im Zentrum einer Debatte über Gerechtigkeit und Verantwortung im Sozialstaat. Hinter dem einfachen Anspruch auf Unterstützung steckt ein komplexes System mit Verbindungen zu Arbeitsmarkt-, Sozial- und Bildungspolitik. Bereits seit den Hartz-Reformen steht bei der Grundsicherung für Arbeitssuchende das Prinzip von „Fördern und Fordern“ im Vordergrund, wobei über das richtige Maß auf beiden Seiten gestritten wird. Während ein gewisser Konsens darüber herrscht, dass überhaupt gefördert und gefordert werden soll, sind sich die politischen Lager uneinig darüber, wie beide Seiten auszugestalten sind. Konkret geht es um das Geben und Nehmen im Sozialstaat. Nachdem im alten System der Arbeitslosen- und Sozialhilfe vor allem die Leistungsgewährung im Vordergrund stand, wurde mit den Hartz-Reformen, genauer „Hartz IV“ im Jahr 2005, der Fokus auf die Aktivierung von Leistungsempfängern gelegt. Arbeitssuche und Jobaufnahme wurden konsequenter eingefordert und Pflichtverletzungen

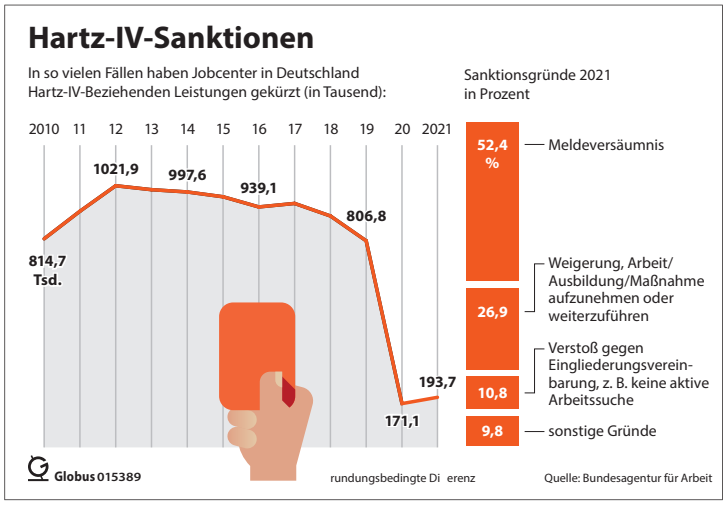
sanktioniert.[1] Ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts im November 2019 führte zu einem Bruch dieser Praxis: Aufgrund des vom Grundgesetz geschützten Existenzminimums sind Leistungsminderungen infolge von Pflichtverletzungen nur noch im begrenzten Rahmen von 30 Prozent des Bürgergeldes möglich. Insofern kann das Urteil als Auslöser der darauffolgenden Bürgergeld-Reform und der Diskussion darüber verstanden werden.

Die Reform der sog. Ampelkoalition (SPD, Grüne und FDP) vom 1. Januar 2023 beinhaltete nicht nur das Thema Sanktionen, sondern hatte die individuelle Situation der Leistungsempfänger insgesamt im Blick. Unter anderem wurden die Regelsätze auf 563 Euro für einen alleinstehenden Erwachsenen angehoben (Stand 2025), die Grenzen für das nicht angerechnete „Schonvermögen" erhöht und der Vermittlungsvorrang in Erwerbsarbeit abgeschafft. Ziel war es, den Fokus stärker auf eine nachhaltige, also langfristige Arbeitsmarktintegration zu lenken. Ein Weiterbildungsgeld von 150 Euro und ein Bürgergeld-Bonus in Höhe von 75 Euro förderten die Teilnahme an Weiterbildungen und Qualifizierung.[2]

Die Situation der Leistungsempfänger sollte durch eine stärker gemeinschaftlich organisierte Beziehung zu den Jobcentermitarbeitern verbessert werden. Ziele und Schritte zur Erreichung sollten einvernehmlich vereinbart werden. Die vermeintlichen Lockerungen und Verbesserungen des Leistungsbezugs im Bürgergeld wurden und werden strittig diskutiert. Sozialverbände fordern weitere Anpassungen des Regelsatzes an die weiter steigenden Lebenshaltungskosten, wohingegen Wirtschaftsverbände die Leistungen bereits jetzt für zu großzügig halten und die Lockerungen insgesamt kritisieren. Manche bewerten den Leistungsbezug dabei als ungerecht – insbesondere verglichen mit Personen, die für ihr Einkommen regulärer Erwerbsarbeit nachgehen „müssen". Im Gegensatz zur Gerechtigkeitsdebatte, die an dieser Stelle wegen vielfältiger Sichtweisen nur unvollständig dargelegt werden kann, lässt sich das Bürgergeld im Kontext sozialer Ungleichheit klarer fassen. Denn die zentrale Frage lautet, ob die Maßnahmen die Arbeitsmarktbenachteiligungen reduzieren, also Beschäftigungsfähigkeit verbessern und Jobaufnahmen erhöhen.

Aufgabe und Ziel der Grundsicherung sind im Zweiten Sozialgesetzbuch (SGB II) festgelegt. Es geht darum, „Leistungsberechtigten [zu] ermöglichen, ein Leben zu führen, das der Würde des Menschen entspricht." Die Grundsicherung soll dazu beitragen, dass erwerbsfähige Leistungsberechtigte „[…] ihren Lebensunterhalt unabhängig von der Grundsicherung aus eigenen Mitteln und Kräften bestreiten können" und konkret „[…] bei der Aufnahme oder Beibehaltung einer Erwerbstätigkeit unterstützen und den Lebensunterhalt

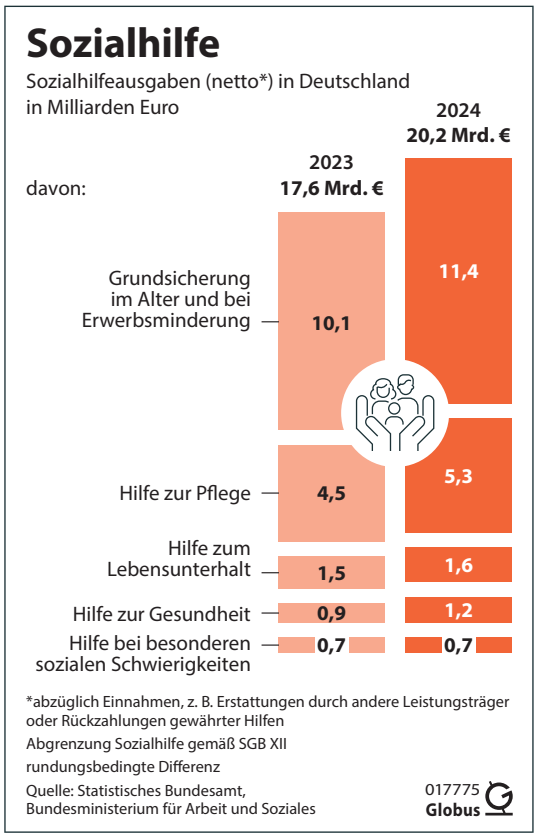




Grafiken: Picture Alliance

1 Bundeszentrale für politische Bildung (bpb): Kurze Entstehungsgeschichte der Grundsicherung für Arbeitsuchende, Berlin 2024, vgl. https://www.bpb.de/ themen/arbeit/arbeitsmarktpolitik/187946/kurze-entstehungsgeschichte-der-grundsicherung-fuer-arbeitsuchende/ [Stand: 18.11.2025].

2 Deutscher Gewerkschaftsbund (DGB): Das Bürgergeld: Unterstützung für erwerbsfähige und hilfsbedürftige Menschen, 2024, vgl. https://www.dgb.de/service/ratgeber/buergergeld/ [Stand: 18.11.2025].



Grafik: Picture Alliance

sichern, soweit sie ihn nicht auf andere Weise bestreiten können" (§1 SGB II). Daran muss sich das Bürgergeld im Kontext der Reduzierung sozialer Ungleichheit messen lassen.

Zunächst stellt sich die Frage, wer überhaupt erwerbstätig sein kann, also Chancen auf eine Arbeitsmarktintegration hat. 5,2 Mio. Menschen beziehen Bürgergeld (Oktober 2025). Innerhalb dieser Gruppe sind 1,4 Mio. sogenannte nicht erwerbsfähige Leistungsberechtigte – Personen im nicht erwerbsfähigen Alter (unter 15 Jahre) oder jene, die gesundheitlich oder rechtlich nicht in der Lage sind, mindestens drei Stunden täglich zu arbeiten. Dies scheint zunächst zu verwundern, da im Gesetz diverse Voraussetzungen formuliert sind, um Bürgergeld beziehen zu können: Nicht nur muss das 15. Lebensjahr vollendet sein, man muss außerdem hilfebedürftig und erwerbsfähig sein (§ 7 SGB II). Nichterwerbsfähige Leistungsberechtigte beziehen allerdings Bürgergeld und sind somit Teil der Statistik, wenn sie mit einer erwerbsfähigen und leistungsberechtigten Person in einem Haushalt, der sog. Bedarfsgemeinschaft, leben.

Von den verbliebenen 3,8 Mio. erwerbsfähigen Leistungsberechtigten sind hinsichtlich einer direkten Arbeitsmarktintegration weitere Personengruppen abzuziehen. Dazu zählen Teilnehmer von Maßnahmen (etwa Umschulungen), Schüler, Studierende und Auszubildende oder (kurzfristig) arbeitsunfähige Personen. Sie gelten nicht als arbeitslos, da sie für eine Vermittlung in Arbeit nicht bereitstehen.[3] Außerdem sind rund 806.000 Bürgergeldbeziehende erwerbstätig, können damit aber ihren Bedarf nicht decken, sodass sie ergänzend Grundsicherung erhalten.[4]

Es verbleiben 1,8 Mio. Arbeitslose, die dem Arbeitsmarkt theoretisch, also laut Arbeitsmarktstatistik, zur Verfügung stehen. In der konkreten Vermittlung stehen hier aber zumeist noch diverse Hemmnisse im Weg: Hohes Alter, Schwerbehinderung, Berufsrückkehr, Langzeitarbeitslosigkeit und Geringqualifikation gelten als Vermittlungshemmnisse. Knapp die Hälfte der Arbeitslosen im Bürgergeld weist mindestens zwei dieser Merkmale auf, nur zwölf Prozent keines davon.[5]

Vor diesem Hintergrund gelingt eine Vermittlung in den Arbeitsmarkt über den Abbau dieser Vermittlungshemmnisse. Der Beitrag der aktiven Arbeitsmarktpolitik liegt hier unter

3 Bundesagentur für Arbeit: Arbeitsmarkt in Zahlen, Arbeitslose nach Rechtskreisen und Leistungsberechtigte im SGB II (Statistik der BA), Nürnberg 2025, vgl. https://statistik.arbeitsagentur.de/DE/Navigation/Statistiken/Fachstatistiken/Arbeitsuche-Arbeitslosigkeit-Unterbeschaeftigung/Produkte/Arbeitslose-Rechtskreisen/Arbeitslose-Rechtskreisen-Nav.html [Stand: 18.11.2025].

4 Bundesagentur für Arbeit: Erwerbstätige erwerbsfähige Leistungsberechtigte (Monats- und Jahreszahlen, Statistik der Bundesagentur für Arbeit), Nürnberg 2025, https://statistik.arbeitsagentur.de/DE/Navigation/Statistiken/Fachstatistiken/Grundsicherung-fuer-Arbeitsuchende-SGBII/Personengruppen-Bedarfsgemeinschaften/Personengruppen-Bedarfsgemeinschaften-Nav.html [Stand: 18.11.2025].

5 Lisa Kleinlein/Anton Klaus: Arbeits- und Fachkräftemangel trotz Arbeitslosigkeit, in: Berichte: Arbeitsmarkt kompakt, hg. v. Bundesagentur für Arbeit, Nürnberg 2025, vgl. https://statistik.arbeitsagentur.de/DE/Statischer-Content/Statistiken/Themen-im-Fokus/Fachkraeftebedarf/Generische-Publikationen/Arbeits-und-Fachkraeftemangel-trotz-Arbeitslosigkeit.pdf?__blob=publicationFile&v=2 [Stand: 18.11.2025].

anderem in Maßnahmen zur Aktivierung und beruflichen Eingliederung (MAbE) sowie zur beruflichen Weiterbildung (FbW). Erstere umfassen kurze, niedrigschwellige Maßnahmen insbesondere zur Reduzierung von Vermittlungshemmnissen, während Letztere langfristig die formale Qualifizierung von Arbeitslosen (SGB II) verbessern. Besonders die FbW-Maßnahmen zeigen, inwieweit Menschen nachhaltig für den Arbeitsmarkt qualifiziert werden. Allerdings sind die Zahlen beider Maßnahmen auch nach Einführung des Bürgergeldes stagnierend bis rückläufig: Die kürzeren MAbE haben in den letzten Jahren zehntausende Teilnehmende verloren, mit einem durchschnittlichen Teilnehmendenbestand im Jahr 2024 von 116.000. Die qualifizierenden FbW im Bürgergeldbezug stagnieren seit Jahren bei im Schnitt etwa 40.000 Teilnehmenden jährlich. Etwa ein Viertel der MAbE-Teilnehmer und etwa ein Drittel der FbW-Teilnehmer sind sechs Monate nach der Maßnahme sozialversicherungspflichtig beschäftigt – eine mit Blick auf die letzten Jahre unveränderte Quote.

Aktivierung durch Leistungsminderung hat im Bürgergeld nur eine untergeordnete Rolle: Wegen des Urteils des Bundesverfassungsgerichts wurden die Sanktionen bei Pflichtverletzungen eingeschränkt. Meldeversäumnisse und Pflichtverletzungen wie die Ablehnung eines Arbeitsangebots, der Abbruch einer Maßnahme oder die Ablehnung einer Eingliederungsvereinbarung führen nur noch zu stufenweisen Minderungen von bis zu 30 Prozent für drei Monate. In Härtefällen (bei „willentlicher Verweigerung") besteht die Möglichkeit, das Bürgergeld für maximal zwei Monate komplett zu streichen (§ 31, 31a, 31b, 32 SGB II), was in der Praxis jedoch so gut wie nicht stattfindet, da diese Sanktion rechtlich sehr voraussetzungsvoll ist.[6] Doch auch die übrigen Sanktionen bzw. Leistungsminderungen bis zu 30 Prozent werden, verglichen zur Zeit vor dem Bundesverfassungsgerichtsurteil, nur selten ausgesprochen: Im Juni 2025 gab es 36.700 Leistungsberechtigte mit einer Leistungsminderung. In den Jahren vor 2019 waren es monatlich deutlich über 100.000 bis hin zu 150.000.[7] Infolge eines Sanktionsmoratoriums in den Monaten vor der Einführung des Bürgergeldes sind die Jobaufnahmen aus der Grundsicherung um vier Prozent gesunken, im ersten Jahr der Bürgergeldreform um knapp sechs Prozent.[8] Allerdings sind diese Befunde umgekehrt nicht mit einer ausschließlich positiven Wirkung von Sanktionen gleichzusetzen: Sanktionen erhöhen zwar die Übergangsraten in Arbeit, können sich aber negativ auf die Beschäftigungsdauer und -qualität auswirken, sodass Sanktionierte häufiger gering qualifizierte Tätigkeiten aufnehmen.[9, 10]

Den individuellen Lockerungen der Bürgergeldreform stehen stagnierende bis negative Entwicklungen am Arbeitsmarkt gegenüber. Gründe liegen unter anderem in der Verwirklichung der Reformideen: Während die Erhöhung des Regelbedarfs und die Einschränkung von Sanktionen tatsächlich umgesetzt wurden, fand die vermehrte Qualifizierung und Integration durch Kooperation keine Realisierung. Ein Grund ist die unzureichende Finanzierung: Jährlich werden etwa eine Milliarde Euro aus dem Eingliederungsbudget der Jobcenter, das unter anderem zur Qualifizierung gedacht ist, ins Verwaltungsbudget umgeschichtet. Dies ist gängige Praxis, da die Verwaltungskosten der Jobcenter infolge von höheren Tarifabschlüssen

6 Maximilian Schiele/Stefan Tübbicke/Markus Wolf/Joachim Wolff: 100-Prozent-Sanktionen gegen erwerbsfähige Leistungsberechtigte, die „nachhaltig" Arbeit verweigern, werden nur sehr selten verhängt, in: IAB-Forum 12. September 2025, Nürnberg 2025, vgl. https://iab-forum.de/100-prozent-sanktionen-gegen-erwerbsfaehige-leistungsberechtigte-die-nachhaltig-arbeit-verweigern-werden-nur-sehr-selten-verhaengt/ [Stand: 14.11.2025].

7 Bundesagentur für Arbeit: Leistungsminderungen. Deutschland, West/Ost und Länder. Zeitreihe Monats- und Jahreszahlen ab 2007 (Statistik der BA), Nürnberg o.J., https://statistik.arbeitsagentur.de/SiteGlobals/Forms/Suche/Einzelheftsuche_Formular.html;jsessionid=3B6245C620DB433360CA33123C811A1D?nn=1524068&topic_f=zr-leistungsminderungen [Stand: 18.11.2025].

8 Enzo Weber: *The Dovish Turnaround: Germany's Social Benefit Reform and Job Findings* (IAB Discussion Paper 7/2024), hg. v. Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB), Nürnberg 2024. https://doku.iab.de/discussionpapers/2024/dp0724.pdf [Stand: 18.11.2025].

9 Markus Wolf: *Persistent or temporary? Effects of social assistance benefit sanctions on employment quality*, in: Socio-Economic Review 22(3) (2024), S. 1531-1557.

10 Markus Wolf: Ex-ante-Effekte von Sanktionen in der Grundsicherung. Bereits die Möglichkeit einer Sanktionierung zeigt Wirkung, in: IAB-Kurzbericht (15/2024), Nürnberg 2024. https://doku.iab.de/kurzber/2024/kb2024-15.pdf [Stand: 18.11.2025].

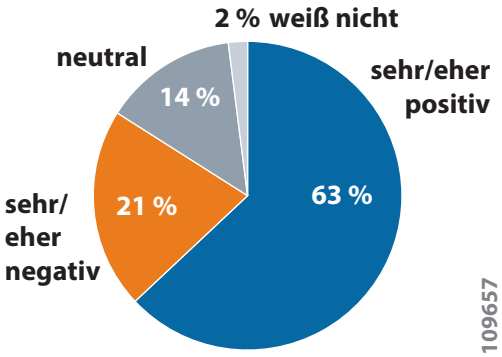
LESESTOFF

Neu im Publikationsangebot der Landeszentrale: Gerald Bäcker, Jürgen Boeckh, Ernst-Ulrich Huster :

Die in ihren Fachbereichen sehr renommierten drei Autoren stellen in handbuchartiger Form wesentliche Aspekte der historischen Entwicklung des Sozialstaats in Deutschland dar und gehen umfassend auf aktuelle Strukturen wie Herausforderungen des Sozialstaats ein. Das Buch eignet sich besonders für die Vorbereitung auf Vorträge/Referate sowie zur fachlichen Vorbereitung des Unterrichts.

Bürgergeld-Reform

Härtere Sanktionen möglich – wie blicken Sie auf die Reform?



2256 Befragte, 10.–13.10.2025

Quelle: YouGov (im Auftrag der dpa)

Grafik: Picture Alliance

und allgemein der Inflation steigen, der Haushalt aber zu knapp kalkuliert wird.[11] So ist beispielsweise auch der erwähnte Bürgergeld-Bonus für Weiterbildung infolge des zweiten Haushaltsfinanzierungsgesetzes 2024 weggefallen.

Die Koalition aus CDU und SPD beschloss im Oktober 2025 eine erneute Reform der Grundsicherung. Der Leistungsbezug soll wieder mit mehr Verbindlichkeiten und Sanktionen verbunden sein. Pflichtverletzungen sollen sofort zu einer 30-prozentigen Kürzung der Leistungen führen und wiederholte Meldeversäumnisse zu einer Komplettstreichung. Insgesamt soll der Fokus stärker auf die Vermittlung in Arbeit statt Qualifizierung liegen. Die Betreuung von Leistungsbeziehern soll dabei je nach Arbeitsmarktnähe intensiviert und die Kontaktdichte zu Langzeitarbeitslosen erhöht werden. Das Schonvermögen soll sich am Lebensalterder Beitragszahler bemessen.

Angesichts der diversen Problemlagen vieler Leistungsbezieher kann eine nachhaltige Integration in Arbeit ohne Betreuung und Unterstützung durch die Jobcenter nicht gelingen. Die vieldiskutierten Sanktionen und weiteren Einschränkungen scheinen manchen Verfechtern des Leistungsprinzips das Mindeste. Bei den Vermittlungshemmnissen greift diese Reduzierung auf einschränkende Maßnahmen aber zu kurz: Zur Abfederung sozialer Ungleichheiten sind auch Vorhaben zu begrüßen, die die genannten Benachteiligungen abbauen und Arbeitsmarktnähe herstellen. Die begrenzten Mittel dort einzusetzen, wo intensive Unterstützung geboten ist, war allerdings schon Ziel der Bürgergeld-Reform. Und so liegt auch hier eine Gemeinsamkeit beider Vorhaben: Ob eine Reform erfolgreich ist, entscheidet sich nicht auf dem Papier, sondern in ihrer praktischen Umsetzung.

11 Tobias Ortmann/Eric Thode/Roman Wink: Bürgergeld: Anspruch, Realität, Zukunft, Bertelsmann Stiftung, Gütersloh 2025.

SOZIALE UNGLEICHHEITEN IN DEUTSCHLAND

– ausgewählte Daten und Fakten

Räumliche Ungleichheit beim Wohnen

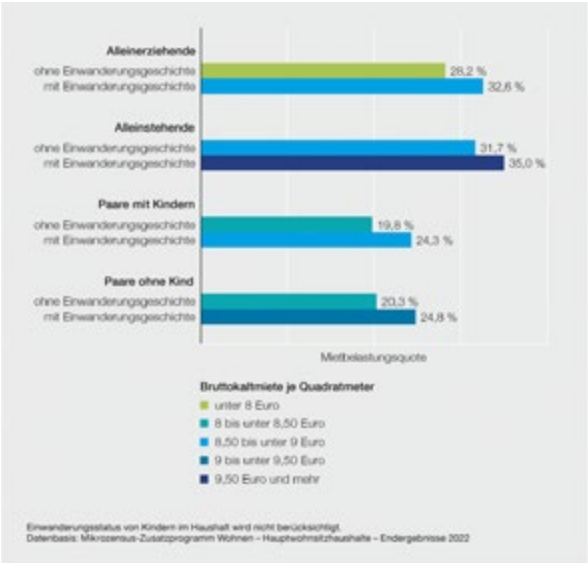
Die nachfolgenden Statistiken und Diagramme zu Themenfeldern der sozialen Ungleichheit und Entwicklung in Deutschland sind dem Sozialbericht 2024 der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) und dessen Kooperationspartnern entnommen (https://www.bpb.de/kurz-knapp/zahlen-und-fakten/sozialbericht-2024/; [Stand: 16.12.2025]).

Bruttokaltmiete und Mietbelastungsquote nach Bundesländern 2022

	Bruttokaltmiete je Quadratmeter	Durchschnittliche Mietbelastungsquote
	Euro	%
Deutschland	**8,70**	**27,9**
Baden-Württemberg	9,40	28,0
Bayern	10,00	28,0
Berlin	9,60	27,4
Brandenburg	7,70	25,3
Bremen	8,60	30,8
Hamburg	10,90	30,3
Hessen	9,30	29,6
Mecklenburg-Vorpommern	7,40	25,9
Niedersachsen	7,70	28,0
Nordrhein-Westfalen	8,30	29,1
Rheinland-Pfalz	7,80	28,6
Saarland	6,70	30,0
Sachsen	7,10	23,3
Sachsen-Anhalt	6,70	24,4
Schleswig-Holstein	8,80	30,2
Thüringen	7,00	24,2

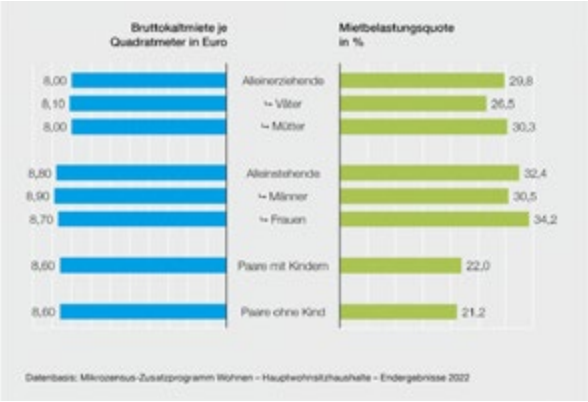
Datenbasis: Mikrozensus-Zusatzprogramm Wohnen – Hauptwohnsitzhaushalte – Endergebnisse 2022

Bruttokaltmiete und Mietbelastungsquote nach Lebensform und Einwanderungsstatus 2022



Einwanderungsstatus von Kindern im Haushalt wird nicht berücksichtigt.
Datenbasis: Mikrozensus-Zusatzprogramm Wohnen – Hauptwohnsitzhaushalte – Endergebnisse 2022

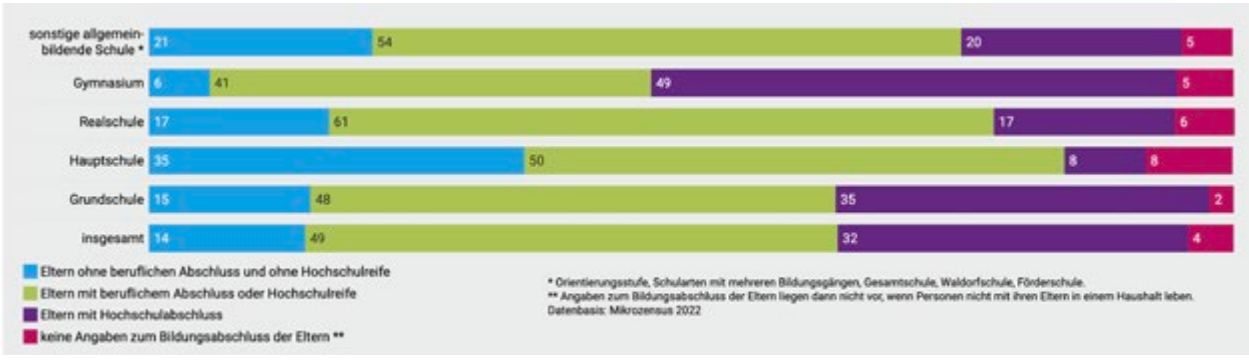
Bruttokaltmiete und Mietbelastungsquote nach Lebensform der Haupteinkommensperson 2022



Datenbasis: Mikrozensus-Zusatzprogramm Wohnen – Hauptwohnsitzhaushalte – Endergebnisse 2022

Besuchte Schulart und höchstem Bildungsabschluss der Eltern

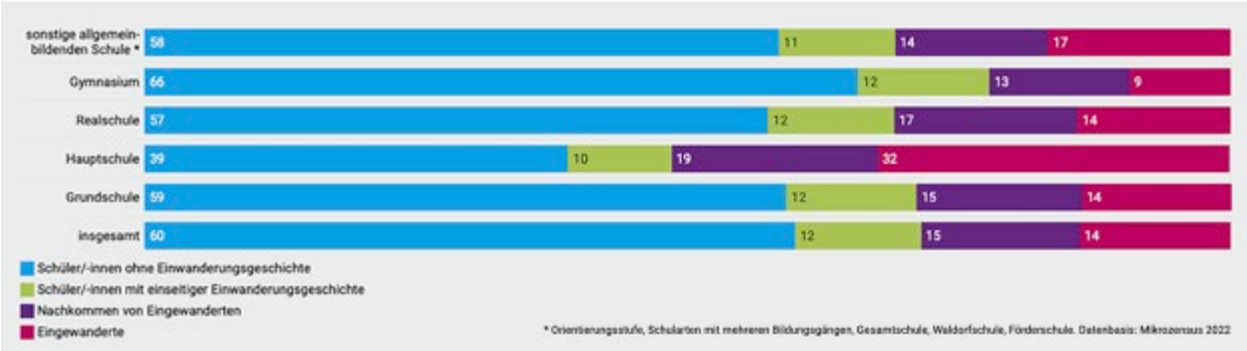
Schülerinnen/Schüler nach besuchter Schulart und höchstem Bildungsabschluss der Eltern - in Prozent



* Orientierungsstufe, Schularten mit mehreren Bildungsgängen, Gesamtschule, Waldorfschule, Förderschule.
** Angaben zum Bildungsabschluss der Eltern liegen dann nicht vor, wenn Personen nicht mit ihren Eltern in einem Haushalt leben.
Datenbasis: Mikrozensus 2022

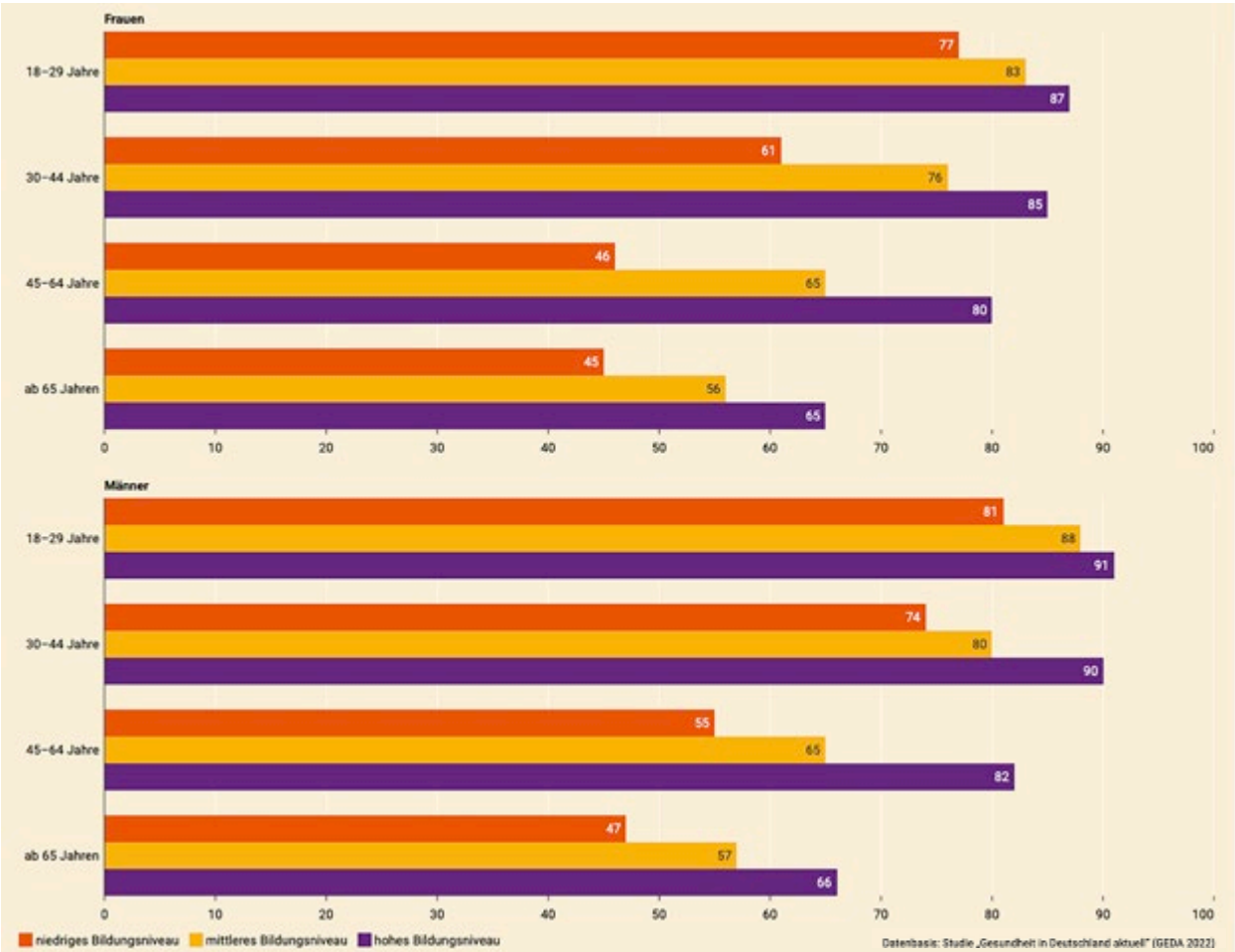
Schülerinnen und Schüler nach besuchter Schulart und Einwanderungsgeschichte

Schülerinnen/Schüler nach besuchter Schulart und Einwanderungsgeschichte - in Prozent



Gesundheitszustand nach Bildung und Einkommen

Selbsteinschätzung des allgmeinen Gesundheitszustands („gut“/„sehr gut“) nach Bildung 2022 - in Prozent



INTERVIEW

BILDUNG UND GESELLSCHAFTLICHE TEILHABE ALS TEIL DER LÖSUNG?

Interview mit Prof. Dr. Ina Schildbach, OTH Regensburg, über gegenwärtige Fragen sozialer Ungleichheit

---

Dr. Ina Schildbach ist Professorin für Politikwissenschaft mit Schwerpunkt Sozialpolitik an der OTH Regensburg. Sie forscht zum Thema Armut auf kommunaler, deutschlandweiter und internationaler Ebene. Gemeinsam mit ihrem Team hat sie den Regensburger Armutsbericht erstellt: www.armutsbericht-regensburg.de

DR. INA SCHILDBACH
Professorin für Politikwissenschaft mit Schwerpunkt Sozialpolitik an der OTH Regensburg.

Foto: Christoph Gabler

Wie würden Sie jemanden ohne Vorwissen den Begriff der „sozialen Ungleichheit“ erklären?
Ina Schildbach: Auf der einen Seite finden wir Menschen mit hohem Einkommen, die sich vieles leisten können und für die dieses Viele selbstverständlich ist. Auf der anderen Seite stehen Personen mit sehr wenig Geld, die jeden finanziellen Schritt abwägen und ihre Mittel streng einteilen müssen. Genau diese fehlende Selbstverständlichkeit des Konsums bildet für mich den zentralen Punkt – eine Thematik, die im Grunde täglich eine Rolle spielt und dadurch erheblichen Druck erzeugt. Den Unterschied zwischen beiden Gruppen fassen wir unter dem Begriff „soziale Ungleichheit“ zusammen. Daran knüpft dann die Frage an, ob Menschen diese Ungleichheit überhaupt als Problem wahrnehmen und an welcher Stelle genau sie ein solches darstellt. Welche Kriterien entscheiden darüber, ob wir Ungleichheit noch als legitim ansehen – und ab welchem Moment wir sagen: Der Abstand entfernt sich so weit vom Gegenbegriff sozialer Gleichheit, dass wir eine Legitimation nicht mehr vertreten können?

Wo liegt für Sie dieser neuralgische Punkt?
Ina Schildbach: Für mich hängt dieser Punkt davon ab, worauf wir uns als Gesellschaft einigen können. Ich formuliere natürlich eigene Vorstellungen dazu, ab wann soziale Ungleichheit wirklich zum Problem wird. Blickt man jedoch auf das Ganze, gehen die Meinungen dazu stark auseinander. Ein nachvollziehbarer Mittelweg ergibt sich aus meiner Perspektive aus einem einfachen Kriterium: Menschen müssen mit ihrem Einkommen aus Arbeit ihren Lebensunterhalt decken können. Sobald dieser Grundsatz nicht mehr greift – also manche ohne Arbeit ein sehr komfortables Leben führen, während andere viel arbeiten und trotzdem kaum über die Runden kommen – empfinden das viele als unfair. Und zwar unabhängig davon, ob sie eher konservative Werte vertreten oder politisch links geprägt sind. Arbeiten und davon leben können – dieses Prinzip bildet für mich den Kern einer gerechten Gesellschaft.

Verschiedene Studien zeigen, dass dieser Minimalkonsens häufig nicht greift. Wo liegt aus Ihrer Sicht der wichtigste Hebel der Politik, um diese Ungleichheiten abzubauen – und wo stoßen politische Maßnahmen an Grenzen?
Ina Schildbach: In der Vergangenheit hat der Mindestlohn vor allem als arbeitsmarktpolitische Maßnahme für mehr Gerechtigkeit gesorgt. Deshalb spielt die Debatte über seine Höhe so eine große Rolle: Wo liegt die Untergrenze dessen, wovon manche Menschen leben können, wenn sie arbeiten und sich in die Gesellschaft einbringen?

Auch das Bildungs- und Teilhabepaket aus dem Jahr 2011 gehört unbedingt dazu. Das wirkt auf den ersten Blick vielleicht klein, doch meine Forschung und hier insbesondere die Betroffeneninterviews zeigen immer wieder, dass Armut viele Lebensbereiche betrifft – Bildung, Wohnen, Gesundheit, Teilhabe. Maßnahmen in diesen Bereichen sind

LESESTOFF

Karl Maurer hält den Schlüssel zu einem neuen Leben in der Hand: Sein Freund Lenz, ein Obdachloser wie Karl, hat ihm diesen Schlüssel zu einer Wohnung in einer noblen Gegend Münchens vermacht. Doch Karl zögert, diese Wohnung zu betreten. Zu ungewohnt im wahrsten Sinne des Wortes ist es nach all den Jahren für ihn, sich tagsüber nicht auf der Straße aufzuhalten und nachts nicht im Freien zu schlafen. Der Leser/die Leserin begleitet Karl einige sehr heiße Sommertage und -nächte lang auf seinen Wegen durch München und betrachtet die schöne bayerische Metropole aus einer ganz anderen Perspektive: Suppenküchen, Kleiderkammern, Bahnhofsmission, Schlafstätten unter Brücken und in Parks, Notunterkünfte etc. zeichnen gewissermaßen einen „Stadtplan der Armut“. Ostermair gelingt es, den richtigen Ton zu treffen, weder wird das Leben auf der Straße romantisiert, noch werden die Obdachlosen verurteilt – es wird aber auch nichts beschönigt: Gewalt, Sucht, Einsamkeit, Sex, Lieblosigkeit, Verzweiflung, Scham – das Leben auf der Straße ist hart, schonungslos und sehr gefährlich.

Zwölf differenzierte Unterrichtsvorschläge für verschiedene Schularten und Jahrgangsstufen ermöglichen einen altersgemäßen Zugang zum Roman „Der Sandler“ von Marks Ostermair. Die Inhalte der einzelnen Unterrichtseinheiten reichen dabei von Ursachen und Folgen von Obdach- bzw. Wohnungslosigkeit und der Auseinandersetzung mit den konkreten Lebensbedingungen obdachloser Menschen bis hin zu Hilfsangeboten für Betroffene sowie der Einordnung des Themas in philosophisch-literarische Kontexte.

deshalb zentral. Der Koalitionsvertrag wollte hier Ansätze setzen. Wie es weitergeht, bleibt abzuwarten, aber aus meiner Sicht ist das nach wie vor enorm wichtig.

Gibt es denn auch Maßnahmen, die Sie eher als Symbolpolitik sehen?

Ina Schildbach: Die Debatte um das Bürgergeld empfinde ich als schwierig, weil der zentrale Punkt – Menschen, die von ihrer Arbeit nicht leben können – oft aus dem Blick gerät. Statt über die Höhe des Bürgergelds zu diskutieren, müsste es eher darum gehen, wie Menschen wieder aktiv am gesellschaftlichen Leben teilnehmen können. In der Diskussion haben sich die Schlagworte ‚Fördern' und ‚Fordern' eingebürgert. Dabei wird ‚Fordern' oft als konservativ, ‚Fördern' als progressiv wahrgenommen. So einfach lässt sich das meines Erachtens aber nicht kategorisieren. Beispielsweise handhabt die Tafel in Regensburg ihre Arbeit so, dass Menschen, die Hilfsleistungen erhalten, beim Verteilen der Lebensmittel mithelfen. Viele Betroffene waren darauf sehr stolz – es gab ihnen Sinn und Selbstwertgefühl. Auch ein anderes Beispiel: In Nordhausen führte ein Landrat [Anm.: Lkr. Nordhausen/ Thüringen; Landrat Matthias Jendricke, SPD] eine Arbeitspflicht für Bürgergeldempfänger ein. Die Betroffenen berichteten, dass es zwar anstrengend sei, früh aufzustehen, sie aber auch Freude daran hätten, Aufgaben zu übernehmen und Menschen zu treffen. Deshalb halte ich es für falsch zu sagen, dass Fordern immer negativ wirkt. Ich würde mir wünschen, dass die Debatte weniger stark in konservativ-progressiv-Schemata verläuft, weil sie die Realität oft nicht trifft.

Sie sind Mitautorin des Regensburger Armutsberichts. Welche zentralen Erkenntnisse oder Entwicklungen aus diesem Bericht haben Sie besonders überrascht?

Ina Schildbach: Viele Menschen, die krank – vor allem psychisch krank – sind, stehen dem Arbeitsmarkt faktisch nicht zur Verfügung. In dieser Spirale liegt ein großes Problem: Armut führt zu Scham, Rückzug und Einsamkeit, und irgendwann weiß man kaum noch, wie man sich in der Gesellschaft bewegen soll. Ein Beispiel verdeutlicht, dass Armut nicht nur ein materielles Problem ist: Eine Frau erzählte mir, dass sie über einen Kulturverein Karten für die Regensburger Schlossfestspiele bekommen hätte. Sie hätte aber nicht teilgenommen. Auf meine Frage, warum, antwortete sie: ‚Ja, was soll ich denn da anziehen? Da schäme ich mich ja!' Viele berichteten von diesem Gefühl, als arm gelesen und erkannt zu werden. Wer sich so zurückzieht, steht dem Arbeitsmarkt dann natürlich kaum noch zur Verfügung.

Grafik: Picture Alliance

Bayern gilt als wohlhabendes Land und doch gibt es hier Armut und soziale Spaltung. Wie passt das zusammen?

Ina Schildbach: Ich sehe darin keinen Widerspruch. Wir sprechen über sehr unterschiedliche Gruppen und verschiedene Gründe für Armut und Wohlstand. In Regensburg und Bayern insgesamt verdienen viele Menschen gut. Gleichzeitig gibt es Dienstleistungen, die schlecht bezahlt werden, beispielsweise etwa Paketlieferdienste – hier entsteht fast ein zynisches Ergänzungsverhältnis. Hinzu kommt die Rolle des Staates: Der Wohlstand eines Bundeslandes hängt oft daran, dass Unternehmen Steuern zahlen. Dieser Reichtum ermöglicht umfangreiche Unterstützungsmaßnahmen – oder eben nicht. Bayern bot hier spezifische sozialpolitische Leistungen wie das Familiengeld, das Familien finanziell entlasten sollte. [Anm.: im Doppelhaushalt 2026/27 rückwirkend abgeschafft]. Trotzdem ändert das nichts daran, dass in Bayern überdurchschnittlich viele ältere Menschen von Armut betroffen sind. In diesem Bereich schneidet Bayern im Ländervergleich eher schlecht ab – vor allem wegen der historischen Struktur des Rentensystems.

Welche Maßnahmen sind familienpolitisch in Bezug auf Armut sinnvoll?

Ina Schildbach: Das ist nicht einfach zu beantworten. Viel diskutiert werden Kindergeld, Elterngeld und deren Anrechnung auf Sozialleistungen. Für mich liegt der zentrale Punkt bei familienpolitischen Maßnahmen darin, konkrete Förderungen für Aktivitäten von Kindern zu ermöglichen. Dazu zählt etwa das Teilhabepaket, das Kinder aus einkommensschwachen Familien gezielt unterstützt, damit sie normal am gesellschaftlichen Leben teilnehmen können. Der beste Weg, das umzusetzen, ist noch offen, und die Bürokratie erschwert vieles – zum Beispiel für jeden Sportverein einen Antrag stellen zu müssen. Wichtig bleibt, Kindern früh Möglichkeiten zu eröffnen, Interessen zu entwickeln und Fähigkeiten zu entfalten – etwa Musik oder Fremdsprachen zu lernen –, die wohlhabenderen Kinder oft leichter zugänglich sind. Solche Angebote wirken langfristig stark, gerade in Deutschland, wo soziale Mobilität international eher niedrig ausfällt. Hier setzt gezielte Förderung an, um gleiche Chancen zu schaffen.

Gibt es Unterschiede zwischen städtischer und ländlicher Armut in Bayern? Wird dieser Unterschied in der Forschungsperspektive tatsächlich gemacht?

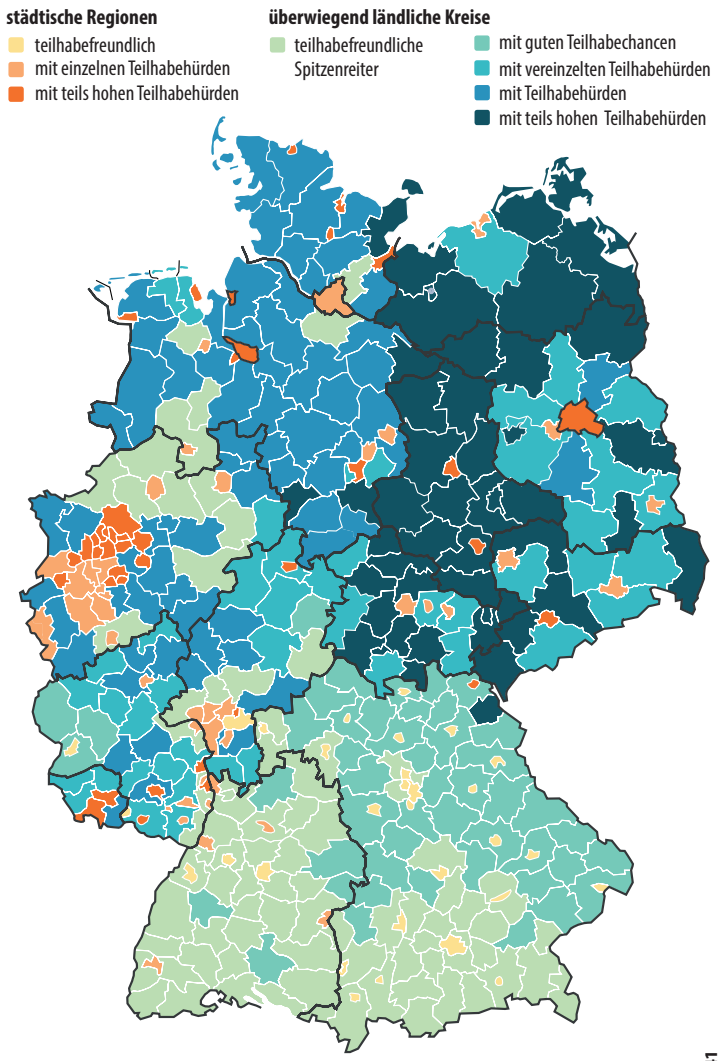
Ina Schildbach: Ich finde die Frage sehr spannend, weil städtische und ländliche Armut in der Forschung bisher wenig beleuchtet werden. Beim Regensburger Armutsbericht haben wir gefragt: Was bedeutet ein Leben in Armut? In Regensburg gibt es ein gut ausgebautes Auffangnetz – soziale Einrichtungen für die Grundversorgung, Organisationen wie ‚KulTür', Essensausgaben, kulturelle Angebote. Viele Lebensbereiche werden so bereits abgefedert. Auf dem Land sieht das anders aus. Dort kann man froh sein, wenn es eine Tafel im Nachbarort gibt. Das verändert den Alltag armutsbetroffener Menschen erheblich. Hinzu kommt, dass Kirche im ländlichen Raum oft noch eine Rolle spielt, etwa mit Seniorennachmittagen – viele Menschen sind aber inzwischen glaubensfern und nehmen solche Angebote nicht mehr wahr. Meiner Ansicht nach müsste dieser Unterschied in der Forschung stärker berücksichtigt werden.

Um den Blick von der regionalen auf die nationale Perspektive zu wenden: Wie steht Deutschland im Europäischen Vergleich in Bezug auf soziale Ungleichheit und sein Sozialsystem da?

Ina Schildbach: Man muss immer beachten, dass Faktoren wie Bevölkerungsgröße, -dichte, historische Entwicklungen und das politische Umfeld Vergleiche mit anderen Ländern erschweren. Einzelne Aspekte lassen sich jedoch isoliert betrachten. Deutschland liegt insgesamt auf hohem Niveau: Das Sozialsystem deckt viele Bereiche gut ab. Gleichzeitig zeigen sich spezifische Probleme, bei deren Bewältigung wir uns international etwas abschauen könnten. Ein zentrales Thema bleibt die Vermögensungleichheit: Zehn Prozent der Bevölkerung besitzen die Hälfte des Gesamtvermögens. Ein weiteres Problem betrifft den Bildungsbereich. Kinder aus Haushalten, in denen

Teilhabeatlas Kinder und Jugendliche

Chancen für junge Menschen auf Zugang zum sozialen Gemeinwesen und dessen Errungenschaften



untersuchte Indikatoren: Kinderarmut, Angebot an Ausbildungsplätzen, Jugendarbeitslosigkeit, Anteil der Bevölkerung unter 25 J., Lebenserwartung, Schulabbrecherquote, Betreuungsquote Vorschulkinder, Erreichbarkeit von Einrichtungen der öffentlichen Daseinsvorsorge, Geschwindigkeit Internetzugang

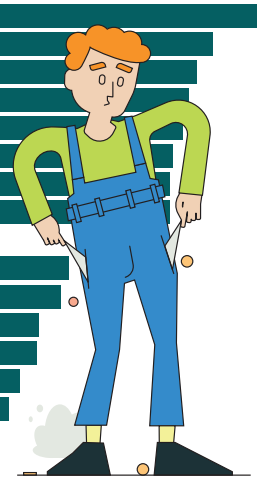
Quelle: Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung, Deutsche Kinder-und Jugendstiftung & Wüstenrot Stiftung

dpa•108941

Grafik: Picture Alliance, 2025

Armut trotz Arbeit

Im Jahr 2024 waren 8,2 Prozent der EU-Bevölkerung* armutsgefährdet, obwohl sie einer Arbeit nachgingen. So war die Lage in den EU-Ländern:



Luxemburg	13,4 %
Bulgarien	11,8
Spanien	11,2
Rumänien	10,9
Griechenland	10,7
Estland	10,3
Italien	10,2
Slowakei	10,2
…	
Deutschland	6,5
Dänemark	6,2
Slowenien	5,4
Irland	5,3
Niederlande	4,7
Belgien	4,3
Tschechien	3,6
Finnland	2,8

Globus 017925 *ab 18 Jahren Quelle: Eurostat

Grafik: Picture Alliance

beide Eltern nur einen Haupt- bzw. Mittelschulabschluss haben, gehen nur selten auf das Gymnasium – die Chancen liegen aktuell bei etwa zwölf Prozent und sind in den letzten Jahren sogar noch gesunken. Hier müssen wir schauen, welche Länder es besser machen und welche Ansätze sich übernehmen lassen. Auch familienpolitisch stellt sich die Frage, ob die Politik tatsächlich hinter Maßnahmen steht, die ärmeren Haushalten das Kinderkriegen erleichtern. Bei sozialer Mobilität herrscht hingegen weitgehend Konsens: Veränderungen sind nötig.

Themen wie Digitalisierung, Migration oder der Klimawandel verändern unsere Gesellschaft rasant. Verschärfen diese Themen soziale Ungleichheit?

Ina Schildbach: Bei der Digitalisierung bin ich vorsichtig mit Vorhersagen. Sie setzt voraus, dass Menschen sich Geräte leisten, Zugang zum Internet haben und auf dem neuesten Stand bleiben – das hängt letztlich auch stark mit Bildung zusammen. Viele unqualifizierte Arbeitsplätze könnten wegfallen, aber wir wissen nicht, wie der Staat reagiert und wie sich der Arbeitsmarkt insgesamt entwickelt. Schauen Sie zum Beispiel auf den Dienstleistungssektor: Plattformen wie Amazon haben zahlreiche neue Jobs geschaffen, die vorher kaum vorstellbar waren. Ob die Schwarzmalerei über Digitalisierung eintreffen wird, vermag ich also nicht zu sagen, auch wenn sie die soziale Spaltung durchaus begünstigen kann.

Beim Klimawandel spielen vor allem zwei Aspekte eine Rolle. International trifft er am härtesten die ärmsten Menschen und verstärkt so globale Ungleichheit. In Deutschland wirkt sich das vor allem über die Klimapolitik aus: Steigende Preise treffen vor allem einkommensschwache Haushalte und bergen Konfliktpotenzial. Hier stehen kurzfristige Belastungen der Klimapolitik gegen die langfristigen Folgen des Klimawandels. Mein Eindruck: Das Bewusstsein wächst, dass sowohl Klimawandel als auch Klimapolitik eine deutliche soziale Dimension haben.

Gibt es auch bei Migration diese soziale Dimension?

Ina Schildbach: Migration hat eindeutig eine soziale Dimension und wir stehen dabei vor einem heiklen Dilemma. Staatliche Mittel werden verteilt, und unterschiedliche Ausgaben stehen in einem Verhältnis zueinander – etwa für Bildung, Sozialleistungen oder Unterstützung für Geflüchtete. Das führt zu Debatten, die oft sehr emotional geführt werden, wie zum Beispiel, wenn bestimmte Leistungen

Chancenungleichheit in der OECD

Anteil der Einkommensunterschiede*, der auf Chancenungleichheit (u.a. Geschlecht, Herkunftsland, Bildungsgrad, Wohnsituation) zurückzuführen ist.

Bulgarien	50 %
USA	42
Rumänien	42
Portugal	41
Spanien	37
Polen	36
Kroatien	32
Italien	29
OECD	28
Großbrit.	26
Frankreich	25
Niederlande	25
Deutschland	24
Österreich	23
Schweiz	19
Finnland	15
Dänemark	13
Island	11

Länderauswahl *vor Abzügen und Transfers

Grafik: Picture Alliance, 2025

gegeneinander ausgespielt werden. Ich finde es problematisch, dass man darüber kaum offen sprechen kann, weil man schnell missverstanden wird. Dabei wäre genau diese ehrliche Auseinandersetzung nötig. Frust über das Tabu solcher Diskussionen trägt dazu bei, dass Menschen sich von etablierten Parteien abwenden und zu extremen Optionen wie der AfD tendieren. Wir sollten anerkennen, dass solche Prioritäten existieren, und eine offene Debatte darüber führen.

Haben Sie den Eindruck, dass soziale Ungleichheit als Kernthema der Politik von den Parteien erkannt wurde – oder droht das Thema wieder aus dem Fokus zu rutschen?

Ina Schildbach: Meist taucht das Thema immer nur punktuell auf – oft mit einer bestimmten Konnotation: „Die, die nicht arbeiten wollen, muss man jetzt antreiben." Für einige Parteien gehört das zum Diskurs über soziale Gerechtigkeit, im größeren Zusammenhang wird die Debatte aber von Deutschlands Wachstumsproblemen und der aktuellen ökonomischen Krise überlagert. Ich fürchte, dass soziale Ungleichheit und Armut in den kommenden Jahren sowohl faktisch zunehmen – also die Lage der Betroffenen sich tendenziell verschlechtern wird – als auch kaum größere politische Aufmerksamkeit erhalten werden. Gerade in ökonomischen Krisen treten diese Themen schnell in den Hintergrund. Zugleich zeigt sich seit Jahren, dass auch die Mittelschicht zunehmend unter Problemen leidet, etwa auf dem Wohnungsmarkt. Dennoch bleibt es oft beim hilflosen Konstatieren, ohne dass wirklich gehandelt wird.

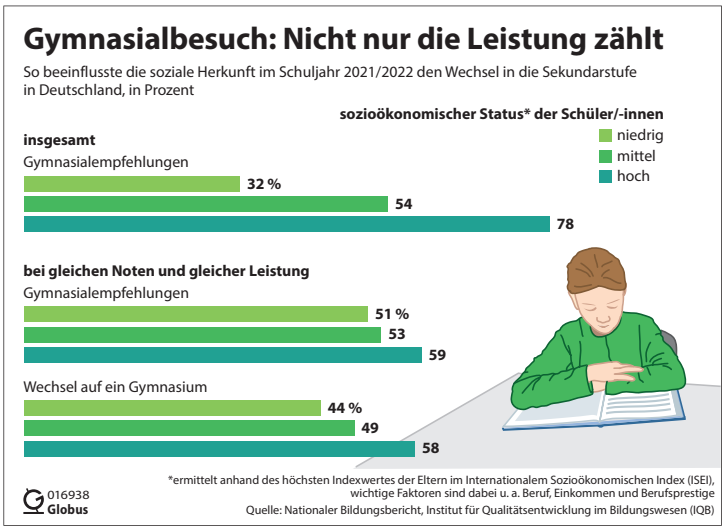
Sehen Sie es so, dass bezüglich dieser sozialen Ungleichheit verschiedene Gesellschaftsschichten/-felder gegeneinander ausgespielt werden?

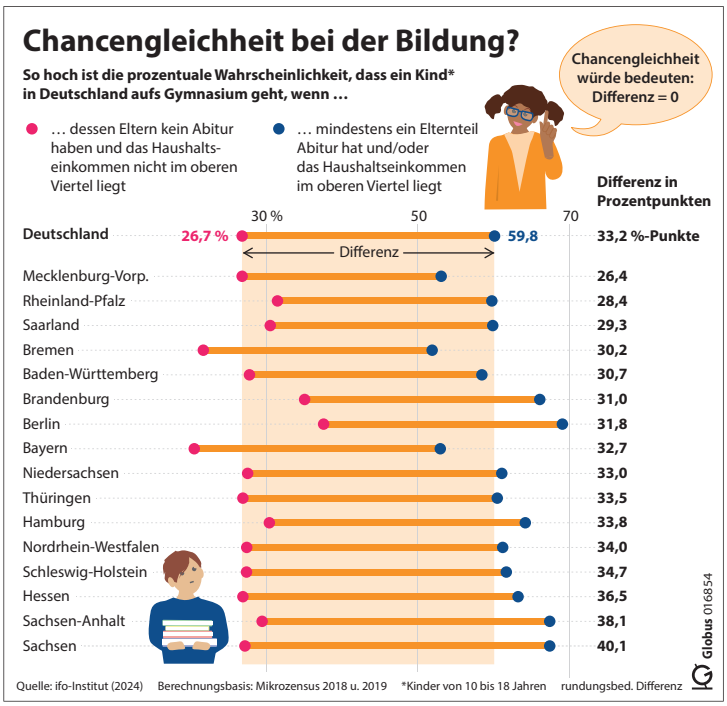
Ina Schildbach: Definitiv! Oft werden verschiedene Gruppen gegeneinander ausgespielt – etwa Bürgergeldempfänger gegen Geringverdiener oder Migranten gegen Deutsche. Die Debatte um soziale Ungleichheit wird dadurch stark von anderen Themen überlagert, zum Beispiel der Flüchtlingsfrage, obwohl viele Probleme damit gar nichts zu tun haben. Dabei gäbe es viele Punkte, die man unaufgeregt diskutieren könnte: Einsamkeit, das Gefühl, sozial nicht mehr teilzuhaben, oder der Rückzug aus Scham. Hier könnte man sich überlegen, wie wir Menschen – alt wie jung – wieder stärker einbinden kann, etwa über regionale Projekte. Solche Fragen ließen sich als Gesellschaft klären, ohne dass sie stark polarisiert würden.

Was könnte die politische Bildung leisten, um das Bewusstsein für die soziale Ungleichheit und diese vielfachen Themenfelder zu stärken?

Ina Schildbach: Entscheidend ist zunächst: Wer ist die Zielgruppe und wo setzt politische Bildung an? Wichtig ist, schon Kinder dafür zu sensibilisieren – etwa beim Übergang aufs Gymnasium. Das ist prägend, und viele Arbeiterkinder spüren diffus, dass sie anders sozialisiert sind als die Mehrheit ihrer Mitschülerinnen und Mitschüler. Politische Bildung müsste daher alle Schülerinnen und Schüler erreichen – vor allem die privilegierten,

Grafiken: Picture Alliance





die Selbstverständlichkeit im Umgang mit Geld erfahren, zum Beispiel, weil Ferien ohne Urlaubsreisen für sie undenkbar sind. An der Hochschule vermisse ich besonders die Auseinandersetzung mit globaler Armut. Ich biete dazu zwar einen Kurs an, aber das stellt eine Ausnahme dar. Ein zentraler Punkt der politischen Bildung bleibt, Bewusstsein dafür zu schaffen, wo Deutschland im internationalen Vergleich steht.

Sie haben die Bildung als ganz zentralen Punkt identifiziert. Welche Ableitungen würden Sie in diesem Kontext treffen, um konkret anzusetzen?
Ina Schildbach: Konkretisieren ist schwierig, aber der Übertritt aufs Gymnasium stellt eine klare Bruchlinie dar. Bei mir selbst war es sehr eindrücklich: Ich war die erste in meiner Familie mit Abitur, und als ich in der fünften Klasse im Gymnasium saß, wurde mir sofort bewusst, dass nun vieles anders ist. Irgendwie spürte ich, dass ich eigentlich nicht so recht dazugehöre. Je höher man im Bildungssystem aufsteigt, desto deutlicher wird diese Fremdheit, besonders für Kinder aus Arbeiterfamilien. Viele haben schlicht nicht die gleichen Möglichkeiten: fehlende Schulmaterialien, keine Nachhilfe, kein Mindset, wie man Lernen systematisch angeht. Kinder aus Haushalten mit hohem Bildungsabschluss bekommen hier meist stärkere Unterstützung. Solche ‚soften Faktoren' wirken stark im Alltag, lassen sich aber schwer lösen. Lediglich zwölf Prozent der Arbeiterkinder schaffen den Weg aufs Gymnasium – sie sind damit klar in der Minderheit gegenüber Kindern aus Akademikerhaushalten.

Vor welchen Herausforderungen steht die Sozialpolitik kurz-, mittel- oder langfristig?
Meiner Meinung nach überlagern zwei Punkte diese Frage besonders: Erstens die gesellschaftliche Zerreißprobe – Deutschland ist in diesem Punkt stark gespalten, und sachliche Verständigung wird immer schwieriger, was sich auch auf die Sozialpolitik auswirkt. Zweitens das lahmende Wachstum, das in den kommenden Jahren zentral bleiben wird. Fokussiert man sich nur auf die Sozialpolitik, erscheinen die brennenden Themen Rentenpolitik, der Umgang mit Geflüchteten und – aus meiner Sicht oft zu wenig beachtet – die Förderung gesellschaftlicher Teilhabe, etwa um Einsamkeit zu vermeiden. Letztlich geht es auch darum, wie Menschen ihre Rolle als Bürgerinnen und Bürger in einer Demokratie verstehen, was wiederum fast alle gesellschaftlichen Bereiche berührt.

Im Bereich der politischen oder gesellschaftlichen Teilhabe für Seniorinnen und Senioren versucht die Landeszentrale auch mit einigen Angeboten anzusetzen, zum Beispiel aktuell mit Wahlinfobroschüren zur Kommunalwahl in Bayern 2026, die von Kommunen als Angebot für deren ältere Bürgerinnen und Bürger gerne genutzt werden.
Ina Schildbach: Gerade die kommunalpolitische Ebene halte ich im Zusammenhang mit sozialer Ungleichheit für besonders wichtig. Wenn man Armutsbetroffene fragt, welche Maßnahmen ihre Situation verbessern könnten, haben die meisten – und das fand ich wirklich erschreckend – keine Antwort. Warum? Weil viele gar nicht politisch denken. Da kam mir der Gedanke, dass man viel eher auf kommunaler Ebene ansetzen könnte, weil diese Angebote viel niedrigschwelliger und greifbarer wirken. Gerade auf dem Land kennt man den Bürgermeister oder die Bürgermeisterin, oft zumindest vom Sehen. Ich sehe das als große Herausforderung – nicht nur für die Demokratie insgesamt, sondern auch für das politische Bewusstsein des Einzelnen, wenn dieses immer mehr verloren geht.

Gibt es denn etwas, was Ihnen bei den vielen Problemlagen in Bezug auf soziale Ungleichheit auch Hoffnung gibt bzw. Sie positiv in die Zukunft blicken lässt?
Ina Schildbach: Was mir beim Regensburger Armutsbericht Hoffnung gegeben hat, ist das große private Engagement vieler Menschen, ohne viel Aufhebens – sei es durch Geldspenden oder die Investition eigener Zeit. Natürlich brauchen wir einen professionell aufgestellten Sozialstaat, aber eine Gesellschaft lebt auch davon, dass Menschen bereit sind, sich für gemeinsame Belange einzubringen. Dieses Engagement ist in Regensburg besonders ausgeprägt – das hat mir wirklich Hoffnung gemacht. Ich würde mir wünschen, dass das auch in anderen Städten und Kommunen so ist. Gleichzeitig muss man dafür Rahmenbedingungen schaffen, das ist klar. Ein konkretes Beispiel ist der Verein Rengschburger Herzen e. V.: Dort habe ich viele Betroffeneninterviews geführt. Arno Birkenfelder, der Gründer, hat unglaublich viel aufgebaut, engagiert sich persönlich und unterstützt sehr kleinteilig bei Dingen, die sonst leicht untergehen würden.

Das Interview führten Nadja Renner und Gregor Köstler am 19. November 2025.

INFO

Rengschburger Herzen e.V.
Ein Leben lang gearbeitet und dennoch reicht die Rente nur für das Nötigste. Dieses Schicksal trifft mehr als drei Million Menschen in Deutschland. *Wir können und wollen nicht wegschauen.*

Unsere mobile Hilfe für Senioren und Obdachlose:
Mobile Lebensmittelversorgung bedürftiger Senioren mit unserem Tante-Emma-Mobil: Ausgabe von frischen und haltbaren Lebensmitteln, Getränken, frischem Obst und Gemüse, Hygieneartikel, Süßigkeiten, Dinge des täglichen Bedarfs.

Versorgung Obdachloser am Bahnhof Regensburg:
- Ausgabe von Lebensmitteln und Getränken zum sofortigen Verzehr.
- Versorgung der Obdachlosen mit Schlafsäcken, Decken, Mützen, Handschuhen und warmer Bekleidung im Herbst/Winter und noch Vieles mehr.

Rengschburger Herzen e. V.
Dr. Gessler Strasse 31
93051 Regensburg
www.rengschburger herzen.de

GLOSSAR

BEGRIFFE ZUM THEMA „SOZIALE UNGLEICHHEIT“[1]

Begriff	Kurzdefinition
absolute Armut	Mangel an lebensnotwendigen Gütern wie Nahrung, Wohnen, Gesundheit.
Armut (relativ)	Ressourcenmangel im Verhältnis zum gesellschaftlichen Durchschnitt.
Armutsgefährdung	Risiko, unter die relative Armutsgrenze zu fallen (EU: < 60 % Medianeinkommen).
Aufstiegsmobilität	Verbesserung der sozialen Position gegenüber der Herkunftsfamilie.
Bedarfsgemeinschaft	Haushaltsbezogene Einheit der Grundsicherung, in der Einkommen und Vermögen aller Mitglieder gemeinsam berücksichtigt werden; bestimmt die Höhe des Leistungsanspruchs.
Bildungsbenachteiligung	Ungleiche Chancen auf Bildungserfolg aufgrund sozialer Herkunft.
Bildungsungleichheit	Systematische Unterschiede im Bildungserfolg sozialer Gruppen.
Chancenungleichheit	Ungleiche Start- und Zugangschancen in zentralen Lebensbereichen.
Deprivation	Materielle, soziale oder kulturelle Benachteiligung.
Diskriminierung	Ungerechtfertigte Ungleichbehandlung aufgrund gruppenbezogener Merkmale.
Einkommensungleichheit	Ungleiche Verteilung von Einkommen; gemessen z. B. mit dem Gini-Koeffizienten.
Erwerbsarmut	Armut trotz Erwerbstätigkeit („*Working Poor*“).
Erwerbsfähigkeit	Fähigkeit, täglich mindestens drei Stunden arbeiten zu können; zentrale Zugangsvoraussetzung zu Leistung der Grundsicherung.
Exklusion (soziale)	Ausschluss aus wichtigen gesellschaftlichen Bereichen wie Bildung oder Arbeit.
Fördern und Fordern	Grundprinzip der Grundsicherung, das Unterstützungsleistungen an Mitwirkungspflicht koppelt.
Geschlechterungleichheit	Soziale Unterschiede zwischen Geschlechtern bei Einkommen, Macht, Teilhabe.
Gesellschaftliche Teilhabe	Möglichkeit zur Teilnahme an sozialen, kulturellen und politischen Prozessen.
Grundsicherung (SGB II/Bürgergeld; Stand 11/2025)	Sozialleistung zur Sicherung des Existenzminimums bei Erwerbslosigkeit; soll materielle Armut und soziale Ausgrenzung adressieren (vgl. Artikel von T. Ortmann).
Herkunftseffekte	Einfluss der familiären Herkunft auf Chancen und Lebensverläufe.
Humankapital	Wissen, Fähigkeiten und Kompetenzen, die produktiv eingesetzt werden können.
Inklusion	Aktive Einbeziehung aller Menschen in gesellschaftliche Prozesse.

Begriff	Kurzdefinition
Intersektionalität	Überschneidung mehrerer Diskriminierungsformen (z. B. Herkunft & Geschlecht).
Klassismus	Diskriminierung aufgrund sozialer Herkunft oder Zugehörigkeit zu sozialen Klassen.
Lebenslagen	Bündel materieller, sozialer und kultureller Bedingungen des Lebens.
Marginalisierung	Abdrängen sozialer Gruppen an den Rand der Gesellschaft.
Medianeinkommen	Mittleres Einkommen, maßgeblich für Armutsmessungen.
Partizipation	Aktive Beteiligung an politischen, sozialen oder kulturellen Entscheidungen.
Prekarität	Unsichere und wenig geschützte Lebens- oder Arbeitsbedingungen.
Privilegien	Strukturelle Vorteile, die bestimmten Gruppen zugutekommen.
Ressourcen (sozial)	Materielle, kulturelle und soziale Mittel zur Lebensgestaltung.
Sanktionen/ Leistungsminderung	Reduktion von Leistungen bei Pflichtverletzungen, z.B. Meldeversäumnisse, Ablehnung eines zumutbaren Arbeitsangebots, etc.
Schonvermögen	Vermögen, das bei der Leistungsberechnung unberücksichtigt bleibt; bestimmt materielle Absicherung.
Segregation (räumlich)	Räumliche Trennung sozialer Gruppen, z. B. nach Einkommen oder Herkunft.
Soziale Frage	Auseinandersetzung über soziale Probleme wie Armut, Ausbeutung, etc. der Arbeiterklasse, die im Zuge der Industrialisierung entstanden.
Soziale Herkunft	Familiäre Bedingungen, die Bildungschancen und Lebenswege prägen.
Soziale Mobilität	Bewegung zwischen sozialen Positionen (auf- oder abwärts).
Soziale Ungleichheit	Ungleiche Verteilung von Ressourcen, Chancen und Lebenschancen in der Gesellschaft.
Subsidiarität (hier als sozialpolitisches Prinzip)	Prinzip, nach dem höhere Ebenen nur unterstützen, wenn niedrigere es nicht vermögen.
Zumutbarkeit (Arbeitsmarktpolitik)	Kriterium, welche Arbeit Arbeitslose annehmen müssen; beeinflusst deren soziale Lage und Chancen.

SHOW, PLAN UND SKANDAL.

DAS FORTGESETZTE TAUZIEHEN UM DIE UKRAINE

von Klaus Gestwa

Treffen des US-Präsidenten Donald Trump mit dem russischen Präsidenten Wladimir Putin, Anchorage/Alaska, 15. August 2025
Foto: Picture Alliance/Reuters/Fotografin: Julia Demaree

Am 15. August 2025 ließ der US-Präsident Donald Trump auf der US-Militärbasis in Anchorage (Alaska) dem Kremlchef Wladimir Putin den roten Teppich ausrollen. Sein auf das bilaterale Gipfeltreffen gut vorbereiteter russischer Gast bewies sodann, wie gut er sich als ausgebildeter KGB-Offizier, Manipulator und Menschenfänger darin versteht, mit einer Mischung von Aggression und Konzilianz, von Drohung und Schmeichelei unterschiedliche Botschaften zu senden.

Während Putin seine diplomatische Aufwertung in Alaska sichtlich genoss, zeigte er zugleich keinerlei Bereitschaft zum Einlenken. Auf der ihm gebotenen Weltbühne spielte er unter dem vollmundigen Slogan „*Pursuing Peace*“ (Streben nach Frieden) großes Verhandlungstheater. Unwidersprochen stellte er seine Sicht auf den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine dar. Erneut inszenierte er Russland als gedemütigtes Opfer einer westlichen Bedrohung, die es nicht gibt, und behauptete, die Russischsprachigen in der Ukraine vor einem „Genozid“ schützen zu müssen, der nicht stattfindet.

Putins Show und Kompromisslosigkeit

Neben diesen Narrativen der Schuldlast-Umkehr wiederholte Putin seine Standardfloskel, für einen Waffenstillstand müssten erst die „ursprünglichen Ursachen des Konflikts“ beseitigt werden. Dieser „Kremlsprech“ bedeutet nichts anderes, als dass der russische Machthaber seine neoimperiale Westausdehnung und seinen dadurch verbesserten Zugriff auf Europa durch die Existenz einer unabhängigen Ukraine entscheidend behindert sieht. Wer die vermeintlich berechtigten Sicherheitsinteressen Russlands unentwegt betont, macht sich das Moskauer „geopolitische Denken“ in Einflusszonen zu eigen und geht darüber hinweg, dass Putin die Ukraine nur als abtrünnige Provinz versteht. Deren gewaltsame Einbeziehung in die „russische Welt“ ist für ihn und seine Eliten geradezu zu einer pathologischen Machtobsession geworden.[1]

Das unterstrich Putin auf dem Wirtschaftsforum in St. Petersburg am 20. Juni 2025 noch einmal mit eindeutigen Worten: „Ich habe schon mehrmals gesagt, dass ich das russische und das ukrainische Volk als ein Volk betrachte. In diesem Sinne gehört uns die ganze Ukraine.“ Zugleich bestätigte er Moskauer Gebietsansprüche mit großem Nachdruck. Es sei „eine alte Regel: Wo der Fuß eines russischen Soldaten hintritt, das gehört uns.“[2]

Mit dieser Kompromisslosigkeit bestimmte Putin die Agenda des Gipfeltreffens in Alaska. Nachdem die US-Seite schließlich mehrere russische Forderungen übernommen hatte, warfen kritische Analyst:innen Trump und Putin Komplizenschaft vor. Sie agierten – so die deutsche Politologin Stefanie Babst – wie „zwei Kartellbosse“, die zusammengekommen seien, „um zu sondieren, wo sie in ihren Interessen konvergieren“.[3]

Grafik: Picture Alliance

Trotz Trumps Bemühungen, seinen persönlichen Austausch mit Putin als „großen Fortschritt“ zu loben, brachte der Gipfel in Alaska nicht den im Weißen Haus erhofften Durchbruch. Der russische Machthaber bekam in Alaska hingegen nicht nur die Bilder und die Anerkennung, die er wollte. Geschickt nutzte er das Treffen auch, um die zuvor von Trump angekündigten „ernsten Folgen“ für Russland vorerst zu verhindern.

Die Frontlage

Kaum war Putins Flugzeug wieder in Moskau gelandet, verstärkte die russische Armee ihre militärischen Aktivitäten. Im Spätsommer 2025 erlebten die ukrainischen Städte massive Luftangriffe mit über 800 Drohnen pro Nacht, begleitet von ballistischen Raketen und Marschflugkörpern, die erneut Tod und Zerstörungen brachten, um die Menschen in der Ukraine zu demoralisieren.

Gleichzeitig rückten russische Einheiten unter hohen Opfern an Frontabschnitten wie Pokrovsk und Kupjansk im Donbass vor, ohne dass aber der im Moskau sehnlichst erwartete Frontdurchbruch gelang. Hinter ihren weiterhin gehaltenen Linien

1 Klaus Schlichte: Das Elend der Geopolitik, Hamburg 2026.

2 Die ganze Ukraine ist unser. Putin beim Wirtschaftsforum, in: Zeit.de, 20.06.2025, https://www.zeit.de/news/2025-06/20/putin-haelt-rede-zur-weltlage-selenskyj-nennt-ihn-illegitim [Stand: 06.12.2025].

3 Tiefpunkt der US-Diplomatie. Ausgang des Alaska-Gipfels macht Experten fassungslos, in: Deutschlandfunk.de, 16.08.2025, https://www.deutschlandfunk.de/tiefpunkt-der-us-diplomatie-ausgang-des-alaska-gipfels-macht-experten-fassungslos-100.html [Stand: 06.12.2025].

Präsident Wolodymyr Selenskyj und Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier bei der Ankunft im Schloss Bellevue, 15. Dezember 2025
Foto: Picture Alliance/ *Fotograf: Ben Kriemann*

verfügen die ukrainischen Streitkräfte im Donbass außerdem noch über einen stark ausgebauten Festungsgürtel.

Das für seine profunde Bericht bekannte Washingtoner Institut for the Study of War (ISW) spricht von einer „vielschichtigen Strategie" Moskaus, die eigenen militärischen Erfolge genauso wie die Stärke der russischen Wirtschaft „aggressiv zu übertreiieben", um so auf dem Schlachtfeld nicht erreichbare Kriegsziele über eine Verhandlungslösung durchzusetzen.[4] Sogar russische Militärblogger und Wladimir Tschirkin, der frühere Oberkommandeur der russischen Landstreitkräfte, kommen immer wieder zum Schluss, dass sich die Ukraine trotz unübersehbarer Erschöpfungserscheinungen weiter gegen Putins Kriegsmaschinerie behauptet.[5]

4 *Russian Offensive Campaign Assessment, in: Institut for the Study of War*, 30.11.2025, https://understandingwar.org/research/russia-ukraine/russian-offensive-campaign-assessment-updates/ [Stand: 12.12.2025].

5 Tobias Mayer: Verliert Kiew gerade wirklich den Krieg? Ukrainischer Kommandeur widerspricht Trump – und nicht nur er, in: Tagesspiegel, 12.12.2025, https://www.tagesspiegel.de/internationales/verliert-kiew-gerade-wirklich-den-krieg-ukrainischer-kommandeur-widerspricht-trump--und-nicht-nur-er-15045571.html [Stand: 14.12.2025]; Max Nebel: Bruch mit Putins Ukraine-Erzählung. Russischer Ex-Oberkommandeur wird deutlich – und lässt tief blicken, in: Merkur.de, 06.12.2025, https://www.merkur.de/politik/harte-lektion-im-ukraine-krieg-russlands-ex-kommandeur-attackiert-kreml-94068822.html [Stand: 09.12.2025].

Vorerst kein Rückzug der USA

Das bilaterale Gipfeltreffen in Alaska vermittelte den Eindruck, dass es für Kyjiw schwer sein wird, Trump auf die eigene Seite zu ziehen. Die Affinität des US-Präsidenten zum russischen Machthaber und die Aussicht, mit ihm lukrative Deals vereinbaren zu können, stehen dem entgegen. Für den ukrainischen Präsidenten, hinter dessen Rücken Putin und Trump über das Schicksal der Ukraine verhandeln, bleibt es darum ein diplomatischer Spagat, die Interessen seines Landes zu wahren. Die ihm zugemutete Zwangslage beschrieb Selenskyj im November 2025 mit den Worten, sein Land stehe vor der Wahl, entweder seine Würde oder seinen wichtigsten Verbündeten zu verlieren.[6]

Im Anschluss an die „Trump-Putin-Show" in Anchorage stärkten die nach Washington geeilten europäischen Staatschefs Selenskyj den Rücken und drängten darauf, dass die USA die Ukraine weiterhin mit Waffen und Munition belieferten sowie ihre unverzichtbaren Aufklärungsdaten übermittelten. Inzwischen lässt sich Präsident Trump sein Zugeständnis mit Geldern aus Europa für die US-amerikanische Rüstungsindustrie gut entlohnen.

So konnte verhindert werden, dass sich die USA – entnervt von den ausbleibenden Verhandlungserfolgen – gänzlich zurückziehen und ihre Unterstützung für die Ukraine einstellen. Noch gibt es in Washington Personen und Kreise, die sich wie der US-Außenminister Marco Rubio im Klaren darüber sind, welche fatalen Folgen die Preisgabe der Ukraine nicht nur für Europa, sondern auch für die USA hätten. Diplomatisch geschickt erinnert der deutsche Kanzler Friedrich Merz daran, „*America first*" dürfe nicht in ein „*America alone*" umschlagen.[7]

Darüber hinaus meint es der US-Präsident mit seinem Wunsch ernst, den Friedensnobelpreis zu

6 Ultimatum an die Ukraine. US-Präsident Trump erhöht den Druck auf Selenskyj, in: Tagesschau.de, 21.11.2025, https://www.tagesschau.de/tagesschau_20_uhr/video-1527900.html [Stand: 06.12.2025].

7 Merz nennt neue US-Sicherheitsstrategie in Teilen inakzeptabel, in: Spiegel.de, 09.12.2025, https://www.spiegel.de/politik/deutschland/usa-friedrich-merz-nennt-teile-von-neuer-us-sicherheitsstrategie-inakzeptabel-a-372c698c-12a6-4acb-a194-cddb6dc966e0 [Stand: 10.12.2025].

Trümmer eines zerstörten Gebäudes in einem Wohnviertel einer im Oblast Kyjiw gelegenen Stadt Foto: Picture Alliance/ Fotograf: Hendrik Schmidt

erhalten. Er brüstet sich damit, angeblich schon sieben Kriege beendet zu haben. Die von Trump innig herbeigesehnte Preisvergabe macht es aber erforderlich, dass sich die USA weiter engagieren, um den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine zu beenden und eine nachhaltige Friedenslösung zu garantieren.

Als im Herbst 2025 die schrecklichen Bilder von den fortgesetzten Verwüstungen in der Ukraine wieder einmal die Weltöffentlichkeit schockierten, schien Trump zwischenzeitlich zu erkennen, dass Putin ihn nur hinhält und mit der Friedenshoffnung der Menschen spielt. Um den Druck auf den Kreml zu erhöhen, kündigte er an, die Sanktionen gegen Russland zu verschärfen und harte Strafen gegen Drittländer zu verhängen, die mit den führenden Moskauer Ölkonzernen Rosneft und Lukoil Geschäfte machen. Gleichzeitig rang sich die EU durch, so bald als möglich auf Gas und Öl aus Russland zu verzichten und nur in wenigen Fällen (Ungarn und Slowakei) Ausnahmen zuzulassen.

Außerdem erklärte Trump seine Bereitschaft, Tomahawk-Marschflugkörper an die Ukraine zu liefern. Deren moderne Varianten können Ziele in bis zu 2.500 km Entfernung erreichen und ermöglichen damit der Ukraine gezielte Schläge gegen strategisch bedeutsame Ziele auch in entfernten Gebieten Russlands.

Im Verlauf des Jahres 2025 hat die Ukraine mit ihren eigenen Distanzwaffen – meist Drohnen – schon über 150 Angriffe gegen Russlands Energieanlagen und Infrastrukturen vielfach erfolgreich abgeschlossen. Des Weiteren wurden mehrere Tanker der russischen Schattenflotte und sogar eine russische Ölförderplattform im Kaspischen Meer beschädigt. Das sind mittlerweile mehr als nur Nadelstiche. Der russische Erdölsektor erleidet durch diese systematischen Attacken schwere Schäden und Produktionsverluste. Im Jahr 2025 ist Volumen der russischen Ölexporte so um fast 50 Prozent eingebrochen.[8]

In manchen russischen Regionen stellt sich die Versorgung mit Treibstoff inzwischen als prekär dar. Vor Tankstellen bilden sich lange Schlangen.

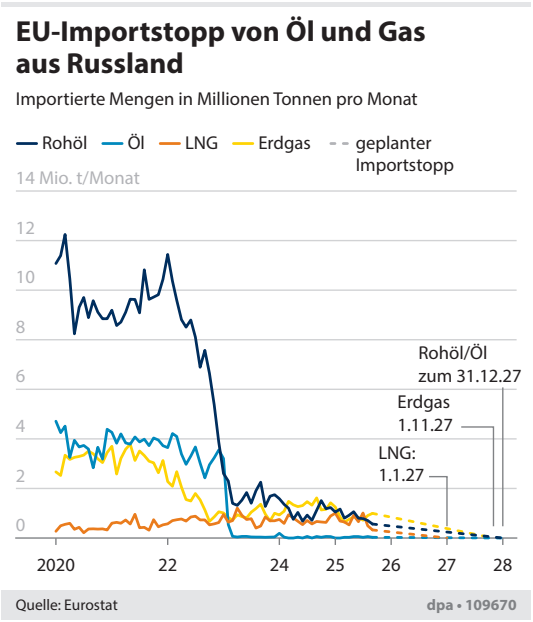
8 Huileng Tan: Trotz Sanktionen liefert Russland Öl aus – doch der Rubel bricht dramatisch ein, in: Business Insider, 04.12.2025, https://www.businessinsider.de/wirtschaft/trotz-sanktionen-liefert-russland-oel-aus-doch-der-rubel-bricht-ein/ [Stand: 12.12.2025]; Max Nebel: Ukraine-Dauerbeschuss setzt Russlands Wirtschaft unter Stress, in: Fr.de, 13.12.2025, https://www.fr.de/politik/ukraine-greift-russlands-oelsektor-an-neue-zahlen-zeigen-wirkung-zr-94081789.html [Stand: 14.12.2025].

Ohne ausreichend Benzin und Diesel geraten die Landwirtschaft und der Logistiksektor in ernste Schwierigkeiten. Darüber hinaus hielten sich im Herbst 2025 indische und chinesische Raffinerien als Reaktion auf Trumps Sanktionsdrohungen mit ihren Öleinkäufen in Russland zurück und suchten nach alternativen Bezugsquellen. Der Ölkonzern Rosneft gab für das Jahr 2025 einen massiven Gewinneinbruch von über 70 Prozent bekannt. Zugleich musste Lukoil mehrere seiner ausländische Töchterunternehmen weit unter Wert verkaufen. Das russische Finanzministerium meldete im November 2025, die Steuereinnahmen aus der Öl- und Gaswirtschaft seien im Vergleich zum Vorjahr noch einmal um mindestens ein Drittel gesunken.[9]

Russlands schwächelnde Wirtschaft

Hinzu kommt, dass die dank hoher Militär- und Rüstungsausgaben lange stabil gebliebene russische Volkswirtschaft schwächelt und Ende 2025 sogar ins Taumeln geraten ist. Die vor Rezession und Krise warnenden Stimmen einflussreicher russischer Finanzfachleute lassen sich kaum mehr überhören. Sogar Putin gestand kürzlich ein, dass mehrere Wirtschaftssektoren unter schmerzlichen Produktionsrückgängen leidenlitten.[10]

Das hat seinen Grund zum einen darin, dass es wegen der westlichen Sanktionen an Technologien



Grafik: Picture Alliance

fehlt und Engpässe entstanden sind, die sich auch durch teuer bezahlte Importsubstitutionen nicht beheben lassen. Zum anderen hat die Umstellung auf Kriegswirtschaft in Russland das Preisgefüge durcheinandergebracht. Viele Unternehmen außerhalb der Rüstungsindustrie müssen wegen des durch militärische Mobilisierungskampagnen und Abwanderung bedingten Fachkräftemangels hohe Löhne zahlen, um ihre qualifizierten Beschäftigten zu halten und neue für sich zu gewinnen.

Die durch steigende Personalkosten angeheizte Inflation bekämpft die russische Zentralbank mit einem hohen Leitzins. Dieser ist zwar zuletzt leicht gesenkt worden. Aber das weiterhin hohe Zinsniveau verteuert für die Unternehmen die Kosten für die Kreditaufnahmen und zögert Investitionen hinaus. Das wiederum hat negative Folgen für die russische Volkswirtschaft. Das Wachstum des Bruttoinlandsprodukts verliert an Schwung und der russische Rubel an Wert.

Zu rächen scheint sich ferner die Strategie des Kremls, den russischen Bankensektor dazu anzuhalten, die Kreditvergabe an Rüstungsunternehmen zu erleichtern, damit diese auf Hochtouren produzieren können. Weil die Marktbedingungen für diese vergünstigten Kredite aber nicht bestehen, hat sich ein bedenklicher Grundstock toxischer Kredite entwickelt. Inzwischen diskutieren die russischen Banken angestrengt über Rettungspakete für den Umgang mit der wachsenden Zahl an Großunternehmen, die mit ihren Zinszahlungen in Verzug geraten.

9 Nils Thomas Hinsberger: Putin unter Druck. Wichtigster Handelspartner wendet sich nach US-Sanktionen von Russland ab, in: Merkur.de, 08.11.2025, https://www.merkur.de/wirtschaft/putin-unter-druck-wichtigster-handelspartner-wendet-sich-nach-us-sanktionen-von-russland-ab-zr-94024184.html [Stand: 06.12.2025]; Bona Hyun: Russland verliert zentrale Mittel, in: Fr.de, 10.12.2025, https://www.fr.de/wirtschaft/russland-verliert-zentrale-mittel-wirtschaft-befindet-sich-im-niedergang-zr-94069909.html [Stand: 06.12.2025].

10 Patrick Diekmann: Russlands Wirtschaft taumelt, in: T-online.de, 01.12.2025, https://www.t-online.de/nachrichten/ukraine/id_101024840/russlands-wirtschaft-im-ukraine-krieg-fuer-putin-geht-es-berg-ab.html [Stand: 06.12.2025]; Putin ärgert sich über Produktionsrückgänge in russischer Wirtschaft, in: N-TV.de, 02.12.2025, https://www.n-tv.de/wirtschaft/Russland-Wirtschaft-schwaechelt-Putin-beklagt-Produktionsrueckgaenge-id30097988.html [Stand: 06.12.2025].

Auf staatliche Unterstützung können sie dabei kaum hoffen. Die russische Zentralbankchefin Elvira Nabiullina verkündete kürzlich, die Gelder aus dem Wohlstandsfonds und die bestehenden Kapitalreserven seien aufgebraucht. Selbst bedeutenden Rüstungsfabriken fehlt es inzwischen an Arbeitskräften, Bauteilen und Liquidität, so dass sie ihre Aufträge kaum noch erfüllen können. Die Kombination aus westlichen Sanktionen, ukrainischen Militärschlägen und internen Finanzproblemen hat Putins Kriegswirtschaft offensichtlich an ihre Grenzen gebracht.[11]

Haushaltsprobleme und Stimmungslagen

Eine große Mehrheit der russischen Regionen klagen über sinkende Einnahmen. Vor allem die armen Regionen sind im hohen Maß auf staatliche Subventionen angewiesen. Zugleich stellen sie besonders viele Soldaten und sind deshalb zu hohen Zahlungen von Prämien für den Kriegseinsatz sowie an Verwundete und an Familien von Gefallenen verpflichtet. Als erste Region hat Jakutien im November 2025 offen eingestanden, dass die Kassen leer seien. Deshalb mussten sämtliche Militärboni eingefroren werden. Mittlerweile stehen mehr als die Hälfte aller Regionen in Russland vor schwerwiegenden finanziellen Problemen und damit vor ähnlichen Einsparungen.[12]

Das stark steigende Defizit im Staatshaushalt wälzt der Kreml mit einer Erhöhung der Mehrwert- und Einkommenssteuer sowie Gehaltskürzungen bei Lehrer:innen und anderen Staatsbediensteten auf die Bevölkerung ab. So kommt der Krieg mit seinen hohen Belastungen zunehmend im Alltag der Menschen an. Um ein Kippen der gesellschaftlichen Stimmung zu vermeiden, wird der Kreml 2026 eine Rekordsumme in die staatliche Propaganda und in große Volksfeste investieren. Außerdem hat er zuletzt die Militarisierung der Bildung und die Indoktrination der jungen Generation noch einmal deutlich verstärkt.[13]

Auch wenn der gesellschaftliche Verdruss zunimmt und die bewusste Distanzierung vom offiziellen Kriegskurs vereinzelt in öffentliche Unmutsbekundungen umschlägt, steht weiter nicht zu erwarten, dass sich der Kreml durch große Massenproteste oder durch das lauter werdende Murren in russischen Wirtschaftskreisen dazu gezwungen sehen wird, seinen konfrontativen Politikstil zu mäßigen. Allerdings droht Putin, durch die Schieflage der russischen Volkswirtschaft an Verhandlungsmacht zu verlieren. Das könnte 2026 – so das Kalkül in Europa und den USA – seine Unnachgiebigkeit aufweichen und ihn von seinen Maximalzielen abrücken lassen.[14]

Russisches Öl für Indien?

Der Kreml unternimmt seinerseits alles, um die russischen Energieexporte zu stabilisieren. Beim 23. Indien-Russland-Gipfel in Neu-Delhi Anfang Dezember 2025 forderte der indische Regierungschef Narendra Modi zwar ein baldiges Ende des Kriegsgeschehens in der Ukraine. Er hielt sich aber mit offener Kritik an Putin zurück und vereinbarte mit ihm, das jährliche Handelsvolumen zwischen

11 Matthias Brüggmann: Aufrüstung in Russland. Moskaus Wirtschaft untauglich, in: TAZ.de, 01.12.2025, https://taz.de/Aufruestung-in-Russland/!6134160/ [Stand: 06.12.2025]; Lars-Eric Nievelstein: Putin-Strategie könnte Krise auslösen, in: Fr.de, 02.11.2025, https://www.fr.de/wirtschaft/putin-strategie-koennte-krise-ausloesen-wichtige-bank-aendert-die-regeln-wirtschaft-zr-94017364.html [Stand: 06.12.2025].

12 11 Regionen in Russland streichen Zahlungen an Soldaten und deren Familien, in: Euronews.de, 02.12.2025, https://de.euronews.com/2025/12/02/soldaten-russland-putin-trump-aktuell-rekrutierung [Stand: 06.12.2025]; Fabian Hartmann: Rotstift im Ukraine-Krieg, in: Fr.de, 12.12.2025, https://www.fr.de/politik/rotstift-im-ukraine-krieg-putin-senkt-kosten-offenbar-durch-ausbleibende-entschaedigungen-fuer-soldaten-94081604.html [Stand: 14.12.2025].

13 Margarete Klein/Susan Stewart: Militärische und patriotische Erziehung in Russland, in: SWP-Aktuell 2025/A 46, 30.10.2025, doi:10.18449/2025A46 [Stand: 08.12.2025]; Christine Hamel: Kultur in Russland Volkserziehung im Zeichen des „Z", in: Tagesschau.de 06.11.2025, https://www.tagesschau.de/kultur/kultur-russland-krieg-zensur-propaganda-100.html [Stand: 08.12.2025].

14 Robert Putzbach: Maßnahmen gegen Putin, in: FAZ.net, 05.12.2025, https://www.faz.net/aktuell/politik/ukraine/sanktionen-gegen-russland-wirksamste-massnahmen-kommen-von-trump-accg-200328596.html [Stand: 08.12.2025].

den beiden Staaten bis 2030 auf 100 Milliarden Dollar zu steigern.[15]

Besonderen Wert legten Modi und Putin neben den Waffenexporten auf den Ausbau der Energiekooperationen. Indien ist für russisches Öl längst zum wichtigsten Exportmarkt geworden, denn Putins schwarzes Gold schmiert den indischen Wirtschaftsmotor. Nachdem die politischen Bedingungen dafür geschaffen worden sind, dass indische Raffinerien mit russischen Ölkonzernen neue Lieferverträge abschließen können, bleibt abzuwarten, ob US-Präsident Trump es mit seiner Drohung dauerhaft ernst meint, im Gegenzug für die indischen Energiegeschäfte mit Russland alle Importe aus Indien in die USA mit einem Strafzoll von 50 Prozent zu belegen.

Der 28-Punkte-Plan

Wie gut Putin bei seiner hybriden Kriegsführung die Verhandlungskarte zu spielen weiß, zeigte sich noch einmal Ende November 2025. Während Trump Sanktionen und die Lieferung von Tomahawk-Marschflugkörpern ankündigte, kam es zwischen dem russischen Unterhändler Kirill Dmitriew und Trumps Sondergesandten Steve Witkoff – einem Immobilienmakler – zu geheimen Absprachen. Als deren Resultat ließ die russische Seite einen 28-Punkte-Plan durchsickern, der in großen Teil in Moskau geschrieben, aber auch von Washington aus mit verfasst worden war.[16] In der Ukraine und in Europa sprachen prominente Stimmen von einer „russischen Wunschliste" und warnten vor einem neuen „Münchner Abkommen".[17] In Moskau ging der Plan hingegen manchen trotz auffällig vieler Zugeständnisse an Russland nicht weit genug.

Der 28-Punkte-Plan sieht de facto die Anerkennung der russischen Eroberungen in der Ost- und Südukraine vor. Hier würde Millionen ukrainischer Menschen dauerhaft dem russischen Terrorstaat ausgeliefert sein, der nachweislich bemüht ist, alles Ukrainische auszulöschen. Die dauerhafte Besatzung und Annexion ukrainischer Gebiete, darauf wies die ukrainische Menschenrechtsaktivistin Oleksandra Matwijtschuk eindrücklich hin, bedeutet nicht, die ukrainische Flagge gegen die russische auszutauschen, um dann im Frieden leben zu können. Besatzung bedeutet politische Verfolgung, Unterdrückung und „die Fortsetzung des Kriegs, nur leiser und unsichtbarer."[18]

Darüber hinaus soll die Ukraine im Rahmen eines als „Gebietstausch" bezeichneten Landraubs die von ihr noch kontrollierten Regionen der Oblaste Donezk und Luhansk vollständig an Russland abtreten und damit ihren Festigungsgürtel auf der von Waldstreifen und Anhöhen durchzogenen Donezk-Platte aufgeben. Das böte der russischen Armee eine gute Ausgangslage für zukünftige Feldzüge durch die ukrainische Grassteppe in Richtung des Flusses Dnipro sowie für neue Angriffe auf Kyjiw und Charkiw. Zudem soll die auf 600.000 Soldaten begrenzte ukrainische Armee auf moderne Waffensysteme verzichten. Diese Punkte laufen eindeutig darauf hinaus, die Verteidigungsfähigkeit der Ukraine zu schwächen.

Während die Ukraine endgültig auf ihren Beitritt zur NATO verzichtet, soll sie mithin Sicherheitsgarantien enthalten, die im 28-Punkte-Plan vage geblieben sind. NATO-Truppen dürfen nicht in der Ukraine stationiert werden, dafür aber europäische Flugzeuge auf polnischen Flughäfen. Das hat allerdings nur einen sehr begrenzten Abschreckungseffekt.

15 Putin und Modi weiten Handelsbeziehungen deutlich aus, in: N-TV.de, 05.12.2025, https://www.n-tv.de/politik/Putin-und-Modi-weiten-Handelsbeziehungen-deutlich-aus-id30111126.html [Stand: 06.12.2025].

16 Benjamin Reuter: Neuer Friedensvorstoß von Trump. Das ist der 28-Punkte-Plan für die Ukraine im Wortlaut, in: Tagesspiegel.de, 21.11.2025, https://www.tagesspiegel.de/internationales/neuer-friedensvorstoss-der-usa-das-ist-der-28-punkte-plan-fur-die-ukraine-im-wortlaut-14903711.html [Stand: 10.12.2025].

17 Martin Schule Wessel: Trumps 28-Punkte-Plan. Von Hitler gelernt, in: FAZ.net, 29.11.2025, https://www.faz.net/aktuell/feuilleton/debatten/worin-sich-trumps-28-punkte-plan-und-das-muenchner-abkommen-aehneln-110793898.html [Stand: 09.12.2025].

18 Babett Gumbrecht: Ukrainische Anwältin warnt vor Friedensplan, in: Merkur.de, 28.11.2025, https://www.merkur.de/politik/ukrainische-anwaeltin-lehnt-friedensplan-ab-deutschland-lebt-in-einer-illusion-94057298.html [Stand: 08.12.2025]; Lieselotte Hasselhoff: Systematische Inhaftierung von Zivilist:innen in von Russland besetzten Gebieten der Ukraine, in: Dekoder.org, 11.12.2025, https://www.dekoder.org/de/gnose/russland-besatzungssystem-haft-zivilisten/ [Stand: 12.12.2025].

Massengrab in Bucha, am Stadtrand von Kiew, Ukraine 2023
Foto: Picture Alliance/ Fotograf: Rodrigo Abd

Andere Punkte des Plans wirken wie politische Zeitbomben, um Moskau einen Vorwand zu liefern, wieder in eine vermeintlich vertragsbrüchige Ukraine einzumarschieren. So soll dem Russischen in der Ukraine ausreichend Raum gegeben und „nazistische Aktivitäten" konsequent unterbunden werden, ohne näher zu definieren, was darunter zu verstehen ist.

Ferner darf die Ukraine Russland nicht daran hindern, den Fluss Dnipro für wirtschaftliche Aktivitäten zu nutzen. Russland könnte sich damit auf Kosten der unter ukrainischer Kontrolle stehenden Gebiete das Wasser des Dnipro aneignen, um den drückenden Wassernotstand im Donbass und auf der Halbinsel Krim zu beheben. Der so entstehende Wasserkonflikt birgt großen politischen Sprengstoff.

Während Russland in die Weltwirtschaft reintegriert werden soll, erhält die Ukraine laut 28-Punkte-Plan Wiederaufbauhilfe – zum einen durch 100 Mrd. Dollar aus eingefrorenen russischen Vermögenswerten, zum anderen durch die gleiche Summe, die Europa investieren müsse. Die Hälfte der aus den Wiederaufbauvorhaben erzielten Gewinne ginge dann den USA für ihr Friedensengagement zu. Geplant sind im US-amerikanischen Kalkül ferner große amerikanisch-russische Kooperationsvorhaben, um die ukrainischen Ressourcen zu erschließen und durch diese lukrative Beutegemeinschaft das Aufflammen neuer kriegerischen Auseinandersetzungen zu verhindern. Auf Kosten Europas und der Ukraine sieht der 28-Punkte-Plan offensichtlich die Transformation Russlands vom brutalen Kriegsaggressor zum profitablen Geschäftspartner der USA vor.

Große Sorge bereitet die im 28-Punkte-Plan vorgesehene „vollständige Amnestie" für alle Handlungen während des Kriegs. Ukrainische Stellen haben gemeinsam mit internationalen Teams und Fachleute bislang schon 150.000 mutmaßliche russische Kriegsverbrechen dokumentiert. Dass die strafrechtliche Verfolgung dieser entsetzlichen Gewalt- und Zerstörungsakte – wie etwa die Massaker in Butscha – unterbleiben soll, wäre nicht nur ein herber Schlag für die vielen Opfer und ihre Angehörigen, sondern auf für die internationale Strafgerichtsbarkeit in ihrem Bestreben, der Eskalation der Kriegsgewalt mit juristischen Mitteln entgegenzuwirken.

Der veränderte Plan

Nachdem Trump den publik gewordenen 28-Punkte-Plan genutzt hatte, um die Ukraine massiv unter Druck zu setzen, traf sich der US-Außenminister

Marco Rubio Ende November 2025 mit ukrainischen und europäischen Regierungsvertreter:innen. Vehement drängten diese darauf, dass es keine Verhandlungsergebnisse geben dürfte, ohne diese zuvor mit der Ukraine und den europäischen Ländern abgesprochen zu haben. Damit soll der Rückfall der internationalen Politik in dunkle Zeiten des 19. und 20. Jahrhunderts verhindert werden, als die Großmächte die Welt allein unter sich in Einflusszonen aufteilten.

Zudem wollte Europa in den Verständigungsprozess zwischen Washington und Moskau eingreifen, um auf der Weltbühne der Diplomatie weiter als ernstzunehmender politischer Akteur in Erscheinung zu treten. Der lautstark artikulierte Mitsprachewille der europäischen Staatschefs dient dazu, ihre begrenzten Gestaltungsmöglichkeiten zu kaschieren. Immerhin gelang es ihnen, einige zwischen Washington und Moskau ausgehandelten Punkte zu streichen oder umzuformulieren, die besonders fragwürdig erscheinen. Der überarbeitete Vertragsentwurf soll nur mehr aus 20 Punkte bestehen, ohne dass zu deren korrekte Ausformulierung vorerst Näheres aus den diplomatischen Kreisen in die Medien durchgesickert ist.

Der US-amerikanische Außenminister Marco Rubio unterstrich noch einmal, dass sich die Ukraine durch robuste Sicherheitsgarantien nach einem Abkommen dauerhaft sicher fühlen können müsse. Seit Putin bei den beiden Minsk-Verträgen 2014 und 2015 seine notorische Wortbrüchigkeit bewiesen hat, ist in der Ukraine und im Westen das Misstrauen groß, dass sich der Kremlboss auch in Zukunft nicht an Absprachen zu halten gedenkt. Deshalb bedarf es klarer Regelungen, damit die getroffenen Vereinbarungen auch umgesetzt werden.

Während ukrainische und europäische Politiker:innen nach ihren Gesprächen mit Rubio von Erfolgen sprachen, warf ihnen der Kreml vor, „Trumps Friedensplan" zu torpedieren, und bezichtigte sie der „Kriegstreiberei". Putins außenpolitischer Berater Jurij Uschakow forderte ultimativ, die Washingtoner Administration müsse ihren mit den europäischen Partnern abgesprochenen Vorschlagstext noch einmal „radikal verändern". Offensichtliches Ziel des Kremls ist es, die USA und Europa weiter voneinander zu entfremden und die transatlantische Unterstützungsallianz der Ukraine zu unterminieren.

Zeitgleich zu diesen Gesprächen griff die russische Armee während der ersten Dezemberwoche mit insgesamt 6.000 Drohnen, Raketen und Marschflugkörpern an. Gezielt zerstörten diese in der Ukraine Energieanlagen, um mitten im Winter Millionen Menschen tagelang Strom, Heizung und Wasser zu rauben. Derzeit scheint der Kreml keinesfalls gewillt zu sein, von seiner perfiden Zermürbungstaktik abzulassen. Vielmehr hat Putin seinen Militärs noch einmal befohlen, alle Ziele des Angriffskriegs seien „bedingungslos" zu erreichen.

Der Kremlchef will offensichtlich keinen Waffenstillstand. Er sieht die strategische Initiative und Eskalationsdominanz weiter ganz bei sich. Unverhohlen droht er deshalb Europa mit Krieg und der Ukraine mit weiteren russischen Eroberungen. In seiner hybriden Kriegsführung schürt Putin wieder einmal Ängste, um die westliche Politik zu verunsichern und damit die Kräfte zu stärken, die in ihrer Naivität oder politischen Verblendung meinen, durch weitere Beschwichtigung den Kreml von seinem Konfrontationsgebaren abbringen zu können.[19]

Der ukrainische Korruptionsskandal

Neben den russischen Terrorangriffen erschütterte zuletzt ein großer Korruptionsskandal die Ukraine und verunsicherte das Land in seinem Selbstbehauptungskampf. Die ukrainische Antikorruptionsbehörde (NABU) deckte ein bis in die Kyjiwer Regierung reichendes kriminelles System auf, durch das im ukrainischen Energiesektor 100 Mio. Dollar veruntreut worden waren. Im Mittelpunkt der Affäre steht mit dem inzwischen aus der Ukraine geflüchteten Timur Minditsch ein enger Freund und früherer Geschäftspartner Selenskyjs.

In Kyjiw musste neben dem Justizminister und der Energieministerin sogar der einflussreiche Chef des Präsidialamtes Andrij Jermak zurücktreten. Seine fragwürdigen Personalrochaden und sein eigenmächtiges Handeln hatten ihm nicht nur die Kritik von Seiten der Opposition, sondern auch aus den

19 Thomas Gutschker: 28 Punkte, die auch Brüssel schocken, in: FAZ.net, 21.11.2025, https://www.faz.net/aktuell/politik/ukraine/ukraine-krieg-trumps-friedensplan-schockt-die-europaeer-110789227.html [Stand: 09.12.2025]; Stefan Scholl: Putin fordert 35 Prozent der Ukraine und droht Europa mit Vernichtung, in: Fr.de, 09.12.2025, https://www.fr.de/politik/putin-fordert-35-prozent-der-ukraine-und-droht-europa-mit-vernichtung-94076522.html [Stand: 10.12.2025].

Proteste gegen ein Gesetz, das die Unabhängigkeit der Antikorruptionsinstitutionen in der Ukraine untergräbt, Kyjiw, 24. Juli 2025
Foto: Picture Alliance/ Fotograf: Maxym Marusenko

Reihen der Regierungspartei „Diener des Volkes" eingebracht. Den Rücktritt Jermaks empfanden viele als längst überfälligen Befreiungsschlag und als Nachweis, dass die Korruptionsbekämpfung in ihrem Land konsequent ohne Rücksichtnahme auf die Person fortgesetzt wird.

Der Korruptionsskandal stürzte Präsident Selenskyj, der noch im Sommer 2025 die Antikorruptionsbehörde (NABU) hatte auflösen wollen, in seine bislang größte innenpolitische Krise. Der Kyjiwer Bürgermeister Vitalij Klitschko sprach von einem „Tiefschlag", weil solche Skandale das Vertrauen der Gesellschaft und der internationalen Partner in die ukrainische Regierung zerstörten. Dieser Imageverlust trifft die Ukraine zu einem besonders kritischen Zeitpunkt, an dem der umstrittene 28-Punkte-Plan hektische Pendeldiplomatie erforderlich macht und die Ukraine darauf hoffen muss, dass sich ihre Unterstützerländer mit aller Macht für ihre Anliegen einsetzen.[20]

Die Leitung der ukrainischen Verhandlungsdelegation hat nach Jermaks Rückzug inzwischen Rustem Umerow übernommen. Der in der Diplomatie erfahrene Sekretär des Nationalen Sicherheits- und Verteidigungsrats genießt international das Ansehen, um als akzeptierter Ansprechpartner auf der Weltbühne die Interessen der Ukraine weiter angemessen zu vertreten.

Wahlen in der Ukraine?

Abzuwarten bleibt, ob der ukrainische Korruptionsskandal durch die Aufdeckung weiterer Vorfälle eine Fortsetzung finden wird. Der schwer in die Kritik geratene Selenskyj beschwört die „innere Stabilität" als Grundlage der Stärke der Ukraine. Aus Europa geht ihm die sehr nachdrückliche Aufforderung zu, konsequent an der Korruptionsbekämpfung festzuhalten, um den Weg der Ukraine in die EU nicht zu gefährden.

Zugleich sind diese andauernden Affären Wasser auf die Mühlen der russischen Propagandamaschinerie. So bezeichnete Putin die ukrainische Führung als „organisierte Verbrechergemeinschaft", die nur weiter Krieg führe, um sich ungestört bereichern zu können.[21] Er wiederholte auch seinen Vorwurf, Selenskyjs Präsidentschaft sei schon 2024 ausgelaufen und dieser damit

20 Nina Jerzy: Klitschko: „Ein Tiefschlag für unser Land", in: T-online.de, 12.12.2025, https://www.t-online.de/nachrichten/deutschland/gesellschaft/id_101041122/klitschko-sieht-selenskyj-nach-affaere-geschwaecht.html [Stand: 12.12.2025].

21 Nils Marktwardt: Organisierte Verbrecher, in: Zeit.de, 04.12.2025, https://www.zeit.de/politik/ausland/2022-12/wladimir-putin-russland-regierungsystem [Stand: 10.12.2025].

nicht mehr rechtmäßiger Staatschef der Ukraine. Um weiteren Druck auf Selenskyj aufzubauen, rief dann auch der von den bisher ergebnislosen Friedensgesprächen „extrem frustrierte" Trump am 8. Dezember 2025 die Kyjiwer Regierung dazu auf, endlich Neuwahlen in der Ukraine abzuhalten.[22]

Dass sich Selenskyj nicht an die Macht klammert, hat er bereits mehrfach betont. Im Februar 2025 stellte er so seinen sofortigen Rücktritt in Aussicht im Gegenzug für den NATO-Beitritt seines Landes. Auf Trumps neuerlichen Wahlappell reagierte der ukrainische Präsident nun mit einem geschickten Schachzug. Er wies das ukrainische Parlament an, die notwendigen Gesetzesänderungen für Wahlen in Kriegszeiten vorzubereiten, um damit die demokratische Ordnung in seinem Land zu unterstreichen. Zugleich forderte er von den USA, sie mögen gemeinsam mit Europa für die notwendige Sicherheit zur Durchführung freier und fairer Wahlen sorgen. Dafür muss Russland seine ständigen Angriffe auf die Ukraine einstellen, um Wahlkampfveranstaltungen zu ermöglichen und den ukrainischen Soldaten an der Front die Möglichkeit zu geben, ihre Stimme abzugeben. Auf diese Weise bringt Selenskyj den für die Ukraine zentralen Aspekt der Sicherheitsgarantien wieder ins Gespräch, den Trump sträflich vernachlässigt.[23]

Darüber hinaus nutzt Selenskyj das Wahlthema, um bei der Gebietsfrage – dem zweiten großen Knackpunkt in den aktuellen Gesprächen – die Initiative zu ergreifen. Er schlägt vor, das ukrainische Volk in einem Referendum über die von Russland geforderten Gebietsabtretungen im Donbass entscheiden zu lassen. Damit geht Selenskyj auch auf Trumps jüngsten Vorschlag ein, umstrittene Regionen im Donbass zur entmilitarisierten, freien Wirtschaftszone zu erklären.

Auf die Idee des Donbass-Referendums reagierte der so unter Zugzwang gesetzte Kreml mit Empörung. Putins Unterhändler Uschakow erklärte, die beiden Oblaste Donezk und Luhansk seien längst Teil des russischen Staatsterritoriums. Über deren Status habe das ukrainische Volk nichts zu entscheiden. Der Donbass werde auf jeden Fall unter die Kontrolle der Russischen Föderation kommen – „wenn nicht durch Verhandlungen, dann mit militärischen Mitteln." Falls die Ukraine – wie von Moskau gefordert – die von ihr noch kontrollierten Gebiete im Oblast Donezk räumt, will die russische Seite Trumps Forderungen der Entmilitarisierung mit der Stationierung schwer bewaffneter Einheiten der Nationalgarde unterlaufen. Diese jüngsten Aussagen Uschakows machen noch einmal deutlich, dass Moskau bei der intensiv diskutierten Gebietsfrage kaum zu ernsthaften Zugeständnissen bereit ist.[24]

Russische Vermögenswerte für die Ukraine

Der Ausgang des von Russland mit unerbittlichern Härte gegen die Ukraine geführten Zermürbungs- und Abnutzungskrieg entscheidet sich nicht zuletzt daran, welche der beiden Seiten die zuverlässigeren Verbündeten hat. Das haben die meisten europäischen Staatschefs inzwischen erkannt, genauso wie die Tatsache, dass die Sicherheit und Freiheit Europas unmittelbar auf dem Spiel spielt, wenn die Ukraine von Moskau und Washington mit einem Diktatfrieden zur Teilkapitulation gezwungen werden sollte. Mit höchster Wahrscheinlichkeit würde Putin das Momentum seiner neuen Eroberungen nutzen, um die Machtbalance in Europa weiter zu seinen Gunsten zu verschieben. Zudem erhielten die kremlfreundlichen Parteien in den europäischen Demokratien durch ein Einknicken der Ukraine merklich Oberwasser. Das würde die politische Landschaft gleichsam zugunsten Moskaus verändern und durch die Schwächung der EU sowie der NATO die Zukunft des europäischen Friedens- und Demokratieprojekts erheblich gefährden.

Aktuell bedarf es dringend neuer Finanzmittel, um den Rückgang der westlichen Waffen- und

22 *POLITICO's interview with Donald Trump*, in: Politico.com, 09.12.2025, https://www.politico.com/news/2025/12/09/donald-trump-full-interview-transcript-00681693 [Stand: 12.12.2025].

23 Simon Cleven: Selenskyjs schlauer Schachzug, in: T-online.de, 10.12.2025, https://www.t-online.de/nachrichten/ukraine/id_101038084/ukraine-selenskyj-bietet-wahlen-an-signal-an-usa-und-schlauer-schachzug.html [Stand: 12.12.2025]. Gemäß dem ukrainischen Kriegsrecht übt Selenskyj das Präsidentenamt derzeit regulär weiter aus. Fraglich bleibt, ob angesichts von Millionen Geflüchteter Wahlen überhaupt ordnungsgemäß durchgeführt werden können.

24 Freie Wirtschaftszone abgelehnt? Russland will ganzen Donbass kontrollieren, in: N-TV.de, 12.12.2025, https://www.n-tv.de/politik/Freie-Wirtschaftszone-abgelehnt-Russland-will-ganzen-Donbass-kontrollieren-id30136434.html [Stand: 14.12.2025].

Munitionslieferung an die Ukraine zu stoppen und den drohenden Staatsbankrott in Kyjiw zu verhindern.[25] Angesichts der angespannten Haushaltslage der europäischen Staaten bemüht sich die EU derzeit, auf die in Europa eingefrorenen russischen Vermögenswerte in Höhe von über 200 Mrd. Euro zuzugreifen. Daraus sollen der Ukraine Darlehen gewährt werden. Diese müsste die Ukraine erst an Russland zurückzahlen, wenn Moskau nach Kriegsende Reparationszahlungen an die Ukraine leistet.

Belgien, wo sich der Großteil der russischen Zentralbankgelder befindet, sträubt sich mit dem Hinweis auf rechtliche Bedenken und auf russische Vergeltungsmaßnahmen gegen diese Kreditvergabe.[26] Aber der politische Druck hat zuletzt enorm zugenommen. Warnend sprechen manche von einem „Schicksalsmoment". Denn gelinge die Mobilisierung der eingefrorenen russischen Vermögen für die Ukraine nicht, sei dies gleichbedeutend mit der Selbstaufgabe Europas. Trump würde sich in seinem abschätzigen Urteil bestätigt sehen, dass die europäischen Staatschefs zwar „viel reden, aber nicht liefern."[27]

Mittlerweile hat Belgien die Zusage von Bundeskanzler Friedrich Merz und der EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen erhalten, die mit der Verwendung der russischen Milliarden verbundenen Risiken würden von allen EU-Staaten gemeinsam übernommen. Außerdem hat der EU-Ratspräsident António Costa mit Hinweis auf die im Artikel 122 des EU-Vertrags erwähnten „gravierenden Wirtschaftsschwierigkeiten" die rechtliche Grundlage dafür geschaffen, dass in diesem besonderen Fall nicht einstimmig, sondern per Mehrheitsentscheid die geplante Mobilisierung des russischen Vermögens beschlossen werden kann. Damit verfügen kremlfreundliche Staaten wie Ungarn, die Slowakei und neuerdings auch Tschechien über keine Handhabe mehr, mit ihrem Veto den Vorgang aufzuhalten. Der Kreml läuft deshalb gerade Sturm gegen die sich in Brüssel anbahnende Entscheidung und hat bei einem russischen Gericht Klage gegen die EU eingereicht. Das gilt als erster Schritt, um Gegenmaßnahmen gegen in Russland noch vorhandenes europäisches Kapital zu ergreifen.

Bei ihrem am 18. Dezember 2025 bevorstehenden Gipfeltreffen wollen die EU-Staats- und Regierungschefs solange verhandeln, bis sie Einigung über das aus den eingefrorenen russischen Geldern an die Ukraine auszuzahlenden Reparationsdarlehen erzielt haben. Das soll die Ukraine als Vorposten der Freiheit in ihrer Wehrhaftigkeit nachhaltig stärken und dem Kreml sowie dem Weißen Haus die politische Botschaft vermitteln, Europa werde weiter auf ein Kriegsende mit einem würdigen Frieden für die Ukraine drängen.[28]

Das neue US-Strategiepapier

Am Ende des Jahres 2025 stellt sich die Situation weiter als verfahren und kaum voraussagbar heraus. Den Vereinigten Staaten unter Präsident Trump ist es mit seinem disruptiven Stil zwar gelungen, Bewegung in die Gespräche mit Russland zu bringen. Allerdings zeigt der Kreml weiterhin keinen ehrlichen Verhandlungswillen und will der die Welt mit seiner Hinhaltetaktik glauben machen, die russischen und US-amerikanischen Delegationen müssten sich nur häufig genug treffen, dann werde es schon eine Lösung geben. Das ist eine bewusste Irreführung. Der Kreml-Diktator setzt ganz darauf, mit jeder neuen Gesprächsrunde noch mehr Zugeständnisse zu erhalten und der Ukraine mit zerstörerischen Angriffswellen so zuzusetzen, bis sie schließlich kapituliert. Auch wenn die russische Kriegswirtschaft ihren Zenit inzwischen überschritten hat und sich die russischen Wirtschafts- sowie Haushaltsprobleme verschärfen, scheint es in Moskau, noch viel Zuversicht in das

25 Christoph Trebesch: *Ukraine Support Tracker* – Europa kann Ausfall der US-Hilfen nicht ausgleichen, in: Kiel Institut News, 10.12.2025, https://www.kielinstitut.de/de/publikationen/aktuelles/ukraine-support-tracker-europa-kann-ausfall-der-us-hilfen-nicht-ausgleichen/ [Stand: 12.12.2025].

26 Werner Mussler: Die Pläne zur Verwendung von russischem Vermögen sind eine Gefahr für die Finanzstabilität, in: FAZ.net, 08.12.2025, https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/euroclear-chefin-wieso-die-plaene-zur-verwendung-russischen-vermoegens-eine-gefahr-sind-110799245.html [Stand: 10.12.2025].

27 Jochen Buchsteiner/Konrad Schuller: Europa und die Wucht des Wandels, in: FAZ.net, 13.12.2025, https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/neue-us-sicherheitsstrategie-europa-zwischen-allen-fronten-accg-110802359.html [Stand: 14.12.2025].

28 EU erzielt wichtige Einigung zu russischen Vermögen, in: Tagesschau.de, 11.12.2025, https://www.tagesschau.de/wirtschaft/weltwirtschaft/russland-eingefrorene-vermoegen-eu-100.html [Stand: 14.12.2025].

eigene Durchhaltevermögen und großes Siegesbewusstsein zu geben.

Mit seiner fortgesetzten Nachsicht gegenüber Putin demonstriert Trump, dass es ihm offensichtlich weniger um die Wahrung der vom transatlantischen Bündnis geteilten Werte geht, sondern vor allem um die Interessen der USA und um seinen Wunsch, als der „beste Politiker des Universums" gefeiert zu werden. Aus der Sicht des Kremls haben damit alle Treffen, Gesprächsrunden und Pläne der letzten Zeit schon ein wichtiges Ziel erfüllt: nämlich die Differenzen zwischen den USA und Europa zu schüren.

Die Risse im westlichen Bündnis hatte der Vizepräsident JD Vance mit seiner Rede schon im Februar 2025 auf der Münchner Sicherheitskonferenz problematisiert, als er erklärte, Europa sei nicht so sehr durch autokratische Staaten wie Russland und China, sondern vielmehr durch eigene demokratische Defizite bedroht. An diese Aussage knüpft das Anfang Dezember 2025 veröffentlichte neue Strategiepapier an, in dem die Trump-Administration ihre außenpolitischen Zielsetzungen formuliert hat. Darin heißt es zwar, man wolle seine Verbündeten darin unterstützen, die europäische Freiheit und Sicherheit zu bewahren. Gleichsam finden sich in diesem US-Dokument zustimmende Worte zur NATO. Dann folgen jedoch zahlreiche Vorwürfe an die Adresse Europas. Durch die Unterdrückung der politischen Opposition und der Meinungsfreiheit sowie durch den „Verlust der nationalen Identität" infolge einer problematischen Einwanderungspolitik stehe die europäische Zivilisation vor dem baldigen Untergang. Die amerikanische Regierung wolle daher fortan die „patriotische Parteien" in Europa unterstützen, obwohl diese – wie im deutschen Fall die AfD – meist eine kremlfreundliche Politik verfolgen und demokratiefeindliche Positionen vertreten.[29]

Anders als in dem 2017 für die erste Amtszeit Trumps publizierten US-Strategiepapier wird Russland nicht mehr als Bedrohung für die Einheit des transatlantischen Bündnisses und für die nationale Sicherheit der USA bezeichnet. Vielmehr gehe es fortan darum, „strategische Stabilität" mit Moskau zu erreichen, um mit dem Blick auf das Mächteringen im pazifischen Raum eine zu große Annäherung Russlands an China zu verhindern. Während Putins Sprecher Peskow das neue US-Dokument mit Genugtuung kommentiert hat, wachsen in Europa wegen des transatlantischen „Familienzwist" die Zweifel an der Verlässlichkeit des größten NATO-Partners.[30]

Das ungesicherte Überleben der Ukraine

Die europäischen Staatschefs treffen sich am 15. Dezember 2025 mit Selenskyj und dem US-Sondergesandten Witkoff in Berlin, um dem unter einen eklatanten Mangel an Osteuropa-Expertise leidenden Weißen Haus klarzumachen, dass diejenigen, die der Ukraine die militärische Unterstützung entziehen, nicht im Sinne eines Friedens handeln, sondern nur dem Feldzug Russlands gegen Europa freien Lauf lassen.[31]

Während man in Berlin intensiv um die näher auszuformulierenden Punkte eines Vertragsentwurf ringt, bleibt es fraglich, ob Putin überhaupt einer Lösung zustimmen und diese sodann umsetzen wird, wenn er damit seinem Maximalziel nicht näher kommt, die Ukraine als eigenständigen Staat und als europäische Nation auszulöschen.[32] Um dem Kreml bei Laune zu halten, erhöht Trump in regelmäßigen Abständen stets nur den Druck auf Selenskyj, damit sich dieser Putins ultimativen Forderungen doch noch beugt.

Derzeit ist nicht abzusehen, ob Trump im internationalen Tauziehen um die Ukraine zu dem großen Dealmaker wird, für den er sich hält. Auch nach einem Jahr seiner zweiten Präsidentschaft wird weiter um die Lösung gerungen, mit der die Ukraine leben und überleben kann. Allein auf dem Verhandlungsweg scheinen sich die russischen Waffen bislang nicht zum Schweigen bringen zu lassen. Es wird weiter großen ökonomischen und militärischen Drucks bedürfen, damit Putin endlich

29 *National Security Strategy of the United States of America*. November 2025, https://www.whitehouse.gov/wp-content/uploads/2025/12/2025-National-Security-Strategy.pdf [Stand: 10.12.2025].

30 Buchsteiner/Schuller (wie Anm. 27).

31 Worum es beim Ukraine-Gipfel in Berlin geht, in: Handelsblatt, 15.12.2025, https://www.handelsblatt.com/dpa/friedensgespraeche-worum-es-beim-ukraine-gipfel-in-berlin-geht/100183873.html [Stand: 15.12.2025].

32 Laura Himmelreich: Ukraine-Gipfel in Berlin. Putin wird nur verhandeln, wenn der Druck steigt – auch durch Waffen, in:; Tagesspiegel, 14.12.2025, https://www.tagesspiegel.de/politik/ukraine-gipfel-in-berlin-putin-wird-nur-verhandeln-wenn-der-druck-steigt--auch-durch-waffen-15050395.html [Stand: 15.12.2025].

Das Ringen um einen Friedensplan für die Ukraine: Die EU, vertreten durch ihre Staats- und Regierungschefs, die NATO, die Ukraine sowie eine US-amerikanische Delegation mit Steve Witkoff und Jared Kushner (Dritter und Zweiter v. r. v.) bei einem Gipfeltreffen am 15. Dezember 2025
Foto: Picture Alliance/Anadolu/Fotograf: Remko de Waal

einem Waffenstillstand zustimmt, zu dem sich Selenskyj schon wiederholt bereit erklärt hat. Das ist eine bittere Nachricht vor allem für die Menschen in der Ukraine, die dort weiter der brutalen russischen Besatzungsmacht und dem rücksichtslosen russischen Dauerbeschuss ausgesetzt sind.

SERIE

DEMOKRATISCHE RESILIENZ

TEIL 3: FAKTOREN UND QUELLEN DER WIDERSTANDSKRAFT UND LEBENSFÄHIGKEIT LIBERALER DEMOKRATIEN

von Alexander Stulpe

3

Die Widerstandskräfte liberaler Demokratien sind gegenwärtig von Entwicklungen in ihrem Inneren ebenso herausgefordert – besonders gravierend in den USA – wie von äußeren Bedrohungen, insbesondere der Gefahr einer Ausweitung der russischen Aggression in Europa, die die öffentliche Diskussion um die Verteidigungsfähigkeit auch in Deutschland befeuert. Eine an demokratischer Resilienz orientierte Betrachtung sensibilisiert nicht nur für die Zusammenhänge zwischen diesen Herausforderungen, sondern auch für die Chancen auf deren Bewältigung. Zwei spezifische Quellen der Resilienz liberaler Demokratien, ihre staatliche Verfasstheit und die auf sie bezogenen mentalen Dispositionen ihrer Bürgerinnen und Bürger, sind zugleich konstitutive Aspekte der Sittlichkeit eines lebensfähigen liberaldemokratischen Gemeinwesens. Die Distanz zwischen der Idee einer liberaldemokratischen Sittlichkeit und dem Zustand real existierender liberaler Demokratien entscheidet, wie gut Letztere jenen Herausforderungen begegnen können – und wie groß die Herausforderung ist, ihre Resilienz zu stärken.

2024 wurde eine Broschüre an alle schwedischen Haushalte verteilt und auch in einer englischen Fassung zum Download bereitgestellt. Sie beginnt mit der Feststellung, dass wir in unsicheren Zeiten lebten, geprägt durch näher rückende bewaffnete Konflikte, Terrorismus, Cyber-Attacken und Desinformationskampagnen. „*To resist these threats, we must stand united. If Sweden is attacked, everyone must do their part to defend Sweden's independence – and our democracy.* […] *You are part of Sweden's overall emergency preparedness."* Mit Hinweisen zur individuellen Vorsorge und Vorratshaltung („*home preparedness*"), zur „*Digital Security*" und „*Psychological Defence*" gegen hybride Bedrohungen und der Betonung der Verantwortung jeder und jedes Einzelnen für die gemeinsame Sicherheit, ist die von der schwedischen Behörde für Zivilschutz und Bereitschaft (MSB)[1] herausgegebene Broschüre *Om krisen eller kriget*

1 *Myndigheten för samhällsskydd och beredskap (MSB): Om krisen eller kriget kommer*, Karlstad 2024.

Der schwedische Minister für Zivilschutz, Carl-Oskar Bohlin, stellt die neue Fassung der Broschüre „Wenn Krise oder Krieg bevorsteht" in Stockholm vor, 8. Oktober 2024. *Foto: Picture Alliance/Fotograf: Claudio Bresciani*

kommer (engl. *In case of crisis or war*) ein Element des *totalförsvar*, des schwedischen Konzepts der *Total Defence*.

Total Defence ergibt sich aus der Verbindung von *Militäry Defence (militärt försvar)* und *Civil Defence (civilt försvar)*. Der schwedische Minister für Zivilverteidigung, Carl-Oskar Bohlin, erläuterte das Konzept vor Kurzem in einem Vortrag vor deutschen Sicherheitsexpert:innen.[2] *Total Defence* bezeichnet, in den Worten des Ministers, *„activities needed to prepare Sweden for war"*. *Civil Defence* beinhaltet, als Aspekt der *Total Defence*, *„all the contingency preparations made by civilian actors in peacetime and all the required civilian activities during war"*. Diese umfassende *preparedness* soll sich nicht nur im Krisen- oder Kriegsfall bewähren, sondern bereits im Vorfeld eine Abschreckungswirkung entfalten, die einen Aggressor angesichts der Kosten eines möglichen Angriffs von einem solchen Vorhaben absehen lässt. *Total Defence* hat also auch eine präventive Dimension gegenüber potenziellen feindlichen Aktivitäten strategischer Gegner. Schweden hatte das Konzept bereits in Reaktion auf den „totalen" Zweiten Weltkrieg entwickelt, während des Kalten Krieges aus- und nach dessen Ende zunächst abgebaut, bis es 2015 angesichts der nun komplexeren, auch durch die russischen Aggressionen in der Ukraine und im Ostseeraum virulenten sicherheitspolitischen Herausforderungen wieder aufgenommen und stetig an die Lage angepasst wurde, wie zuletzt 2024 mit der Total Defence Bill 2025–2030 und der aktualisierten Neuauflage der zitierten MSB-Broschüre. Alle Einwohner:innen Schwedens im Alter zwischen 16 und 70 Jahren, einschließlich ortsansässiger Nicht-Staatsangehöriger, zuzüglich im Ausland lebender schwedischer Staatsbürger:innen, unterliegen im Kriegsfall oder bei drohender Kriegsgefahr der *Total-Defence*-Dienstpflicht.

2 Am 16. Juni 2025 im Rahmen einer öffentlichen Veranstaltung des German Institute for Defence and Strategic Studies (GIDS) an der Führungsakademie der Bundeswehr in Hamburg. Vgl. zum Folgenden auch Carl-Oskar Bohlin: *The Swedish Total Defence Concept – A Whole of Society Approach to Resilience. #GIDSessay* 2025_01; sowie *Swedish Civil Contingencies Agency (MSB): Developing Sweden's Civil Defence: Lessons from Ukraine*, Karlstad 2025.

Im Anschluss an seine Ausführungen wurde der Minister gefragt, wie es um die Akzeptanz des *Total-Defence*-Konzepts in der schwedischen Bevölkerung stehe. Eine aus deutscher Sicht naheliegende Frage, da das Konzept offensichtlich auf die Kooperationsbereitschaft der Bürgerinnen und Bürger angewiesen ist und derartiges hierzulande schnell als Zumutung wahrgenommen wird, oder als Provokation, wie das von Verteidigungsminister Pistorius geäußerte Wort von der „Kriegstüchtigkeit". Das zum Zeitpunkt von Bohlins Vortrag aktuelle deutsche Pendant zur MSB-Broschüre, der Ratgeber für Notfallvorsorge und richtiges Handeln in Notsituationen des Bundesamts für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) von 2019, war in Ansprache wie Inhalt sehr viel zurückhaltender formuliert als selbst die 2018er Auflage von *Om krisen eller kriget kommer*. Der BBK-Ratgeber befasste sich mit Katastrophenlagen durch Extremwetterereignisse und Großunfälle; von Krieg, Terrorismus und hybriden Bedrohungen war hier seinerzeit keine Rede.[3] In der deutschen Öffentlichkeit ist bezüglich solcher und anderer Hinweise und Überlegungen zum Zivilschutz mitunter immer noch von „Panikmache" die Rede.[4]

Und während Schweden nach der russischen Vollinvasion der Ukraine mit großem Rückhalt in der Bevölkerung die NATO-Mitgliedschaft beantragte, finden in Deutschland immer noch Positionen und Akteure Zuspruch – auch in Wahlen –, die das Narrativ einer vermeintlichen Mitschuld der NATO am Krieg Russlands gegen die Ukraine vertreten. Wie also steht die schwedische Bevölkerung zur Zumutung der *Total-Defence*-Politik? Der Minister sagte, er sehe eine große Unterstützungsbereitschaft und führe dies auf das praktisch konsensuale Bewusstsein der Schwed:innen um die verschärfte Bedrohungslage zurück.

Der Ratgeber für Notfallvorsorge des Bundesamts für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe empfiehlt unter anderem einen Zehn-Tages-Notfallvorrat. *Foto: Picture Alliance/Fotograf: Jan Woitas*

Bedrohungsbewusstsein und Verteidigungswille

Das Bewusstsein der Bedrohung ist notwendige Voraussetzung, um Gegenmaßnahmen ergreifen zu können. Deswegen ist es auch ein wesentlicher Bestandteil von Desinformation im Rahmen der hybriden Kriegführung gegen die liberalen Demokratien des Westens,[5] Zweifel an der Tatsächlichkeit solcher Bedrohung beziehungsweise an deren Urheberschaft zu säen. Dies geschieht etwa in Form von Narrativen, die durch digitalmediale Einflussoperationen oder von Parteigängern autokratischer Regime innerhalb der westlichen Demokratien verbreitet werden: zum Beispiel dergestalt, dass der russische Krieg gegen die Ukraine quasi defensiv motiviert sei, durch eine vermeintlich aggressive Expansionspolitik der NATO und deren „Säbelrasseln", und das Leid der ukrainischen Bevölkerung durch die westliche Unterstützung nur

3 Im Oktober 2025 ist allerdings eine aktualisierte Neuauflage erschienen, die auch dieses Bedrohungsspektrum abdeckt und dem schwedischen Vorbild dadurch näherkommt.

4 Vgl. z. B. Spiegel online (11.04.2025): Länder fürchten Panikmache wegen Zivilschutzübungen; https://www.spiegel.de/panorama/bildung/sicherheit-in-deutschland-so-koennte-zivilschutz-an-schulen-aussehen-a-896078b6-ea1a-4836-b0fe-eccf0f08ee1a [Stand: 25.11.2025].

5 Vgl. dazu Alexander Stulpe: Demokratische Resilienz. Teil 2: Vulnerabilität, Öffentlichkeit, digitale Transformation, in: E+P 2 (2025), S. 54–70; sowie Reinhard Bingener/Markus Wehner: Der stille Krieg. Wie Autokraten Deutschland angreifen, München 2025. Vgl. auch die EUvsDisinfo-Database für derzeit knapp 19.500 dokumentierte Beispiele solcher und anderer prorussischer Desinfo-Narrative; https://euvsdisinfo.eu/disinformation-cases/ [Stand: 25.11.2025].

Die Reaktivierung der Wehrpflicht ist in der Bevölkerung umstritten: Demo in Trier, 5. Dezember 2025. *Foto: Picture Alliance/Fotografin: Berit Kessler*

unnötig verlängert werde, oder dass Hinweise auf die aggressiv revisionistischen Intentionen des Putin-Regimes Teil eines westlichen Propagandanarrativs seien, mit dem Russophobie geschürt werden solle. Von Baudelaire stammt der Satz, „dass die schönste List des Teufels darin besteht, euch glauben zu machen, es gebe ihn nicht!“[6]

Aber auch, wo man akzeptiert, dass eine Bedrohung besteht und von wem sie ausgeht, führt das nicht automatisch zu Verteidigungsbereitschaft. Bedrohungswahrnehmung allein kann auch Fluchtreaktionen oder Unterwerfungsbereitschaft auslösen – oder das aus der *Rational-Choice*-Theorie bekannte Trittbrettfahren, bei dem man hofft, von der Sicherheit zu profitieren, die andere bereitstellen, ohne selbst die damit verbundenen Kosten und Risiken zu tragen: sei es innerhalb einer Verteidigungsallianz oder innerhalb einer alternden Gesellschaft, die die Hauptlast der Landes- und Bündnisverteidigung der jüngeren Generation aufbürden möchte.

Die bloße Bedrohungswahrnehmung ist nicht hinreichend für die Unterstützung von *Total Defence* und zum Verständnis dieser Unterstützungsbereitschaft. Das von Bohlin angesprochene Bedrohungsbewusstsein ist voraussetzungs- und anspruchsvoller. Zentral ist hierbei das Konzept des Verteidigungswillens (*försvarsvilja*), der aus einem Gefühl der Zusammengehörigkeit und zugleich gemeinsamen wie individuellen Verantwortung der Bürger:innen für ihr Gemeinwesens erwächst, aus dem Verständnis, was es zu verteidigen gilt und welcher Wert hierbei dem eigenen Beitrag zukommt: *„Together we make Sweden stronger“*.[7]

Diesen Verteidigungswillen zu stärken und die gesellschaftliche Widerstandskraft (*motståndskraft*) aufrechtzuerhalten, zählt zu den zentralen Zielen der *Civil Defence*. Zivilschutz, Unterstützung der militärischen Verteidigung, Versorgungssicherheit und der Schutz der wichtigsten gesellschaftlichen Funktionen sind weitere wichtige Ziele. Sie strukturieren sich nach *„civil preparedness*

6 *„[Q]que la plus belle des ruses du diable est de vous persuader qu'il n'existe pas!“*, Charles Baudelaire: *Le Spleen de Paris*/Der Spleen von Paris. Aus dem Französischen von Simon Werle, Hamburg 2019, S. 368 f.

7 MSB (wie Anm. 1): *In case of crisis or war*, Karlstad 2024, S. 6.

sectors", die sich, neben öffentlicher Ordnung und Sicherheit, unter anderem auch auf elektronische Kommunikation, Transport, wirtschaftliche Sicherheit und Finanzdienstleistungen, die Versorgung mit Energie, Lebensmitteln und Medikamenten sowie das Gesundheits- und Sozialsystem beziehen. Dieses breite Spektrum ziviler staatlicher Handlungsbereiche und Leistungen soll die weitgehende Aufrechterhaltung des *„everyday life"*[8] auch in Kriegs- und Krisenzeiten ermöglichen, was wiederum dazu beiträgt, den Verteidigungswillen zu stärken: *„If the civilian population is protected, vital societal functions ensured, critical infrastructure and supplies are maintained, and civil defence enables necessary operations on the part of the armed forces, it follows that society's resilience and collective will to defend the country should be maintained."*[9]

Wenn der Staat auch im Krisen- oder Verteidigungsfall in der Lage ist, Sicherheit und die Aufrechterhaltung der wichtigsten gesellschaftlichen Funktionen zu gewährleisten, so stärkt dies den Verteidigungswillen in der Bevölkerung, auf den er umgekehrt angewiesen ist, um seine Aufgaben zu erfüllen. Als einen Willen kann er ihn aber nicht anordnen, also „von sich aus, mit den Mitteln des Rechtszwangs und autoritativen Gebots, zu garantieren suchen",[10] und das Gleiche gilt für die mentalen Dispositionen, aus denen Verteidigungswille und Widerstandskraft erwachsen: das Zugehörigkeits- und Zusammengehörigkeitsgefühl der Bürgerinnen und Bürger, ihr Verantwortungsbewusstsein für ihr Gemeinwesen und Vertrauen gegenüber ihrem Staat. Dieses positive „Wir-Bewusstsein"[11] und die ihm korrespondierende Identifikation mit dem staatlichen Gemeinwesen ist in Deutschland wohl weniger ausgeprägt als in den skandinavischen Ländern mit ihrem betont egalitären gesellschaftlichem Selbstverständnis und starken wohlfahrtsstaatlichen Traditionen. Solche spezifischen historisch-kulturellen Bedingungen begünstigen die Akzeptanz und Wirksamkeit von *Total-Defence*- und vergleichbaren Konzepten.[12]

Die skizzierten Überlegungen zum Verteidigungswillen weisen aber zugleich über das konkrete *Total*- bzw. *Civil-Defence*-Konzept und die Frage seiner Übertragbarkeit auf deutsche Verhältnisse hinaus, nämlich auf zwei grundlegende Bedingungen der Funktions- und „Lebensfähigkeit"[13] liberaler Demokratien, die zugleich zwei zentrale Quellen ihrer Resilienz sind und als solche in jeder liberalen Demokratie, auch unabhängig von nationalen Traditionen und Eigenarten, wirksam sein müssen: moderne Staatlichkeit einerseits und andererseits jene auch den Verteidigungswillen motivierenden mentalen Dispositionen in der Bevölkerung, die sich in demokratietheoretischer Perspektive und unter dem Aspekt demokratischer Resilienz als „republikanische Disposition"[14] bezeichnen lassen. Bevor diese Zusammenhänge erläutert und die Chancen der Stärkung der Resilienz liberaler Demokratien ausgelotet werden, ist zunächst noch einmal ein Blick auf den Resilienz-Begriff selbst zu werfen.

Demokratische Resilienz und die P3-Formel

„Demokratische Resilienz" wird im vorliegenden Zusammenhang als eine Perspektive auf gesellschaftliche Resilienz verstanden, die die gegenwärtigen Infragestellungen und Anfeindungen liberaler Demokratien von autoritärer Seite in einem zeitdiagnostischen und theoretischen

8 MSB (wie Anm. 2), S. 84.

9 Ebd., S. 75.

10 Ernst-Wolfgang Böckenförde: Die Entstehung des Staates als Vorgang der Säkularisation, in ders.: Recht, Staat, Freiheit. Studien zur Rechtsphilosophie, Staatstheorie und Verfassungsgeschichte, Frankfurt am Main 1991, S. 92–114, hier S. 112 f.

11 Norbert Elias: Studien über die Deutschen. Machtkämpfe und Habitusentwicklung im 19. und 20. Jahrhundert, Frankfurt am Main 1998, S. 547.

12 Beispielsweise das im Begriff „*Sisu*" verdichtete, quasi nationalcharakterliche finnische Selbstverständnis, das sich als Verbindung von „Kraft, Zähigkeit, Ausdauer sowie Unnachgiebigkeit" im Winterkrieg 1939/40 gegen die russischen Invasoren bewährte. Michael Jonas: Der Winterkrieg 1939/40, S. 32 f., https://specials.dekoder.org/winterkrieg/ [Stand: 25.11.2025].

13 Charles Taylor: Aneinander vorbei: Die Debatte zwischen Liberalismus und Kommunitarismus, in: Kommunitarismus. Eine Debatte über die moralischen Grundlagen moderner Gesellschaften, hg. v. Axel Honneth, Frankfurt am Main/New York 1993, S. 103–130, hier S. 110.

14 Alexander Stulpe: Republikanismus und Resilienz. Elemente einer Politischen Theorie der Lebensfähigkeit liberaler Demokratien, in: Zeitschrift für Politische Theorie 14 (2023), H. 1, S. 54– 84, hier S. 72 ff.

Zusammenhang betrachtet.[15] Dies lenkt den Blick sowohl auf für die liberale Demokratie spezifische Bedrohungen und Vulnerabilitäten[16] als auch auf die demokratiespezifischen Quellen gesellschaftlicher Resilienz, um die es im Folgenden geht. Ausgangspunkt dieser wie auch der vorangegangenen Überlegungen ist ein Begriff gesellschaftlicher Resilienz,[17] der sich durch Komplementärbegriffe (Vulnerabilität, Bedrohungen) und Resilienz-Faktoren bestimmt. „Gesellschaftlich" deswegen, weil es um die Resilienz liberaldemokratischer Gemeinwesen geht, nicht bloß um die psychische Resilienz von Individuen und auch nicht bloß um die Resilienz von sozialen Subsystemen, beispielsweise der Streitkräfte oder anderer Organisationen, innerhalb dieser Gemeinwesen. Dies schließt allerdings nicht aus, dass die psychische Resilienz der Bürger:innen und die organisationale Resilienz von beispielsweise Sicherheitsbehörden, Krankenhäusern oder zivilgesellschaftlichen Einrichtungen als Faktoren zur gesellschaftlichen Resilienz des Gemeinwesens – als einer höherstufigen systemischen Ebene – beitragen können. Auf einer abstrakteren Ebene kann man als Resilienz-Faktoren diejenigen begrifflichen Aspekte bezeichnen, die sich aus dem theoretischen Verständnis von Resilienz selbst ableiten lassen: Erstens die auch im Konzept der *Total Defence* zentrale „*preparedness*", also das strukturelle Vorbereitetsein auf mögliche Krisen und Schadensereignisse. Zweitens Präventivmaßnahmen, die darauf zielen, solche Krisen und Ereignisse zu verhindern, oder zumindest zur Schadensminderung beitragen, also „*prevention*". Und drittens die systemische Persistenz oder „*persistence*", die das Überdauern des Systems durch Krisen und Schädigungen hindurch bezeichnet, seinen Fortbestand trotz aller krisen- und angriffsbedingten Verwundungen und Adaptionen. Man kann die folgenden Überlegungen zu *preparedness*, *prevention* und *persistence* daher als „P3-Formel von Resilienz" zusammenfassen.[18]

An der *persistence* bemisst sich somit der Erfolg von *preparedness* und *prevention*. Wenn man unter Resilienz die Fähigkeit eines Systems versteht, Krisen und Schadensereignissen zu trotzen, deren Folgen zu bewältigen und sich zu regenerieren, auch durch Anpassungsleistungen, dann trägt alles, was den Schaden verhindert oder mindert, dazu bei, die systemische Erholung zu erleichtern und zu beschleunigen und somit die Resilienz zu erhöhen. *Preparedness* hat sich insofern während der Krise oder dem sonstigen Ernstfall zu bewähren, *prevention* jeweils vor dem Ereignis – was mit einschließt, dass auch in einer bereits bestehenden Krisensituation schlimmere Folgen verhindert werden –, und *persistence* zeigt sich danach daran, ob das System im Wesentlichen, trotz aller Schädigungen und adaptiven Veränderungen, mit sich selbst identisch geblieben ist. Ist dies nicht der Fall, dann hat sich das System nicht als resilient erwiesen. Etwaige adaptive Veränderungen in einer Krise – im Falle einer Demokratie etwa in Gestalt der dauerhaften Einrichtung autoritärer Strukturen[19] – sind dann nicht Ausdruck von Resilienz, sondern vom Kollabieren des Systems.[20]

Persistence ist daher ein Schlüsselkriterium und zentraler Faktor von Resilienz. Bei der Betrachtung der gesellschaftlichen Resilienz von liberalen Demokratien ist daher nicht nur die funktionale, sondern auch die normative Dimension zu berücksichtigen, denn deren Überdauern bemisst sich an ihrem normativen Selbstverständnis als liberaldemokratischen Rechtsstaaten beziehungsweise institutionelle Verkörperungen der Freiheit.[21] Zu ihrer *persistence* gehört der Fortbestand dieser normativen

15 Vgl. Alexander Stulpe: Demokratische Resilienz. Teil 1: Begriffe, Perspektiven und strategische Herausforderungen, in: E+P 01/2025, S. 50–64.

16 Vgl. Stulpe (wie Anm. 5).

17 Vgl. Stulpe (wie Anm. 14).

18 Stulpe (wie Anm. 14), S. 67 ff.

19 Nicht zu verwechseln mit Notstandsverfassungen oder vergleichbaren Varianten des Ausnahmezustands, die demokratietheoretisch betrachtet, bereits in der kommissarischen Diktatur der altrömischen Republik institutionell verankert waren, um diese in Krisensituationen zu erhalten. Cincinnatus etwa diente als Diktator erfolgreich diesem Ziel, während Cäsar das Ende der Republik herbeiführte, deren endgültiger Untergang dann im Prinzipat des Augustus unwiderruflich besiegelt wurde. Vgl. Niccolò Machiavelli: Discorsi. Gedanken über Politik und Staatsführung, Stuttgart ^{3}2007, S. 98 ff., 370 f.

20 Man kann derzeit nicht sicher sein, ob sich die USA, das Mutterland der liberalen Demokratie, angesichts der autoritären Angriffe der Trump-Regierung als resilient erweisen werden.

21 Vgl. Stulpe (wie Anm. 15). Die normative Perspektive unter dem Aspekt demokratischer Resilienz ergibt sich außerdem aus dem Umstand, dass die liberale Demokratie gerade um ihrer normativen Identität willen angegriffen wird, vgl. ebd.

Identität. Diese bildet zugleich den Bezugsrahmen der anderen beiden Faktoren, der bestimmt, was an *prevention* und *preparedness* möglich und nötig ist, um die *persistence* zu garantieren. Die beiden Faktoren verweisen zugleich aufeinander: *preparedness* kann das Ergebnis von *prevention* sein, und umgekehrt kann – wie beispielsweise im Falle des Abschreckungskalküls der *Total Defence* – *preparedness* als *prevention* fungieren.

Aus der mit dieser P3-Formel eingenommenen Perspektive wird ersichtlich, wie sehr jene republikanische Disposition und die Staatlichkeit moderner Demokratien deren Resilienz bedingen. Man denke nur im Hinblick auf die beiden Faktoren prevention und preparedness an die Rolle von Polizei, Feuerwehr, Flugsicherung, Bauaufsicht, Gesundheitsämtern, Krankenhäusern, Streitkräften und anderer Sicherheits- und Aufsichtsbehörden, die Krisen und Katastrophen zu verhindern helfen und, falls diese sich doch ereignen, durch materielle und organisationale Ressourcen, Notfallpläne und andere Vorbereitungen zur Schadensbegrenzung und schnellen Bewältigung der Folgen beitragen. Die republikanische Disposition der Bürger:innen bedingt auf der anderen Seite nicht nur deren Unterstützungs- und Kooperationsbereitschaft gegenüber den staatlichen Agenturen, sondern motiviert auch zu Eigeninitiative und Engagement in der Vorsorge für Notsituationen und zur aktiven Solidarität in Krisen, und sie wirkt Verunsicherungs- und Destabilisierungseffekten entgegen, wie sie beispielsweise durch hybride Kriegführung bezweckt werden. Auf der Ebene des Faktors *persistence* schließlich bietet der liberaldemokratische Rechtsstaat als institutionelles Wertgefüge jenes Kriterium der normativen Identität, anhand derer sich Resilienz durch die Krise hindurch als Regenerationsfähigkeit zu bewähren hat. Die republikanisch disponierte Bürgerschaft ist auf der anderen Seite die Instanz, die über die freiheitliche Identität ihres Gemeinwesens wacht und diese gegen Angriffe von außen wie im Inneren verteidigt. Diese beiden Resilienz-Quellen sind im Folgenden näher zu betrachten, beginnend mit der modernen Staatlichkeit.

Moderne Staatlichkeit vs. Patrimonialismus

Moderne Staatlichkeit verweist politiktheoretisch auf eine historisch spezifische Form des Politischen, die von vormodernen politischen Ordnungskonzepten abzugrenzen ist. Der Staat ist, mit

Titelseite des „Leviathan“ von Thomas Hobbes (London, 1651)
Bild: Picture Alliance/UIG

ersten formativen Ansätzen im Hohen und späten europäischen Mittelalter, eine neuzeitliche Errungenschaft. Als solche unterscheidet er sich von den alteuropäischen Ordnungsformen der griechischen Polis und der antiken und mittelalterlichen Reiche, an deren Stelle er als Leitidee des Politischen trat: als „Idee des nach innen wie außen souveränen, aus ständischer Herrschaft und geistlicher Bevormundung emanzipierten, durch Bürokratie und stehendes Heer institutionell konsolidierten Staates, der auf einem fest umgrenzten Territorium das ‚Monopol legitimen physischen Zwanges‘ bzw. der ‚Gewaltsamkeit‘ innehat, mit Hilfe von Polizei und Verwaltung den innerstaatlichen Frieden sichert und seine Beziehungen zu anderen Staaten in Krieg und Frieden rechtlich regelt, ohne eine übergeordnete Entscheidungs- und Befehlsinstanz zu akzeptieren“.[22] In wissenssoziologischer Perspektive reflektieren Konzepte wie „Souveränität“ oder „Staatsraison“ und die diese artikulierenden Theorien – prominent Thomas Hobbes im *Leviathan* oder Machiavelli, der

22 Klaus Roth: Genealogie des Staates. Prämissen des neuzeitlichen Politikdenkens, Berlin 2003, S. 9.

Bild: Alexander Stulpe

Sache nach, im *Principe* – den Autonomieanspruch der Politik gegenüber der Religion, und der Staats-Begriff selbst fungiert als Selbstbeschreibungsformel des politischen Systems der modernen, primär funktional differenzierten Gesellschaft, die sich in einem im Mittelalter beginnenden evolutionären Prozess um 1800 schließlich durchgesetzt hatte.[23]

Seitdem entwickelte sich der Staat von einem Herrschaftsinstrument territorialer Fürsten und Könige hin zu jener modernen Staatlichkeit, die den Weg zu Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und Sozialstaatlichkeit eröffnete und die Max Weber terminologisch mit dem Begriff des „rationalen Staats" bezeichnete und von der traditionellen Form der „patrimonialen Herrschaft" beziehungsweise des neuzeitlichen „Patrimonialstaats" unterschied.[24]

Es ist diese, auf „dem Fachbeamtentum und dem rationalen Recht"[25] beruhende, spezifisch moderne Staatlichkeit, die als Quelle von Resilienz im Sinne der P3-Formel fungiert. Diese Staatlichkeit haben auch Stephen E. Hanson und Jeffrey S. Kopstein vor Augen,[26] wenn sie die Fähigkeit des modernen Staates hervorheben, öffentliche Güter bereitzustellen – Güter, die alle brauchen und von deren Nutzung niemand ausgeschlossen werden kann – und so das Funktionieren der Gesellschaft und ihrer Teilsysteme zu gewährleisten; eine Fähigkeit, die in Krisenzeiten unverzichtbar ist und bereits im gesellschaftlichen Normalzustand dazu beitragen kann, dass es gar nicht erst zu Krisen kommt:[27] *„Like the air we breathe, government*

23 Vgl. z. B. Niklas Luhmann: Staat und Staatsräson im Übergang von traditionaler Herrschaft zu moderner Politik, in ders.: Gesellschaftsstruktur und Semantik. Studien zur Wissenssoziologie der modernen Gesellschaft, Band 3, Frankfurt am Main 1993, S. 65–148; sowie Niklas Luhmann: Staat und Politik. Zur Semantik der Selbstbeschreibung politischer Systeme, in: ders.: Soziologische Aufklärung 4. Beiträge zur funktionalen Differenzierung der Gesellschaft, S. 74–103.

24 Max Weber: Wirtschaft und Gesellschaft. Grundriss der verstehenden Soziologie, Tübingen [5]1980, S. 583 ff., 815 ff.

25 Ebd., S. 815.

26 Stephen E. Hanson/Jeffrey S. Kopstein: *The Aussault on the State, Hoboken* (NJ) 2024. Zum Begriff „Staatlichkeit" ebd., S. 114.

27 Vgl. ebd., S. 60.

Ukrainische Aktivisten protestieren gegen die andauernden Geschäftsbeziehungen der EU mit Russland, Warschau, 6. April 2024.
Foto: Picture Alliance/Fotograf: Piotr Lapinski

agencies are mostly invisible, but without them, our food, water, and air would be poisonous, our money worthless, our children taught by incompetents or worse, our votes uncounted, and our national security violated."[28]

Der moderne Staat ist damit nicht nur ökonomischen Märkten überlegen, die sich wegen der Nicht-Exklusivität von öffentlichen Gütern für deren Herstellung nicht eignen, sondern auch dem vormodernen Patrimonialstaat. Dies liegt an der spezifischen, an den Prinzipien des Prozeduralismus und des *rule of law* ausgerichteten Art der Ausübung politisch-administrativer Macht im modernen Staat, dem Hanson und Kopstein im Anschluss an Weber die durch Personalismus und *rule of men* gekennzeichnete patrimonialistische Herrschaftsform entgegensetzen.[29]

Während sich der bürokratische Verwaltungsapparat des modernen Staates und seine Angehörigen in Legitimitätsverständnis und Handeln an Verfahrensrationalität, Rechtsstaatlichkeit, professioneller Qualifikation und Expertise sowie der Trennung von Amt und Person der Amtsträger orientieren,[30] setzt sich der Herrschaftsstab in Patrimonialregimen typischerweise aus Personen zusammen, die ihre Ämter aufgrund persönlicher Loyalität gegenüber dem patrimonialen Herrscher innehaben – *„family members, friends, and sycophants"*[31] –, sich diesem gegenüber in persönlicher Abhängigkeit befinden und ihrerseits ihre Ämter zur persönlichen Vorteilsnahme nutzen, was sich bis in die unteren Ränge fortsetzt. Was nach bürokratischen Kriterien als Korruption gilt, ist in Patrimonialregimen endemisch. Und die Rekrutierung und das Amtsverständnis des Verwaltungspersonals beruhen nicht auf Kompetenz, sondern der Bereitschaft und dem Willen, dem zum „Vater der Nation" stilisierten Herrscher und dessen persönlichen Interessen zu dienen, der politische Macht despotisch ausübt, nach dem Muster der

28 Ebd., S. 2.
29 Vgl. ebd., S. 6 ff., 50 ff.
30 Vgl. auch Weber (wie Anm. 24), S. 596, 825, 831.
31 Hanson/Kopstein (wie Anm. 26), S. 7.

Herrschaft des alteuropäischen *pater familias* über die Angehörigen seines Haushalts.[32] Patrimonialismus bedeutet in diesem Sinne die Ausweitung der patriarchalen Herrschaft des Hausherrn über den oikos hinaus auf den politischen Bereich.[33]

Vor diesem Hintergrund ist auch die Krisenbewältigungsunfähigkeit von Patrimonialregimen wenig erstaunlich. Sie sind in jeder Beziehung ineffizient, sofern es nicht um die Mehrung des privaten Nutzens des Herrschers und seiner Gefolgschaft geht: *„At best they supply poorly functioning institutions, and at worst they actively prey on the economy. And where they fail spectacularly is in responding to complex crises of natural disasters, war, and epidemics. The history of much of the world is that of famines, military catastrophe, and plagues, and many of these tragedies are a direct result of the subordination of the state to the rule of men."*[34]

Umso beunruhigender ist der von Hanson und Kopstein im Titel ihres Buches *The Assault on the State* zusammengefasste Befund, dass eben jene in der Moderne überwunden geglaubte, patrimonialistische Staatsform gegenwärtig zurückkehrt und, flankiert von teils antimodernistischen, teils populistischen und libertären Ideologien, auf die Zerstörung moderner Staatlichkeit abzielt. Den Ausgang nahm diese Entwicklung demnach mit Wladimir Putins neozaristischem Projekt und dem in weiten Teilen der Nachfolgestaaten der Sowjetunion erfolgreichen Export seines antimodernistischen Patrimonialismus; sein Angriffskrieg gegen die Ukraine, die sich dem nicht einfach fügte, erklärt sich daraus.[35] Die Hanson und Kopstein zufolge leitende Ordnungsvorstellung dieser Weltsicht erinnert an bekannte Erscheinungsformen der Organisierten Kriminalität: *„It is tempting to understand these developments as Putin's effort to recreate the old Soviet Union. But this would be inaccurate.* […] *The proper imagery is more like the ‚heads of families' in Mario Puzo's The Godfather, working out problems, divvying up the spoils, sometimes quarrelling, but helping each other when needed. Putin in this scheme occupied the position of the capo di tutti capi, the boss of bosses – in short, the big man*."[36]

Nicht zuletzt das Bild des „Paten" verweist auf verwandte Diagnosen und Begriffe, die von anderen Autor:innen vorgeschlagen wurden, um im gegenwärtigen globalen Konflikt zwischen liberaler Demokratie und Autoritarismus die autoritären beziehungsweise autokratischen Herausforderer zu charakterisieren, zum Beispiel Kleptokratie, Neo-Despotie, Mafiastaat.[37] Und auch die einschlägigen Akteure sind dieselben. Auch Hanson und Kopstein verweisen beispielsweise auf Ungarns Viktor Orbán und natürlich auf Donald Trump als Bewunderer und Nachahmer des Putin'schen Patrimonialismus.

Es spricht für die analytische Tiefe und diagnostische Weitsicht ihrer an der begrifflichen Unterscheidung Webers ausgerichteten Perspektive, dass ihr Buch noch vor Beginn der zweiten Amtszeit Donald Trumps erschienen ist, aber mit Blick auf die seit Trumps Amtsantritt sich in rasanter Geschwindigkeit vollziehenden Angriffe auf die moderne Staatlichkeit der USA, von Verschwörungstheoretikern und anderen Verächtern „*deep state*" genannt, von bedrückender Aktualität ist. Vollzogen wird jetzt, was programmatisch schon angekündigt war und sich ideologisch in drei Hauptströmungen der Trump-Unterstützer spiegelt, die aus verschiedenen, teilweise inkompatiblen Motiven der Staatlichkeit der gegenwärtigen USA den Kampf angesagt haben: religiöse Nationalisten, Libertäre und Befürworter präsidialer Souveränität (im Sinne der „*unitary executive theory*").[38] Der moderne Staat ist angesichts dieser Feindschaft – seitens antiwestlicher Autokraten und verschiedener ideologischer Strömungen und Akteure innerhalb der westlichen Demokratien – herausgefordert und läuft global Gefahr, durch vormoderne, patrimonialistische Herrschaftsformen ersetzt zu werden. Aufgrund

32 „*The patrimonial ruler and his staff fuse administration with personal authority, considering the state itself to be a 'family business' of sorts. And gender matters here too: the image of the ruler as the benevolent 'father' tends to reinforce broader stereotypes of men as powerful and active, and women as subordinate and passive. For this reason, patrimonial leaders almost always denounce movements to defend the rights of women and sexual minorities as an existential threat.*", s. Hanson/Kopstein (wie Anm. 26), S. 52.

33 Vgl. Weber (wie Anm. 24), S. 585. Vgl. auch Stulpe (wie Anm. 15), S. 56.

34 Hanson/Kopstein (wie Anm. 26), S. 59.

35 Vgl. ebd., S. 64 ff.

36 Ebd., S. 100.

37 Vgl. hierzu Stulpe (wie Anm. 15), S. 59.

38 Vgl. Hanson/Kopstein (wie Anm. 26), S. 15 ff.

der skizzierten gesellschaftlichen Funktion und Bedeutung moderner Staatlichkeit und ihrer Unabdingbarkeit bei der Bewältigung einer Vielzahl existenzbedrohender Krisen und Konflikte in einer komplexen Welt steht bei diesem Konflikt zwischen moderner Staatlichkeit und Patrimonialismus nicht bloß das Überleben der Demokratie auf dem Spiel, sondern das der Menschheit überhaupt, *„the very survival of our species"*.[39] *„The world has survived past periods of democratic crisis, but in a time of mounting social and environmental threats, it is unlikely to survive a return of the rule of men."*[40]

Staat und Demokratie

Hanson und Kopstein betonen, dass der von ihnen gezeichnete Gegensatz von Staat und Patrimonialregime nicht deckungsgleich ist mit dem Gegensatz von Demokratie und Autoritarismus.[41] Moderne Staaten können auch nichtdemokratisch organisiert sein, wie, historisch, das deutsche Kaiserreich bis zum Ende des Ersten Weltkriegs oder, gegenwärtig, Singapur.[42] Und Patrimonialregime können auch in einer Demokratie an die Macht kommen.[43] Dennoch spricht vieles dafür, von einem engen Zusammenhang von moderner Staatlichkeit und liberaler Demokratie einerseits, Patrimonialismus und Autoritarismus andererseits auszugehen. Denn aufgrund der bisherigen Überlegungen gibt es offensichtliche Übereinstimmungen bezüglich der Akteure und Ideologien, die gegenwärtig sowohl die moderne Staatlichkeit als auch die liberale Demokratie infrage stellen.[44] Der antimodernistische Patrimonialismus entspricht dem despotischen, gegen das moderne Freiheitsverständnis liberaler Demokratien gerichteten Herrschaftskonzept des okzidentalistischen Autoritarismus; also solchen Ideologien, die das an die normativen Errungenschaften der Aufklärung und der Französischen Revolution, die Ideen von 1789, anschließende Projekt der Moderne insgesamt für einen Irrweg halten und verwerfen, verächtlich machen und bekämpfen. Und in der Motivwelt der von Hanson und Kopstein genannten drei Strömungen von Trump-Unterstützern finden sich auch jene freiheitspathologischen Positionen, die sich zwar auf die normative Leitidee der Moderne, die Freiheit, berufen, diese aber in einer Weise libertär oder identitär interpretieren, die, gemessen am universalistischen, egalitär-individualistischen Gehalt liberaldemokratischer Verfassungen, reduktionistisch ist, weil sie wichtige Aspekte eines komplexen, anspruchsvollen Freiheitsverständnisses nicht bloß unterakzentuiert, sondern systematisch ausblendet.[45]

So kann man vielleicht sagen: Moderne Staatlichkeit und liberale Demokratie sind nicht dasselbe, aber sie gehören zusammen, und zwar nicht nur aus historisch-genetischen, sondern auch aus systematischen Gründen. Es ist kein Zufall, dass sich die moderne Demokratie erst im modernen Staat entwickeln konnte, weil, erstens, bereits das grundlegende demokratische Prinzip der „Herrschaft auf Zeit", demzufolge Regierungsämter immer nur zeitlich begrenzt vergeben werden und durch Wahlen die Rollen von Regierung und Opposition immer wechseln können müssen, sich nicht mit patrimonialistischen Verhältnissen verträgt, in denen der Herrscher zugleich als Besitzer des Staates agiert und das administrative Personal durch Loyalität und Abhängigkeit an dessen Persönlichkeit gebunden ist.[46] Wenn, zweitens, Demokratie in einem anspruchsvollen Sinn bedeutet, dass durch die institutionell und prozedural gewährleistete Identität von Autoren und Adressaten des Rechts innerhalb eines Gemeinwesens dessen Freiheit durch politische Selbstbestimmung gewährleistet ist, dann muss auch deren Effizienz garantiert sein, und hierfür ist der moderne Staat als das überlegene Mittel erforderlich. Denn Freiheit, die sich verwirklichen kann, ist vollkommener als eine solche, die aufgrund unzureichender Mittel an der Umsetzung

39 Ebd., S. 2.

40 Ebd., S. 14.

41 Vgl. ebd., S. 46 ff.

42 Vgl. ebd., S. 61 f.

43 Vgl. ebd., S. 49 f.

44 Vgl. Stulpe (wie Anm. 15).

45 Was, ebenso wie in anderen gemeinhin als populistisch bezeichneten Bewegungen und Parteien, nicht ausschließt, dass darunter auch Antimodernisten oder Extremisten sind, die in der hier vorgeschlagenen Terminologie dem okzidentalistischen Autoritarismus zuzurechnen sind. Vgl. hierzu und zum Verständnis des autoritären Populismus als Pathologie der Freiheit Stulpe (wie Anm. 15).

46 Vgl. Hanson/Kopstein (wie Anm. 26), S. 52 f.

ihrer Ziele scheitert.[47] Schließlich lässt sich, drittens, nicht nur von der Seite der Demokratie, sondern auch von der Seite der modernen Staatlichkeit aus argumentieren, dass deren Leitidee des *rule of law* sich erst in der liberaldemokratischen Rechtsstaatlichkeit vollendet, weil hier die gegenseitige Komplementarität beziehungsweise systematische „Gleichursprünglichkeit" (Habermas) gleicher individueller Freiheits- und politischer Partizipationsrechte ihre institutionelle Verkörperung und Garantie findet. Ein liberaldemokratischer Rechtsstaat ist somit die konsequentere institutionelle Umsetzung des *rule of law* als ein vordemokratischer Staat.[48]

In dieser Perspektive erweist sich unter dem Aspekt demokratischer Resilienz Staatlichkeit als eine demokratiespezifische Quelle von Resilienz. Aber es gibt mit der republikanischen Disposition noch eine andere demokratiespezifische Quelle von Resilienz, und beide stärken sich gegenseitig.

Republikanische Disposition

Moderne Staatlichkeit ist also nicht nur historisch-zufällig, sondern auch aus systematischen Gründen mit der liberalen Demokratie verbunden und trägt maßgeblich zu deren Widerstandsfähigkeit im Sinne demokratischer Resilienz bei. Aber sie ist, wie sich gegenwärtig auch anhand der von Hanson und Kopstein behandelten Fälle beobachten lässt, für sich kein uneinnehmbares Bollwerk gegen Bestrebungen, die sich gegen die liberale Demokratie und gegen die Staatlichkeit selbst richten. In den Discorsi, seinem klassischen Beitrag zum republikanischen Denken, zeigt Machiavelli im 17. Kapitel des ersten Buches am Beispiel des Verfalls der antiken römischen Republik, dass freiheitliche

Statue Machiavellis in den Uffizien, Galleria degli Uffici, Florenz, Italien
Foto: Picture Alliance/ imageBROKER | Movementway

Institutionen nicht ausreichen, um die Freiheitlichkeit eines Gemeinwesens zu garantieren, wenn die mentalen, politisch-kulturellen Voraussetzungen hierfür nicht gegeben sind.[49] Wenn in diesem Sinne „die Sitten" verfallen, wird gerade die Freiheitlichkeit der öffentlichen Institutionen zum Einfallstor für Akteure, die diese Freiheit bedrohen und denen sich nicht nur zu wenige entgegenstellen, sondern zu viele sogar folgen. Staatlichkeit hat als Resilienz-Quelle von Demokratien keinen Bestand ohne jene mentalen Dispositionen, die politische „Gesinnung",[50] die sie stützen; sie kann sich nicht allein gegen Angriffe, wie sie von Hanson und Kopstein beschrieben werden, verteidigen. Das betrifft sowohl die Gesinnung der in der öffentlichen Administration Beschäftigten und ihr Berufsethos als auch diejenige gewählter politischer

47 Vgl. auch Hanson/Kopstein (wie Anm. 26), S. 13 f. – Man könnte auch im Anschluss an Hegel sagen, dass es zur Idee der Vernunft und der Freiheit, als ihrer praktischen Seite, gehört, dass sie nicht ohnmächtig, sondern wirklich ist. Vgl. Georg Wilhelm Friedrich Hegel: Enzyklopädie der philosophischen Wissenschaften I, Werke 8, Frankfurt am Main 1986, S. 47 ff.

48 Vgl. auch Stulpe (wie Anm. 15) zu den angesprochenen demokratietheoretischen Motiven im Anschluss an Habermas, der Identität von Rechtsautor:innen und -adressat:innen und der Gleichursprünglichkeit der Rechte.

49 Vgl. Machiavelli (wie Anm. 19), S. 62 ff.

50 Georg Wilhelm Friedrich Hegel: Grundlinien der Philosophie des Rechts, Werke 7, Frankfurt am Main 1986, S. 413 f.

Amtsträger:innen und schließlich auch diejenige der Bürgerinnen und Bürger, die die Verantwortung dafür tragen, geeignetes politisches Führungspersonal für die Besetzung dieser Ämter auszusuchen, in parteiinternen Prozessen wie auch bei allgemeinen demokratischen Wahlen. Das zeigt sich beispielsweise, wenn bei Präsidentschaftswahlen ein Kandidat mit patrimonialistischen Ambitionen kandidieren kann, dann tatsächlich von einer Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger gewählt wird und sich mit Amtsantritt an die Demontage des Staates macht, unter Umgehung oder sogar Ausnutzung der institutionellen Vorkehrungen, die eben so etwas verhindern sollten.

Der Gedanke, dass die Institutionen eines freiheitlichen Gemeinwesens auf die Existenz „sozialmoralischer Ressourcen" angewiesen sind, um funktionieren und dessen Bestand sichern zu können, ist ein Grundmotiv der Politischen Theorie des Republikanismus.[51] Charles Taylor formuliert diesen Gedanken in seiner „republikanischen These":[52] Im Gegensatz zu autoritären Regimen sind freiheitliche Gemeinwesen für die Kooperation ihrer Bürgerinnen und Bürger – von der basalen Bereitschaft, Steuern zu zahlen und sich an Gesetze zu halten bis zu anspruchsvolleren Formen des Engagements im Bereich der politischen Partizipation, der bürgerschaftlichen Solidarität oder der Verteidigung – grundsätzlich auf deren Freiwilligkeit angewiesen. Denn, anders als autoritäre Regime können (und wollen) sie ihrem freiheitlichen Selbstverständnis nach nicht auf Zwang, Terror und propagandistische Manipulation oder Indoktrination setzen. Damit haben sie diesen nicht nur normativ, sondern auch funktional etwas voraus, weil sie über eben diese sozialmoralische Ressource verfügen, die eine stärkere motivationale Quelle des Engagements darstellt als Einschüchterung und Unterdrückung. Diese mental-dispositionale Grundlage freiheitlicher Gemeinwesen bezeichnet Taylor auch als freiheitlichen Patriotismus, verstanden als Identifikation der untereinander solidarischen Bürgerschaft mit ihrem Gemeinwesen, der die freiwillige Unterstützungsbereitschaft bedingt: eine klassisch oft als Bürgertugend und Gemeinsinn bezeichnete Disposition von Bürger:innen, die den Wert des staatlich organisierten Gemeinwesens im Hinblick auf die Bereitstellung öffentlicher Güter, die Gewährleistung von Freiheitsrechten und die demokratische Selbstbestimmung anerkennen und dieses freiheitliche Gemeinwesen selbst als ein Gut wertschätzen, zu dem beizutragen und das zu verteidigen sich lohnt.

Andere republikanische Demokratietheorien betonen im „neorömischen" Anschluss an Machiavelli vor allem das Bewusstsein der Bürgerinnen und Bürger, dass ihre eigene Freiheit am besten in einem freiheitlichen Gemeinwesen und durch dessen Institutionen geschützt und garantiert ist.[53] Philip Pettit fasst dies mit Blick auf diese

Der deutsche Philosoph und Prinz-von-Asturien-Preisträger 2003 Jürgen Habermas eröffnet die „Woche des Denkens" (*Semana del Pensamiento*) Madrid, 27. Oktober 2003. *Foto: Picture Alliance/epa efe Rodriguez*

51 Herfried Münkler/Felix Wassermann: Was hält eine Gesellschaft zusammen? Sozialmoralische Ressourcen der Demokratie, in: Theorie und Praxis gesellschaftlichen Zusammenhalts. Aktuelle Aspekte der Präventionsdiskussion um Gewalt und Extremismus, hg. v. Bundesministerium des Innern, Berlin 2008, S. 3–22. Vgl. zum Folgenden auch Stulpe (wie Anm. 14).

52 Taylor (wie Anm. 13), S. 116 ff.

53 So etwa Quentin Skinner: Die Idee der negativen Freiheit. Machiavelli und die moderne Diskussion, in ders.: Visionen des Politischen, Frankfurt am Main 2009, S. 135–170.

neorömische Tradition des Republikanismus zusammen: „Freiheit als Nichtbeherrschung ist das definitive Ziel. Die gemischte Verfassung ist ein notwendiges Mittel, um dieses Ziel zu erreichen. Und eine konfliktfähige Bürgerschaft ist ein notwendiges Mittel, damit die gemischte Verfassung auch in Kraft bleibt."[54] Neben der in Taylors republikanischer These angesprochenen Wertschätzung des Gemeinwesens und der neorömischen Freiheitsliebe lässt sich auch das von Habermas profilierte Konzept des Verfassungspatriotismus, als notwendige Identifikation von Staatsbürger:innen mit der liberalen politischen Kultur und den universalistischen Verfassungsprinzipien ihres Gemeinwesens,[55] als Variante der republikanischen Disposition verstehen.

In demokratietheoretischer Perspektive lassen sich jedenfalls gute Gründe dafür angeben, dass die republikanische Disposition, in der einen oder anderen inhaltlichen Akzentuierung, konstitutiv für die liberale Demokratie und deren Lebensfähigkeit ist: als Bereitschaft zum Engagement für das Gemeinwesen, das auf der Identifikation der Bürgerinnen und Bürger mit ihrem Gemeinwesen beruht im Bewusstsein, dass dieses ihre Freiheit schützt und ihre grundlegenden Werte verkörpert. Ein empirisches Beispiel für diese Haltung findet sich in der Aussage eines Notfallsanitäters, der sich in einem dreiwöchigen Programm der Bundeswehr als „ungedienter" Reservist für den Heimatschutz ausbilden lässt, über das die Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung im Juli 2025 berichtete: „Winter hat sich auch für die Ungedienten entschieden, um die Rechte queerer Menschen im Ernstfall zu verteidigen. Der Beamte der Berufsfeuerwehr hat zwei kleine Kinder, in einem undemokratischen Staat würden die Behörden sie Winter wegnehmen – nur weil es nicht der Norm entspräche, dass queere Menschen Kinder großziehen, auch wenn es ihnen gut gehe. ‚In einem Land wie Russland oder China habe ich nichts Gutes zu erwarten', sagt Winter."[56]

Die republikanische Disposition ist also, wie die moderne Staatlichkeit, aufs Engste mit der liberalen Demokratie verbunden und daher auch eine demokratiespezifische Quelle von Resilienz.

Liberaldemokratische Sittlichkeit

Man kann die beiden beschriebenen, demokratiespezifischen Resilienz-Quellen, die moderne Staatlichkeit und die republikanische Disposition, auch in theoretischem Anschluss an einen Gedanken Hegels als zwei Aspekte der „Sittlichkeit"[57] eines freiheitlichen Gemeinwesens verstehen, um deren Wechselbeziehung zu erfassen. Hegel bezeichnet in diesem Sinne den „politischen Staat" als die objektiv-organische und die „politische Gesinnung", die als Vertrauen auf den Staat bezogen ist, als die subjektiv-substanzielle Seite dieser Sittlichkeit.[58] Die institutionell-organisatorische Objektivität und die mental-dispositionale Subjektivität sind komplementär aufeinander bezogen, als zwei Aspekte jener berühmten „Wirklichkeit der sittlichen Idee",[59] als die Hegel allerdings noch die konstitutionelle Monarchie in seiner normativen Rekonstruktion vor Augen hatte. Radikale Schüler Hegels wie der Vormärz-Intellektuelle und Paulskirchen-Abgeordnete Arnold Ruge zogen aus Hegels Philosophie die Konsequenz, dass diese politisch als Demokratie zu verwirklichen sei,[60] und in dieser junghegelianischen Tradition hat Axel Honneth in „Das Recht der Freiheit" das Hegel'sche Konzept in seiner Theorie einer „demokratischen Sittlichkeit" aufgenommen.[61] Für den vorliegenden, demokratie- und resilienztheoretischen Zusammenhang ist an dieser Idee der Sittlichkeit im Sinne Hegels und Honneths zweierlei entscheidend.

Erstens enthält das sittliche Gemeinwesen selbst bereits die Handlungs- und Erlebensräume, die diejenigen normativen Orientierungen seiner Bürgerinnen und Bürger hervorbringen, aufgrund derer Letztere sich mit der politisch-institutionellen

54 Philip Pettit: Gerechte Freiheit. Ein moralischer Kompass für eine komplexe Welt, Berlin 2017, S. 39.

55 Vgl. Jürgen Habermas: Staatsbürgerschaft und nationale Identität, in: ders.: Faktizität und Geltung. Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaats, Frankfurt am Main 1992, S. 632–660, hier S. 642.

56 FAS vom 13. Juli 2025, S. 3.

57 Hegel (wie Anm. 50), S. 292 ff.

58 Ebd., S. 412 f.

59 Ebd., S. 398.

60 Vgl. Stephan Walter: Demokratisches Denken zwischen Hegel und Marx. Die politische Philosophie Arnold Ruges, Düsseldorf 1995.

61 Axel Honneth: Das Recht der Freiheit. Grundriß einer demokratischen Sittlichkeit, Berlin 2011.

Ordnung ihres Gemeinwesens, als Verkörperung dieser normativen Orientierung, identifizieren können. Diese Interaktions- und Sozialisationsräume sind in der politischen wie in der vorstaatlichen Sphäre eines freiheitlichen Gemeinwesens zu verorten, insbesondere in der Primärsozialisation in Familien und anderen persönlichen Beziehungen, in Zivilgesellschaft, Öffentlichkeit und wirtschaftlicher Produktion, im Erziehungs- und Bildungssystem und anderen Bereichen administrativen Handelns, in der Justiz und in der politischen Partizipation und Selbstbestimmung der Bürgerinnen und Bürgern in den Institutionen des liberaldemokratischen Rechtsstaats. Anders als etwa das berühmte Böckenförde-Diktum, das davon ausgeht, der liberaldemokratische Rechtsstaat könne seine eigenen mental-dispositionalen Bestandsvoraussetzungen nicht garantieren und sei hierfür auf andere kulturelle Quellen angewiesen, deren Fortbestand in der Moderne ungewiss sei,[62] ist die Idee der Sittlichkeit also mit dem republikanischen Grundmotiv verbunden, dass die Ordnung der Freiheit aus sich selbst heraus lebensfähig ist. Dem entspricht der im vorliegenden Zusammenhang entwickelte Gedanke, dass die beiden behandelten Resilienz-Quellen der liberalen Demokratie, moderne Staatlichkeit und republikanische Disposition, zugleich konstitutiv für die liberale Demokratie selbst sind.

Der zweite entscheidende Punkt, der mit der Idee der Sittlichkeit verbunden ist, knüpft hier an. Er betrifft die Verschränkung normativer und funktionaler Aspekte in dieser Betrachtungsweise. Denn einerseits findet die normative Sozialisation in Bereichen statt, die zugleich funktional notwendig sind für die Reproduktion der Gesellschaft. Andererseits werden die so gebildeten normativen Orientierungen selbst funktional wirksam in der Identifikation mit dem Gemeinwesen, das diese normativen Orientierungen institutionell verkörpert. Wo Letzteres nicht hinreichend der Fall ist, weil das Gemeinwesen beziehungsweise dessen staatliches Handeln in der Wahrnehmung der Bürgerinnen und Bürger seinem – und deren – Selbstverständnis nicht entspricht, wirkt sich das im Sinne der normativen Identifikation dysfunktional aus. Umgekehrt stärkt staatliches Handeln, das sowohl den normativen Erwartungen als auch den Erwartungen an funktionale Effizienz seitens der Bürgerinnen und Bürger entspricht, die republikanisch-dispositionale Identifikation mit dem staatlichen Gemeinwesen. Das ist auch unter dem Aspekt demokratischer Resilienz funktional, und zwar in beide Richtungen: hinsichtlich der republikanischen Disposition wie auch der Staatlichkeit als Quelle von Resilienz. Aus dieser Verschränkung normativer und funktionaler Motive wird auch ersichtlich, dass Verfehlungen des normativen Selbstverständnisses seitens des Staates, die auch als solche von den Bürgerinnen und Bürgern wahrgenommen werden, nicht nur in normativer, sondern auch in funktionaler Perspektive

Büste des Philosophen Georg Wilhelm Friedrich Hegel (1770-1831), Jena
Foto: Picture Alliance/Fotograf: Jan-Peter Kasper

62 Vgl. Böckenförde (wie Anm. 10), S. 112 f.

problematisch sind: etwa Einschnitte im Bereich des Asylrechts, die die rechtsstaatliche Bindung an universelle Menschenrechte und die damit einhergehenden Verpflichtungen infrage stellen.

Ein grundlegender normativer Zusammenhang, der durch wechselseitige Erwartungsdispositionen funktional wirksam werden kann, ergibt sich aus dem geschilderten sozialisationstheoretischen Aspekt der Sittlichkeit selbst. Hegel weist darauf hin, dass, gerade weil die Bürger auch über den Bereich der familiären Sozialisation hinaus in ihrer jeweiligen individuellen Identität durch ihr Gemeinwesen geprägt werden, diesem Gemeinwesen eine besondere Fürsorgepflicht diesen gegenüber zukommt[63] – eine grundlegende Solidarität unter und gegenüber den Angehörigen des Gemeinwesens, dessen institutionelle Verwirklichung sich im modernen Sozialstaat erkennen lässt. Und aus dem gleichen Grund verweist Taylor auf die komplementäre normative Verpflichtung der Bürgerinnen und Bürger, ihr Gemeinwesen „zu erhalten",[64] eine normative Verpflichtung, die wiederum, als republikanische Disposition im Bewusstsein der Bürger:innen, funktional wirksam wird. Dies zeigt, wie sehr der Bestand der liberalen Demokratie als staatlich organisiertes Gemeinwesen funktional sowohl von seiner normativen Identität wie von den normativen Orientierungen seiner Bürgerinnen und Bürger abhängt.

Liberaldemokratische Sittlichkeit und realexistierende liberale Demokratien

Welches Maß an sittlicher Homogenität ist notwendig, um die Lebensfähigkeit eines liberaldemokratischen Gemeinwesens zu gewährleisten, und wieviel davon lässt sich in einer individualisierten, ethisch diversifizierten und auch mit Blick auf die kulturelle Herkunft ihrer Angehörigen pluralistischen Gesellschaft erwarten und im Einklang mit der freiheitlichen Leitidee dieser Sittlichkeit normativ vertreten?

Jürgen Habermas hat 1990 in einem demokratietheoretischen Essay über die mit Migration, europäischer Integration und deutscher Wiedervereinigung verbundenen Herausforderungen eine begriffliche Unterscheidung verwendet, diejenige der „politischen Kultur" von partikularen „kulturellen Lebensform[-en]", mit der sich die Frage nach der erforderlichen Homogenität liberaldemokratischer Sittlichkeit beantworten lässt.[65] Die politische Kultur liberaler Demokratien bildet demnach die politische Lebensform des modernen Staates und den Kontext, in dem dessen „universalistische[] Verfassungsgrundsätze implementiert sein müssen".[66] Demnach hängt die „Identität des politischen Gemeinwesens […] primär an den in der politischen Kultur verankerten Rechtsprinzipien und nicht an einer besonderen ethnisch-kulturellen Lebensform im ganzen [Hervorh. i. Original]".[67] Die Grenze zwischen der politischen Kultur mit ihrer Rückbindung an die universalistischen Verfassungsgrundsätze einerseits und den partikularen kulturellen Lebensformen andererseits bestimmt die notwendige „politische Akkulturation", die laut Habermas „von Einwanderern […] erwartet werden" muss – aber man muss hinzufügen: nicht nur von diesen –, und damit das Ausmaß an sittlicher Homogenität, das für ein liberaldemokratisches Gemeinwesen erforderlich ist und gefordert werden kann. „Im Rahmen der Verfassung eines demokratischen Rechtsstaates können vielfältige Lebensformen gleichberechtigt koexistieren. Diese müssen sich allerdings in einer gemeinsamen politischen Kultur überlappen".[68] Die politische Kultur des liberaldemokratischen Gemeinwesens hat im Konfliktfall den Vorrang vor den partikularen, nicht notwendig ethnisch-, sondern auch subkulturellen Lebensformen: zum einen wegen ihres universalistischen Gehalts, zum anderen, weil sie, darin zugleich selbst partikular, die konkrete Lebensform dieses bestimmten staatlichen Gemeinwesens ist, das jene universalistischen Grundsätze in seiner historischen Besonderheit verkörpert.

Daraus folgt, dass kulturelle Lebensformen, ebenso wie individuelle ethische Konzeptionen, grundsätzlich kompatibel sein müssen mit dem universalistischen, egalitär-individualistischen Gehalt liberaldemokratischer Verfassungen, und damit

63 Vgl. Hegel (wie Anm. 50), S. 386.

64 Charles Taylor: Atomismus, in: Bürgergesellschaft, Recht und Demokratie, hg. v. Bert van den Brink und Willem van Reijen, Frankfurt am Main 1995, S. 73–106, hier S. 87.

65 Habermas (wie Anm. 55), S. 659.

66 Ebd., S. 657.

67 Ebd., S. 658 f.

68 Ebd., S. 659.

auf eine basale Art „demokratietauglich".[69] Mit Blick auf die republikanische Disposition ist diese grundlegende Demokratietauglichkeit die Voraussetzung dafür, dass eine Identifikation mit dem liberaldemokratischen Gemeinwesen als Verkörperung und Garant der eigenen Freiheit überhaupt erst stattfinden kann. Denn es müssen ja die eigenen normativen Orientierungen der Bürgerinnen und Bürger sein, die sie in den Institutionen des liberaldemokratischen Staats wiedererkennen. Dazu gehört auch, dass nur solche partikularen kulturellen Lebensformen mit der liberalen Demokratie und ihrer politischen Kultur kompatibel sind – und als solche Bestandteil einer liberaldemokratischen Sittlichkeit sein können –, die nicht die Loyalität zum liberaldemokratischen Gemeinwesen prinzipiell unter den Vorbehalt anderer – religiöser oder politischer – Autoritäten stellen oder diese Loyalität der Verpflichtung gegenüber anderen – ethnischen oder subkulturellen – Kollektividentitäten unterordnen. Derartige nicht-demokratietaugliche Dispositionen sind nicht zu verwechseln mit jener republikanischen Streitbarkeit, mit der die Bürgerinnen und Bürger eines liberaldemokratischen Gemeinwesens über ihre Freiheit wachen und dieses dementsprechend an seinen eigenen normativen Prinzipien messen.
Wo also Demokratietauglichkeit fehlt, kann sich die republikanische Disposition nicht ausbilden. Wo sie vorhanden ist, kann es sein, dass die Identifikation mit dem Gemeinwesen aus anderen Gründen nicht so ausgeprägt ist, wie es die Idee der liberaldemokratischen Sittlichkeit vorsieht. Real existierende Demokratien sind durch beides herausgefordert, und die Frage ist, welche Möglichkeiten der liberaldemokratische Staat hat, diesen Herausforderungen zu begegnen.

Demokratische Resilienz als Herausforderung

Mit Blick auf den ersten Fall scheint es aus verschiedenen Gründen naheliegend, ähnlich wie Habermas, an die Einwanderung aus Herkunftsländern zu denken, deren Bevölkerungen nicht „an Freiheit gewöhnt" sind,[70] auch wenn diese Fokussierung auf Migration insofern zu kurz greift, als auch in einem freiheitlich verfassten Gemeinwesen die Freiheit verlernt werden kann, worauf etwa Machiavelli hingewiesen hat.[71] Insofern lassen sich Habermas' Ausführungen als exemplarisch für die grundlegende Notwendigkeit der politischen Akkulturation oder Integration in die politische Kultur liberaldemokratischer Gemeinwesen verstehen, die deren Angehörigen geburtsortunabhängig zuzumuten ist. Demokratietauglichkeit ist nicht nur von Migrant:innen zu fordern.

Im Sinne Habermas' argumentiert die sozialdemokratische Ministerpräsidentin Dänemarks, Mette Frederiksen, in ihrem Beitrag „Für eine realistische und faire Einwanderungspolitik": „Die Sozialdemokratie ist – und war immer ein Freiheitsprojekt. Sie hat immer mehr Menschen in die Lage versetzt, ihr eigenes Leben zu gestalten. Gelungen ist dies vor allem dadurch, dass Bildung, ein hohes Beschäftigungsniveau und freier Zugang zur Gesundheitsversorgung für alle geschaffen wurden. In diesem Kampf für die Freiheit stehen wir jetzt vor einem neuen Kapitel: den neuen Dänen. Die Gleichstellung der Geschlechter muss auch für sie gelten. Rechte und Pflichten gehen Hand in Hand. Religion ist der Demokratie immer untergeordnet. Dies erfordert, dass wir uns mit den Normen beschäftigen, die in gewissen Teilen Dänemarks gelten. Zuallererst ist es notwendig, dass mehr Menschen Teil der dänischen Gemeinschaft werden, in der wir alle die gleichen Grundwerte teilen und uns auf dieser Basis in den Wohnbezirken und Schulen begegnen. Vonnöten ist ein Zehnjahresplan, um sicherzustellen, dass der Anteil von nicht-westlichen Einwanderern und von deren Nachkommen künftig in keinem Wohnbezirk, in keiner Schule und in keiner anderen Bildungseinrichtung höher

69 Alexander Stulpe: Nachhaltigkeitspolitik und Demokratie, in: E+P 2 (2024), S. 4 –15, hier S. 14.

70 Habermas (wie Anm. 55), S. 657.

71 Und Hegel weist in einer bemerkenswerten Passage seiner 1821/22er Vorlesung zur Rechtsphilosophie auf unverhältnismäßigen Reichtum als eine mögliche Ursache einer der freiheitlichen Gesinnung entgegenstehenden „Pöbelhaftigkeit" hin: „Es gibt auch reichen Pöbel. […] Der Reichtum kann die Subsistenz vieler in seiner Hand sehen, sieht sich als Herr ihrer Not und damit auch vieler Rechte derselben. Man kann dies dann auch Verdorbenheit nennen, dass der Reiche sich alles für erlaubt hält." Georg Wilhelm Friedrich Hegel: Die Philosophie des Rechts. Vorlesung von 1821/22, Frankfurt am Main 2005, S. 222 f.

als 30 Prozent liegt."[72] Die Einzelheiten der daraus folgenden dänischen Migrations- und Integrationspolitik sind umstritten und unter normativen wie funktionalen Aspekten durchaus differenziert zu betrachten, etwa die im Zitat anklingende, berühmt-berüchtigte „Ghetto-Liste", die darauf zielt, parallelgesellschaftliche Strukturen einzudämmen und deren Entstehung zu verhindern.[73] Gleichwohl zeugt sie von der unter dem Aspekt liberaldemokratischer Sittlichkeit und Resilienz wichtigen Einsicht, wie folgenreich Sozialisationsbedingungen nicht nur für die individuellen Chancen auf gesellschaftliche Teilhabe und Selbstverwirklichung sind, sondern auch für den sozialen Zusammenhalt und die Lebensfähigkeit eines freiheitlichen Gemeinwesens – und wie dysfunktional in beiderlei Hinsicht bestimmte Strukturen sein können. Das belegen beispielsweise die Auskünfte der für den Berliner „Problembezirk" Neukölln zuständigen Integrationsbeauftragten Güner Balci, die seit Jahren eine Zunahme und Verfestigung von Antisemitismus, Misogynie und toxischen Männlichkeitsidealen in bestimmten, von islamistischen Imamen und kriminellen Familienclans dominierten Milieus ihres Heimatbezirks beobachtet[74] – die Trias des okzidentalistischen Autoritarismus.[75] Aber es griffe zu kurz, Probleme der Integration und politischen Akkulturation ausschließlich in migrantischen Parallelgesellschaften zu sehen. Die Probleme sind größer – und vielfältiger. Sie finden sich ebenso in abgehängten ländlichen und von Deindustrialisierung betroffenen Regionen und in den virtuellen Parallelgesellschaften digitaler Filterblasen-Netzwerke, in denen einschlägige Inhalte mit unterschiedlichen ideologischen Vorzeichen – beispielsweise als unpolitisch sich gebende „Manosphere"[76] ebenso wie als völkisch oder auch als progressiv sich verstehende Identitätspolitik – verbreitet und zur antidemokratischen (Selbst-) Radikalisierung genutzt werden,[77] und mitunter zu nur vordergründig erstaunlichen Bündniskonstellationen[78] führen.

Insofern sind die integrationspolitischen Herausforderungen real existierender Liberaldemokratien größer, als sich aus einem nur auf die Folgen von Migration gerichteten Blickwinkel erschließt. Sie erfordern einen umfassenderen demokratiepolitischen Ansatz, der neben schulischer und außerschulischer politischer Bildung beispielsweise auch die gezielte Förderung geeigneten zivilgesellschaftlichen Engagements umfasst, ebenso wie sozial- und stadtentwicklungspolitische Maßnahmen und den Einsatz der Mittel der wehrhaften Demokratie im Kampf gegen Extremist:innen und andere feindliche Akteure, die on- wie offline gesellschaftliche Spaltungstendenzen und andere Vulnerabilitäten der liberalen Demokratie für ihre Zwecke zu exploitieren suchen.[79] Grundsätzlich ist der moderne Staat der liberalen Demokratie hierzu, aufgrund seiner angesprochenen Fähigkeit zur Bereitstellung öffentlicher Güter, in der Lage. Aber er bedarf dazu des Rückhaltes der überwiegenden Mehrheit seiner Bürgerinnen und Bürger.

Wo dieser Rückhalt trotz vorhandener Demokratietauglichkeit nur schwach ausgeprägt ist, liegt die zweite oben angesprochene Herausforderung real existierender Demokratien vor, die fehlende Identifikation mit dem liberaldemokratischen

72 Mette Frederiksen: Für eine realistische und faire Einwanderungspolitik (14.05.2019); https://www.ipg-journal.de/regionen/europa/artikel/fuer-eine-realistische-und-faire-einwanderungspolitik-3458/ [Stand: 26.11.2025].

73 Vgl. hierzu beispielsweise die NDR-Reportage „Dänemarks Migrationspolitik: Härte statt Hygge"; https://www.ardmediathek.de/film/daenemarks-migrationspolitik-haerte-statt-hygge/ [Stand: 26.11.2025].

74 Vgl. Spiegel online, 02.08.2025: „Unsere Toleranz kann uns noch zum Verhängnis werden"; https://www.spiegel.de/panorama/gesellschaft/berlin-neukoelln-integrationsbeauftragte-guener-balci-ueber-wachsende-geschlechtertrennung-in-ihrem-bezirk-a-7a68963d-84c2-44ff-bf4c-7c5f24fb65d1 [Stand 26.11.2026]. Vgl. auch Spiegel online, 10.10.2023: „Breite Teile der arabischsprachigen Bevölkerung in Neukölln hegen Sympathien für die Hamas"; https://www.spiegel.de/panorama/muslimischer-antisemitismus-guener-balci-ueber-den-weitverbreiteten-israel-hass-a-582a135f-c174-48ba-a313-3ed748217e88 [Stand: 26.11.2025].

75 Vgl. Stulpe (wie Anm. 15), S. 59 f.

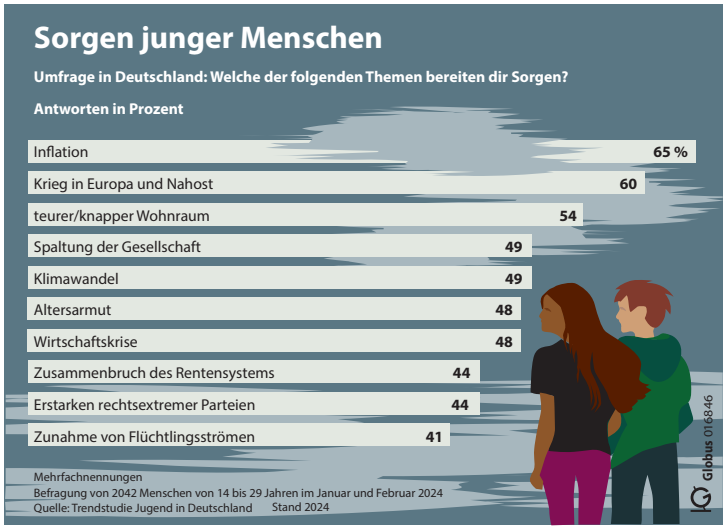
76 Das Phänomen wurde in jüngerer Zeit im Zusammenhang mit der britischen Fernsehserie Adolescence (2025) in einer breiteren Öffentlichkeit diskutiert.

77 Vgl. Stulpe (wie Anm. 5).

78 Zu den ideologischen Hintergründen solcher Schulterschlüsse von „identitärer", „progressiver" oder „dekolonialer Linke" mit Islamisten, vgl. Eva Illouz: Der 8. Oktober, Berlin 2025.

79 Vgl. Stulpe (wie Anm. 5).

Gemeinwesen. Wenn diese fehlt, liegt das nicht immer nur an den Bürgerinnen und Bürgern. Für die republikanische Disposition muss sich die Erwartung erfüllen, dass der Staat in der Bereitstellung öffentlicher Güter, etwa Sicherheit oder soziale Gerechtigkeit, sowohl in funktionaler Hinsicht effizient als auch den eigenen normativen Orientierungen, also dem republikanischen Freiheitsideal gemäß handelt. Das betrifft beispielsweise den Wert sozialstaatlich organisierter Solidarität, in der das Gemeinwesen seinen Verpflichtungen gegenüber den Einzelnen nachkommt, aber auch die gerechte Verteilung von Lasten, die aktuell im Rahmen der Debatten um die Verteidigungsfähigkeit Deutschlands angesprochen werden. Das eingangs besprochene schwedische *Total-Defence*-Konzept hat hier den Vorteil, dass es praktisch die gesamte Bevölkerung (von 16 bis 70) einbezieht. Dagegen ist die in Deutschland vornehmlich von „Boomern" und „Millenials" geführte Diskussion, die darauf zielt, mit der Wehrpflicht verbundene Freiheitseinschränkungen und Lebensrisiken ausschließlich – und zusätzlich zu den Folgen mangelhafter Klimaschutz-, Verschuldungs- und Rentenpolitik und den besonderen Belastungen der Pandemiezeit – den Angehörigen der jüngeren Generationen aufzubürden, wohl nicht geeignet, die republikanische Disposition zu stärken. Auch hier gilt Taylors grundlegende Einsicht, dass sich ein freiheitliches Gemeinwesen auf die Freiwilligkeit des Engagements seiner Bürgerinnen und Bürger verlassen können muss, um freiheitlich zu bleiben. Und die Freiwilligkeit folgt aus der republikanischen Disposition. Wird ein staatlich auferlegter Dienst nicht als sittliche Verpflichtung wahrgenommen, sondern als Zumutung oder moralisch illegitimer Zwang, so vertieft dessen Durchsetzung die Entfremdung zwischen den Bürger:innen und ihrem Gemeinwesen, und die notwendige Stärkung der republikanischen Disposition wird konterkariert. Mit den grundlegenden Gedanken der Freiwilligkeit und der Gerechtigkeit besser vereinbar wäre beispielsweise ein Wahlpflichtdienst, der den Betroffenen die Entscheidung überlässt, wann und wo sie diesen Dienst leisten (also z. B. in den Streitkräften oder im Katastrophenschutz),



Grafik: Picture Alliance

und der vor allem nicht bloß die jungen, sondern alle Bürger:innen umfasst. Ein solches Modell ist in der gegenwärtigen Situation geeignet, beides zu stärken: die republikanische Disposition und die Handlungsfähigkeit des Staates im Krisen- oder Kriegsfall. Liberaldemokratische Sittlichkeit umfasst zwei Seiten.

Ein in diesem Sinne sittliches, freiheitliches Gemeinwesen ist als liberale Demokratie lebensfähig und kann auch seine diesbezüglich eigentliche, durch Staatlichkeit und republikanische Disposition bedingte Stärke zur Geltung bringen: als Verteidigungswille im Rahmen von *Total Defence* wie auch allgemein unter dem Aspekt demokratischer Resilienz in Konfrontation mit autoritären und patrimonialistischen Infragestellungen und Anfeindungen im Innern wie von außen. Trotz und wegen ihrer systemspezifischen, aus ihren normativen wie funktionalen Vorzügen resultierenden Vulnerabilitäten[80] und angesichts dieser und weiterer gegenwärtiger, durch die digitale Transformation und Großkrisen wie den anthropogenen Klimawandel bedingter Herausforderungen kann sich die liberale Demokratie in Fortsetzung des Projekts der Moderne[81] deswegen als die bessere Alternative zu antimodernistischen Rückfällen bewähren. Es bedarf des Willens dazu.

80 Vgl. Stulpe (wie Anm. 5).

81 Vgl. Stulpe (wie Anm. 15).

SERIE

Wegbereiterinnen und Vorbilder - Spitzenpolitikerinnen im Bayerischen Landtag
Folge 3: Dr. Hildegard Hamm-Brücher (1921 – 2016)

3

HILDEGARD HAMM-BRÜCHER: DIE STREITBARE DEMOKRATIN UND FRAUENRECHTLERIN

IHR LEBENSLANGER EINSATZ FÜR FREIHEIT, DEMOKRATIE UND GLEICHBERECHTIGUNG

von Daniela Neri-Ultsch

Hildegard Hamm-Brücher im Jahr 2001 *Foto: Picture Alliance/ Sueddeutsche Zeitung Photo/ Fotograf: Heddergott, Andreas*

Hildegard Hamm-Brücher gehörte nach dem Zweiten Weltkrieg zu den wenigen Frauen, die noch in der Weimarer Republik geboren wurden und sich politisch engagierten. Sie erlebte 1933 den Untergang der Demokratie und den Beginn der nationalsozialistischen Diktatur nicht nur mit, sondern war auch unmittelbar persönlich von der Ausgrenzung und Diskriminierung der neuen Machthaber betroffen, da ihre Großmutter mütterlicherseits Jüdin war. Auf Grund dieser Erfahrung war sie zu der tiefen inneren Überzeugung gekommen, sich zeitlebens für die Demokratie und eine gleichberechtigte Gesellschaft sowie die Rechte der Frauen einzusetzen. Hamm-Brücher trat 1948 in die FDP ein und wurde Stadträtin in München; 1950 kandierte sie erfolgreich für den Bayerischen Landtag, dem sie mit einer Unterbrechung bis 1976 und damit sechs Wahlperioden angehörte. Bereits in ihrer zweiten Wahlperiode 1954 gelang es ihr, im männlich dominierten Landtag als erste Frau stellvertretende Fraktionsvorsitzende zu werden. Als redegewandte Politikerin und ausgewiesene Schul-, Bildungs- und Kulturpolitikerin konnte sie sich rasch einen Namen über die Grenzen Bayerns hinaus in der gesamten Bundesrepublik machen. So führte sie ihr politischer Weg über das Amt der Staatssekretärin im hessischen Kultusministerium schließlich in den Deutschen Bundestag nach Bonn bis hin zur Berufung als erste Staatsministerin im Auswärtigen Amt; diese Aufgabe übte sie von 1976 bis 1982 aus. Hamm-Brücher war nicht nur eine engagierte Politikerin, sondern durch ihre Überzeugungskraft, Integrität und ihren Einsatz für Demokratie und Frauenrechte für viele

Frauen auch ein Vorbild. Ihr Lebenswerk steht für den Mut, gegen Widerstände anzukämpfen, und für die Überzeugung, dass Gleichberechtigung in einer demokratischen Gesellschaft verwirklicht werden muss. Damit hat sie maßgeblich dazu beigetragen, die Rolle der Frauen in der deutschen Politik zu stärken und den Weg für nachfolgende Generationen zu ebnen. Sie selbst bezeichnete sich als eine streitbare Demokratin, setzte sich vehement für einen unabhängigen Standpunkt ein und fühlte sich nur ihrem Gewissen verpflichtet: „Wenn ich (…) an die Erfahrungen meines fast 50-jährigen politischen Lebens denke, dann erlebte ich die eigentlichen Obstakel, an denen ich in Konflikt geriet, oder daran gescheitert bin, immer dann, wenn es für mich um essenzielle Fragen des Wissens und Gewissens ging, um Entscheidungen, bei denen ich mich der Männermehrheit nicht anpassen konnte oder wollte.“[1]

Herkunft, Kindheit und frühere Prägungslinien

Hildegard Hamm-Brücher kam als Hildegard Brücher am 11. Mai 1921 in Essen als drittes von fünf Kindern des Juristen Dr. Paul Brücher und seiner Frau Lilly, geborene Pick, zur Welt. Aufgewachsen ist sie in Dahlem, einem großbürgerlichen Stadtteil in Berlin. Ihr Vater stammte aus Westphalen und leitete die Berliner Tochtergesellschaft der Essener Chemiefirma Theodor Goldschmidt AG, ihre Mutter Lilly kam aus der Brauereifamilie Pick, die ursprünglich jüdischen Glaubens war und zum Protestantismus konvertierte. Ihre fünf Kinder erzog sie im protestantischen Glauben, unterstützt wurde sie dabei vom Dahlemer Pfarrer Martin Niemöller[2], einem engen Freund der Familie Brücher, der ein führendes Mitglied der „bekennenden Kirche“ die sich gegen den Nationalsozialismus stellte, war. Hildegard Brüchers war in den ersten Jahren sehr behütet und geprägt von einer an Prinzipien orientierten Erziehung. Sie war eine leidenschaftliche Leserin und widmete sich während ihrer Schulzeit sehr erfolgreich dem Schwimmsport. „Obwohl Kinder aus wohlhabendem, bildungsbürgerlichem Milieu, wuchsen wir „in Freiheit dressiert“ auf. (…) Zur Dressur zählte, dass wir von frühauf kleine tägliche Pflichten erfüllen mussten, dass Lügen streng bestraft und Unpünktlichkeit geahndet wurde“, wie Hamm-Brücher in ihrer Autobiographie „Freiheit ist mehr als ein Wort“ schildert.[3] Diese unbeschwerte Kindheit endete

Kundgebung gegen atomare Aufrüstung
Foto: Picture Alliance/SZ Photo/Fotograf: Alfred Strobel

1 Hildegard Hamm-Brücher: Politik als Frauenberuf – ein Erfahrungsbericht, in: Frauen an der Macht. 21 einflussreiche Frauen berichten aus der Wirklichkeit, hg. v. Maybrit Illner, München 2005, S. 63.

2 Martin Niemöller (1892 – 1984) war ein protestantischer Theologe und Mitglied der bekennenden Kirche, eine Oppositionsbewegung, die sich gegen die Gleichschaltung der evangelischen Kirche im Nationalsozialismus wehrte. Aufgrund seiner Überzeugung und seines Engagements wurde er von den Nationalsozialisten im KZ Sachsenhausen inhaftiert. Zuletzt: Michael Heymel: Martin Niemöller. Weg und Wirkung in verschiedenen Handlungsfeldern, Stuttgart 2025.

3 Vgl. dazu: Hildegard Hamm-Brücher: Freiheit ist mehr als ein Wort. Eine Lebensbilanz, Köln 1996, S. 30.

abrupt, als ihre Eltern kurz hintereinander plötzlich verstarben: im Dezember 1931 verloren die Kinder Brücher ihren Vater und im Dezember 1932 die Mutter.[4] Im Alter von zehn Jahren musste sie deshalb schon früh Verantwortung für sich und ihre Geschwister übernehmen. Auch wenn ihre Eltern sehr jung verstarben, hatten sie für sie lebenslang eine wichtige Rolle, vor allem ihre Mutter: „Das ist für mich immer sehr wichtig gewesen, diese Vorbildfunktion einer Mutter, die damals schon fand, dass auch eine Tochter eine gute Schulausbildung braucht und etwas lernen und ihren eigenen Weg finden muss: Auch eine Tochter soll selbstverantwortlich entscheiden und nicht warten, bis ihr die Dinge aufgezwungen werden."[5] Hildegard und ihre zwei jüngeren Geschwister kamen in die Obhut ihrer Großmutter Else Pick, was einen Umzug von Berlin nach Dresden mit sich brachte. Dort fanden die drei jüngeren Brücher-Kinder (Hildegard, Mechthild und Ernst) bei ihrer Großmutter mütterlicherseits ein neues Zuhause. Großmutter Else Pick ließ die Einrichtung der Kinderzimmer nach Dresden bringen und versuchte ihren Enkelkindern mit großer Aufmerksamkeit über den Verlust ihrer Eltern hinwegzuhelfen. Der Beginn der NS-Diktatur im Jahr 1933 war für die Waisen Brücher eine weitere einschneidende Zäsur. Da sie durch die jüdische Herkunft mütterlicherseits als „Halbjuden" galten, erfuhren sie durch das NS-Regime Ausgrenzung, Diskriminierung und Bedrohung. Hildegard Hamm-Brücher schilderte diese weitere prägende Zäsur in einem Interview: „(…) auf einmal durften wir nicht mehr ins Schullandheim, durften nicht mehr bei Festen dabei sein, vor allem bei Sportereignissen. Ich war ja eine sehr gute Schwimmerin. Man hatte mich noch in eine Jugendmannschaft für Olympia in Tokio 1940 aufgenommen. Und plötzlich war alles zu Ende. (…) Wir spürten nur, wir waren jetzt ausgegrenzt. Aber ich war noch in der Schule. Die jüngeren Geschwister sind später alle von der Schule verwiesen worden. Im Jahr 1937 sagte dann mein Vormund, die Kinder müssen aus Dresden weg."[6] Somit kam Hildegard Brücher 1937 in das Internat Schloss Salem, das sie aber bereits nach einem Jahr aus „Säuberungsgründen" wieder verlassen musste. Sie zog zu einer Schulfreundin nach Konstanz und legte mit 17 Jahren ihr Abitur mit einem Notendurchschnitt von 1,4 ab.

Studium und Neubeginn in München: Jüngste Stadträtin in der amerikanischen Besatzungszone

Nach dem Abitur wechselte sie nach München, um dort bei dem Nobelpreisträger Heinrich Wieland[7] ein Chemiestudium aufzunehmen, das sie 1945 mit der Promotion abschloss. Ihre Kommilitonen waren fast ausschließlich Männer. Während ihres Studiums musste sie einen weiteren Schicksalsschlag verkraften, ihre Großmutter Else Pick nahm sich das Leben, weil sie nach Theresienstadt deportiert werden sollte.[8] Im Studium kam sie in Kontakt mit den Mitgliedern der Weißen Rose um Hans und Sophie Scholl. Deren konsequenter Widerstand gegen das nationalsozialistische Regime bis hin zum Tod bezeichnete Hamm-Brücher später als wichtiges Schlüsselerlebnis, das sie entscheidend geprägt und in die Politik geführt hat: „Die Erschütterung

4 Ihr Vater verstarb an einem vereiterten Blinddarm und ihre Mutter an einem Gehirntumor: „Die beiden Tage, an denen der Vater am 17. Dezember 1931 und die Mutter am 17. November 1932 starben, sind unauslöschlich in meinem Gedächtnis eingegraben.", zit. nach: Hamm-Brücher: Freiheit ist mehr als ein Wort, S. 36.

5 Zit. nach: Hildegard Hamm-Brücher im Gespräch mit Werner Reuß am 20. September 2011 in der Reihe BR Alpha Forum; https://www.br.de/fernsehen/ard-alpha/sendungen/alpha-forum/hildegard-hamm-bruecher-gespraech100.html [Stand: 17.06.2025].

6 Hildegard Hamm-Brücher im Interview, in: Die Zeit vom 20. Januar 2014: „Als ich ankam, war es zu spät."

7 Heinrich Wieland (1877-1957) erhielt 1927 den Nobelpreis für Chemie für seine Forschung um die Zusammensetzung der Gallensäure und verwandter Substanzen. Da seine Forschungen systemrelevant waren, gelang es ihm, von den Nationalsozialisten verfolgte Studenten und auch Studentinnen wie u.a. Hildegard Brücher durch die Betreuung ihrer Doktorarbeiten während der NS-Diktatur vor Verfolgung zu schützen. Vgl. dazu ausführlich: Elisabeth Vaupel: Nützliche Netzwerke und „kriegswichtige" Forschungsprojekte: Die Handlungsspielräume des Chemie-Nobelpreisträgers Heinrich Wieland (1877-1957) im Dritten Reich, in: Elisabeth Kraus (Hg.): Die Universität München im Dritten Reich, München 2008, S. 331-380.

8 Vgl. dazu: Hamm-Brücher: (wie Anm. 3), S. 72: „Nach ihrem Tod fühlte ich mich nun endgültig und für immer verwaist."

Hildegard Hamm-Brücher (stehend), die ihre politische Karriere in der Kommunalpolitik begann, am 1. Januar 1959 als Beraterin für den Film 'Die ideale Frau', bei dem die Schauspielerin Ruth Leuwerik (sitzend) eine Kleinstadtbürgermeisterin spielt. Rechts im Bild der ungarische Regisseur Josef von Baky. *Foto: Picture Alliance/SZ Photo/Fotograf: Hannes Betzler*

über ihren Opfertod hat mein Leben und Denken fortan bis heute bestimmt und mich nach 1945 unausweichlich in die Politik geführt. Zeitlebens wollte ich mich für die Freiheit und Würde des Menschen einsetzen." [9]

Nach Kriegsende begann Hildegard Brücher als Redakteurin bei der „Neuen Zeitung", die die Amerikanische Besatzungsmacht herausgab, zu arbeiten. Schon damals beschäftigte sie sich intensiv in ihren Artikeln mit Themen der Schul- und Hochschulreformen, der Jugend- und Erwachsenenbildung sowie Frauen- und Demokratiefragen. Im Oktober 1946 lernte sie bei einem Interview den damaligen Kultusminister im neu geschaffenen Land Württemberg-Baden und späteren ersten Bundespräsidenten Theodor Heuss (FDP) kennen, der sie ermutigte, sich politisch aktiv zu engagieren: „Mädle, Sie müsset in die Politik".[10] Als ihr dann Thomas Dehler (FDP) 1947 anbot, für die Stadtratswahlen in München 1948 zu kandidieren, trat sie 1948 in die FDP ein und nahm das Angebot an. Für sie sei nach ihren persönlichen Erfahrungen durch die NS-Zeit nur eine Partei in Frage gekommen: die Partei, die das Wort Freiheit in ihrem Namen führte, erläuterte Hamm-Brücher später in ihrer Lebensbilanz „Freiheit ist mehr als ein Wort"[11]. Ihre Kandidatur war erfolgreich und so wurde Hildegard Brücher mit 27 Jahren die jüngste Stadträtin in der amerikanischen Zone. Mitglied des Münchner Stadtrats blieb sie bis 1954. Ihre Entscheidung für die Politik hing zum einem mit der Kriegserfahrung zusammen, die sich auf keinen Fall wiederholen sollte: „Frauen mussten dafür sorgen, dass sich die von deutschen Männern verschuldeten Katastrophen keinesfalls wiederholen könnten. Dazu mussten sie sich politisch engagieren, wozu ich „wild" entschlossen war".[12] Außerdem hatte sie der Tod von Hans Scholl und seine Überzeugung für Freiheit und Menschenwürde zu kämpfen, so nachhaltig geprägt, dass sie sich auch politisch dafür einsetzen wollte. Ihre Zeit als Stadträtin bezeichnete sie selbst als wichtige Schule der Politik und gleichzeitig half sie ihr, ihre Schüchternheit abzulegen. Des Weiteren lernte sie dabei auch ihren späteren Mann, den CSU–Stadtrat Dr. Erwin Hamm, kennen, den sie 1956 heiratete und mit dem sie mit der Geburt ihres Sohnes und ihrer Tochter eine Familie gründete. Eine politische Karriere mit kleinen Kindern war damals nicht nur betreuungstechnisch, sondern auch gesellschaftlich noch sehr herausfordernd. Hinzu kam außerdem, dass das Ehepaar jeweils in unterschiedlichen Parteien politisch tätig war und von vielen sehr kritisch gesehen wurde, wie sie sich später erinnerte: „Anfangs erregte meine politische (und konfessionelle) „Mischehe" (mein Mann war und ist Mitglied der CSU und katholisch) beträchtliches Aufsehen, Getratsche und journalistische Neugier."[13] Hamm-Brücher thematisierte dies ausführlich in ihren Lebenserinnerungen und betonte, dass sie eine politische Laufbahn trotz Familiengründung nur mit der rückhaltlosen Unterstützung ihres Mannes und zweier Haushaltshilfen einschlagen konnte.

1949 kandidierte sie bei der Wahl zum ersten Bundestag, allerdings ohne Erfolg. Jedoch nutzte sie kurz darauf ein einjähriges Stipendium an der Harvard-Universität in den Vereinigten Staaten,[14] um ihre Kenntnisse über Politik und Demokratie mit einem Studium der Politikwissenschaften zu

9 Vgl. dazu: Ebd., S. 71.

10 Vgl. dazu: Ebd., S. 105.

11 Ebd., S. 539 f.

12 Ebd., S. 92 f.

13 Zit. nach: Ebd., S. 138.

14 Vgl. dazu: Hildegard Hamm-Brücher: Und dennoch ..., Nachdenken über Zeitgeschichte – Erinnern für die Zukunft, München 2011, S. 28 f.

Hildegard Hamm-Brücher mit Ministerpräsident Wilhelm Hoegner und dessen Stellvertreter Joseph Baumgartner (v.r.)
Foto: Picture Alliance/SZ Photo/Fotograf: Alfred Strobel

vertiefen. Nach ihrer Rückkehr aus den USA gelang ihr 1950 im Alter von 29 Jahren erstmals der Einzug in den Bayerischen Landtag, dem sie mit einer Unterbrechung sechs Wahlperioden angehörte. Von 204 Abgeordneten waren damals nur sieben Frauen; in der FDP-Fraktion war Hildegard Hamm-Brücher in ihrer ersten Wahlperiode die einzige weibliche Mandatsträgerin von insgesamt 13 Mitgliedern, dennoch gelang es ihr bereits in ihrer zweiten Legislaturperiode von 1954 – 1958 stellvertretende Fraktionsvorsitzende der FDP zu werden. Damit war sie parteiübergreifend die erste Frau im Bayerischen Nachkriegslandtag, der dies gelungen war.[15]

Die ersten Frauen im Bayerischen Landtag betonten über die Parteigrenzen hinweg, dass sie sich bewusst als Frau politisch engagieren, um die Lebenswelten der Frauen bei politischen Entscheidungen entsprechend zu berücksichtigen, aber auch um die Politik mit spezifisch weiblichen Qualitäten zu ergänzen, um damit künftig ein friedliches Zusammenleben mit den Nachbarstaaten zu ermöglichen.[16] Hildegard Hamm-Brücher setzte sich gemäß der damaligen Zeit als Frau in der Politik für Soziales, Bildung und Frauenpolitik ein, aber sie ergriff auch das Wort bei Fragen der Außen- und Sicherheitspolitik, womit sie die damals noch typisch weiblichen Politikfelder verließ und sich unweigerlich in die Politik der männlich geprägten Themenfelder einmischte, was damals von männlichen Abgeordneten durchaus als Provokation

15 Vgl. dazu die Tabelle „Fraktionsvorsitzende bzw. stv. Fraktionsvorsitzende im Bayerischen Landtag nach 1946“, in: Daniela Neri-Ultsch: „Frau Abgeordnete, Sie haben das Wort!“ – Frauen gestalten Politik in Bayern, München [2]2019, S. 129.

16 Vgl. dazu: Elisabeth Fleschhut: „Ich als Frau und Abgeordnete…!“. Untersuchung der politischen Karriere, der parlamentarischen Arbeit und des politischen Selbstverständnisses der weiblichen Abgeordneten im Bayerischen Landtag der Nachkriegszeit (1946-1958), München 1997, S. 62.

Hildegard Hamm-Brücher mit Sohn Florian und Tochter Verena, 1. Januar 1962
Foto: Picture Alliance/SZ Photo/Fotograf: Otfried Schmidt

gesehen wurde und oft größere Konflikte nach sich zog.[17] Hamm-Brücher engagierte sich im Vergleich zu den anderen weiblichen Abgeordneten mit den meisten Redebeiträgen im Bayerischen Landtag;[18] sie sprach zu kultur- und bildungspolitischen Fragen, und beteiligte sich intensiv an der sehr kontrovers diskutierten Frage der Lehrerbildung, an der Diskussion über den Schuljahresbeginn, über Zeugnisgebühren und insbesondere an den Debatten über den Inhalt von Schulbüchern. Außerdem gehörten zu ihren weiteren Schwerpunkten auch Jugendfragen wie beispielsweise Jugendschutzgesetze und Jugendwohnheime, aber sie beschäftigte sich auch mit Themen des Gemeinde- und Beamtenrechts sowie des Verbraucherschutzes. So erwarb sie sich bei den heftig geführten Schul- und Bildungsdebatten, die vor allem die 1950er und 1960er Jahre im Bayerischen Landtag dominierten, einen Ruf als Schul-, Bildungs- und Kulturexpertin. Ihr besonderes politisches Interesse galt in dieser Zeit der Einführung der christlichen Gemeinschaftsschule und der Lehrerbildung in Bayern, die ihrer Meinung nach konfessionsunabhängig und akademisch fundiert an den Universitäten verankert werden sollte. Warum sie sich gerade auf dem Feld der Kulturpolitik so vehement engagierte, erläuterte sie in der Plenardebatte um den Kulturetat im Juli 1955: „Wir müssen uns (…) fragen, was wir tun, was unsere Schule tut und was unsere Gesellschaft tut, um Menschen zu bilden und zu erziehen, die dieser großen weltpolitischen Auseinandersetzung zwischen Ost und West gewachsen sein werden (…). Vielleicht sind Sie der Ansicht, dass diese Fragestellung anlässlich der Verabschiedung des Kulturetats ein wenig zu weit geht. Aber, meine Damen und Herren, ich glaube, Sie sind mit mir der Ansicht, dass sich das Schicksal der freien Welt nicht nur an dieser äußeren Front des kalten Krieges entscheidet, sondern – beinahe tagtäglich – an jenen zahllosen, scheinbar so unbedeutenden inneren Fronten heranreift. Eine dieser inneren Fronten ist unserer Überzeugung nach unser Schul- und Erziehungswesen.“[19]

1955 kam es über einen Entwurf für ein neues Lehrerbildungsgesetz zu schwierigen Verhandlungen, in einer Zeit, in der die „Vierer-Koalition“[20] zerbrach. In Folge des Scheiterns der Vierer-Koalition kam es zu einem Regierungsbündnis zwischen CSU und FDP, das Hamm-Brücher vehement ablehnte. Hamm-Brücher, die sich

17 Vgl. dazu: ebd., S. 63.

18 Vgl. dazu die Tabelle der Redebeiträge der ersten Parlamentarierinnen in der Nachkriegszeit in: ebd., S. 101.

19 Hildegard Hamm-Brücher in der Plenardebatte am 12. Juli 1955 im Bayerischen Landtag, zit. nach: Ebd., S. 103.

20 Die zweite Regierung Wilhelm Hoegner bestand aus vier Koalitionspartnern und wird deshalb die Vierer Koalition genannt: SPD, Bayernpartei, Gesamtdeutscher Block/Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten (GB/BHE) sowie der FDP und bildete die Regierung in Bayern vom 14. Dezember 1954 bis zum 8. Oktober 1957. Vgl. dazu: Bernhard Taubenberger: Kabinett Hoegner II, 1954-1957, publiziert am 10.12.2012; in: Historisches Lexikon Bayerns, https://www.historisches-lexikon-bayerns.de/Lexikon/Kabinett_Hoegner_II,_1954-1957 [Stand: 18.06.2025].

selbst als „streitbare Demokratin“ verstand, legte stets Wert auf einen unabhängigen Standpunkt und fühlte sich nur ihrem Gewissen verpflichtet. Nachdem sie den Koalitionswechsel der FDP hin zur CSU öffentlich kritisiert hatte, fand sie sich bei der Landtagswahl 1962 als Sanktion für ihr Ausscheren auf dem aussichtslosen Listenplatz 17 wieder. Mit Hilfe von Freunden und Anhängern wurde ein „Bürgerkomitee zur Wiederwahl der Hildegard Hamm-Brücher“ gegründet, um damit für ihren erneuten Einzug in den Bayerischen Landtag zu kämpfen. Ihr Wahlergebnis war beeindruckend, sie wurde auf Platz 1 vorgehäufelt und zog damit erneut ins Maximilianeum ein.[21] Eine Bestätigung erfuhr die Politikerin auch, als sie 1963 in den Bundesvorstand der FDP gewählt wurde. Obwohl Hildegard Hamm-Brücher 1966[22] ihr persönliches Wahlergebnis noch einmal signifikant mit zusätzlichen 20.000 Stimmen im Vergleich zu 1962 steigern konnte, schaffte die FDP nicht mehr den Einzug in den Bayerischen Landtag, da sie an der damals noch geltenden Zehn-Prozent-Hürde des Wahlgesetzes[23] scheiterte. Dennoch hielt Hildegard Hamm-Brücher an ihren politischen Zielen fest und initiierte 1966 als erklärte Kritikerin der konfessionellen und klerikalen Schulpolitik in Bayern das erste Volksbegehren in Bayern, das für die Einführung einer christlichen Gemeinschaftsschule warb, aber knapp mit 9,4 Prozent scheiterte. Erst beim Volksentscheid 1968, bei dem die FDP und SPD zusammenarbeiteten, konnte ein positives Votum für die Einführung der christlichen Gemeinschaftsschule in Bayern erreicht werden.

Aufbruch von der Parlamentsbank an den Kabinettstisch und zurück: Von München nach Wiesbaden und Bonn - und zurück in den Bayerischen Landtag

Nachdem Hamm-Brücher trotz ihres persönlich besten Wahlergebnisses mit der FDP bei den Landtagswahlen in Bayern von 1966 nicht mehr ins Maximilianeum einziehen konnte, kam ihr jetzt zugute, dass sie in den Parlamentsferien des Bayerischen Landtags stets die Zeit für Bildungsreisen genutzt hatte, um ihre Sachkenntnisse in der Schul- und Hochschulpolitik mit Praxiserfahrungen zu vertiefen, die sie auch in Vergleichsstudien mit anderen nationalen und internationalen Bildungspolitiken zusammen publizierte. Hamm-Brücher hatte sich mit diesen Studien in der Bundesrepublik eine gewisse Reputation erarbeitet, was dazu führte, dass sie im Dezember 1966 vom damaligen hessischen Kultusminister Ernst Schütte[24] im Namen des hessischen Ministerpräsidenten Georg August Zinn,[25] das Angebot erhielt, Staatssekretärin im hessischen Kultusministerium in Wiesbaden zu werden. Obwohl sie zunächst ablehnte, weil sie die Aufgabe nicht mit ihrem Familienleben vereinbar hielt, sagte sie schließlich aufgrund der Hartnäckigkeit des hessischen Ministerpräsidenten Zinn doch zu. Hamm-Brücher wurde damit die erste weibliche Staatssekretärin im Kultusministerium in Hessen und setzte sich zusammen mit Kultusminister Schütte für eine grundlegende Schulreform ein, die vor allem dem Recht des Bürgers auf Bildung und Chancengleichheit

21 Sie erhielt bei der Landtagswahl 1962 insgesamt 44.500 Stimmen, vgl. dazu: Ursula Salentin: Hildegard Hamm-Brücher. Der Lebensweg einer eigenwilligen Demokratin, Freiburg im Breisgau 1987, S. 68.

22 Hamm-Brücher hatte bei den Landtagswahlen 1966 58.500 Stimmen erhalten, vgl. dazu: Hamm-Brücher (wie Anm. 3), S. 169.

23 Bis 1973 war im bayerischen Landeswahlrechtsgesetz festgelegt worden, dass eine Partei in einem Wahlkreis mindestens zehn Prozent der abgegebenen Stimmen erhalten muss, um in den Landtag einziehen zu können. Erst 1974 trat auch in Bayern eine landesweite Fünf-Prozent-Hürde in Kraft. Vgl. dazu: Frank Höfer: Die politische Ordnung in Bayern, München 2014, S. 41 f.

24 Ernst Schütte (1904–1972) gehörte der SPD an und war von 1959 bis 1969 Kultusminister in Hessen. Er setzte sich für die Reform der Lehrerausbildung in Hessen ein. Außerdem schaffte er die ein- bis zweiklassigen Volksschulen auf dem Land ab und ersetzte sie durch Mittelpunktschulen. Zudem führte er das Hessenkolleg als zweiten Bildungsweg ein. Vgl. dazu: „Schütte, Ernst“, in: Hessische Biografie: https://www.lagis-hessen.de/pnd/118762133 [Stand: 14.06.2025].

25 Georg August Zinn (1901–1976) war Mitglied der SPD und von 1950 bis 1969 hessischer Ministerpräsident. Er war bereits während der Weimarer Republik politisch aktiv und leistete in der NS-Zeit Widerstand gegen das Regime. Zu seinem bewegten politischen Leben vgl.: Zinn, Georg August, in: Hessische Biografie: https://www.lagis-hessen.de/pnd/119311151 [Stand: 14.06.2025].

Hildegard Hamm-Brücher wirbt für das Volksbegehren zur Christlichen Gemeinschaftsschule, 1. Juni 1967. *Foto: Picture Alliance/SZ Photo/ Fotograf: Alfred Haase*

Hildegard Hamm-Brücher am Tag der Landtagswahlen (22. November 1970) in Bayern auf der Skipiste auf dem Zugspitzplatt, wo ein Wahlkongress der bayerischen FDP stattfand *Foto: Picture Alliance/SZ Photo/ Fotograf: Hannes Betzler*

verpflichtet war. Das bedeutete Einführung der Vorschulerziehung, Grundschulreform, weiterführende Bildung für alle Schülerinnen und Schüler in differenzierten Gesamtschulsystemen. Außerdem die Installation eines Stufenlehrers, der nicht für die bisherigen Schularten, sondern für Grund-, Mittel- und Oberstufen der geplanten Gesamtschule ausgebildet werden sollte.[26] Zusammen mit dem Kultusminister arbeitete sie an einer Reihe von Schulgesetzen, die die Bildungsreformen in Hessen einleiten sollten.[27]

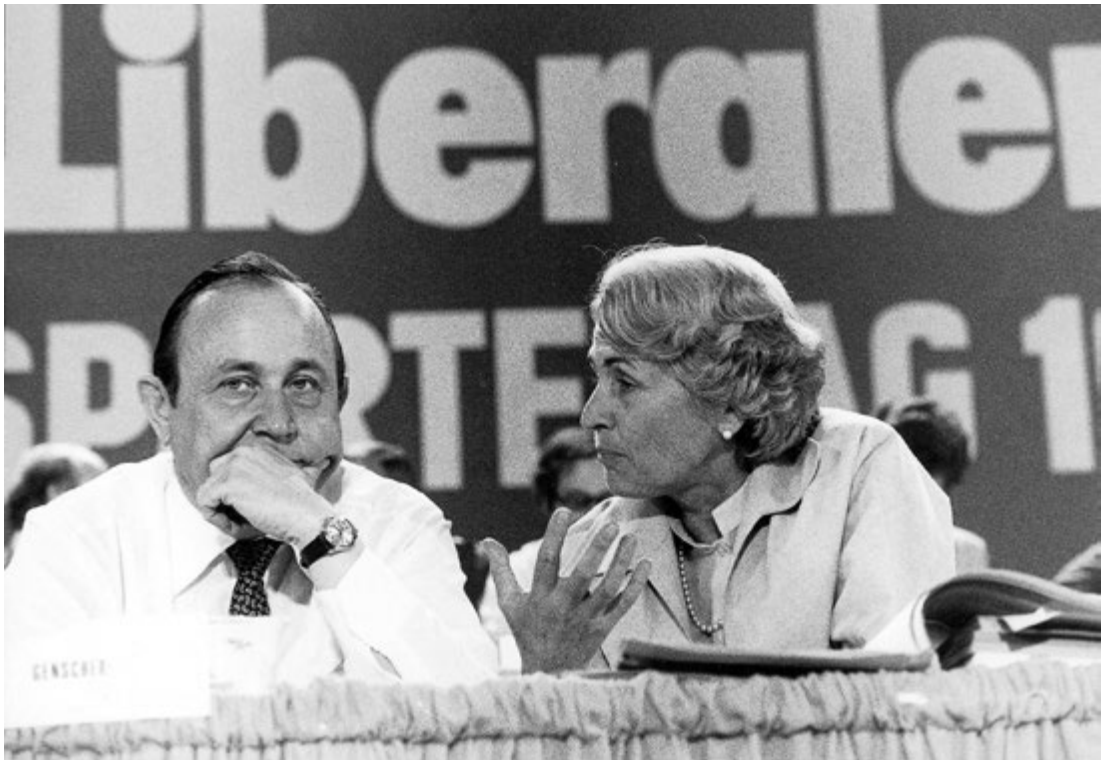
Nach zweieinhalb Jahren wartete eine neue Aufgabe auf sie, sie wechselte in die Bundespolitik nach Bonn und wurde nach der Bundestagswahl 1969 im Oktober zur Staatssekretärin im Bundesbildungs- und Wissenschaftsministerium in der sozialliberalen Koalition von Willy Brandt/Walter Scheel berufen. Ihre Erfahrungen im hessischen Kultusministerium kamen ihr für ihre Aufgabe im Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft in Bonn zugute. Mit großem Engagement machte sie sich an die Arbeit und baute eine Abteilung für Bildungsplanung auf. Bereits nach einem Jahr legte sie einen ausführlichen Bildungsbericht vor und ein Jahr später - 1971 – veröffentlichte sie den sogenannten „Hamm-Brücher-Plan", der den Aufbau eines neuen Hochschulsystem beinhaltete. Trotz des großen Arbeitstempos blieben viele Reformen auf der Strecke. Hamm-Brücher stellte enttäuscht fest: „Der große gesellschaftliche Aufbruch erlahmte noch bevor die geplanten Reformen wirklich auf den Weg gebracht worden waren."[28]

In der Zeit von 1970 bis 1972 pendelte Hamm-Brücher zwischen Bonn und München, da sie 1970 vom damaligen FDP–Vorsitzenden Walter Scheel aufgefordert worden war, als prominentes Gesicht der FDP für den Bayerischen Landtag zu kandidieren, um die Rückkehr der FDP in den Bayerischen Landtag zu ermöglichen. Trotz der anspruchsvollen Tätigkeit als Staatssekretärin in Bonn nahm sie den Auftrag an und erklärte sich bereit, sich dieser Herausforderung – die FDP war zu dieser Zeit in drei Landtagen nicht mehr vertreten – zu stellen. Mit einer breiten Unterstützung durch dreißig

26 Vgl. dazu: Salentin (wie Anm. 21). S. 88 f.

27 Ausführlich zu diesen Bildungsreformen und Hamm-Brüchers Beitrag dazu, in: ebd., S. 81-98.

28 Zit. nach: Hamm-Brücher (wie Anm. 3), S. 200.



Hildegard Hamm-Brücher und Hans-Dietrich Genscher auf einem Parteitag der FDP, 1. Januar 1982
Foto: Picture Alliance/SZ Photo/Fotograf: Lothar Kucharz

Wählervereinigungen und damals neuen und unkonventionellen Wahlkampfaktionen wie Infoständen und Frauentreffen mit Kinderbetreuung, gelang ihr schließlich dieses Mal nicht über Oberbayern, sondern über die Wahlkreisliste Mittelfranken erneut - zusammen mit acht weiteren Parteikollegen - wieder in das Maximilianeum einzuziehen. Hamm-Brücher erzielte mit 12,6 Prozent in Mittelfranken ein sehr erfolgreiches Wahlergebnis für die FDP und überwand damit die 10-Prozent-Hürde. Nachdem die Doppelbelastung zwischen Bonn und München nicht mehr zu bewältigen war, entschied sie sich 1972, das Amt der Staatssekretärin in Bonn aufzugeben und ganz nach Bayern zurückzukehren. Sie übernahm den Vorsitz der FDP-Fraktion und wurde somit die erste Frau im Bayerischen Landtag die Fraktionsvorsitzende wurde.29 Mit ihrem politischen Engagement in Bayern wirkte sie vor allem in den Bereichen Bildungs-, Hochschul-, Jugend- und Frauenpolitik langfristig für Neuerungen und Veränderungen mit. Sie engagierte sich u.a. für mehr Chancengleichheit bei der Schulausbildung sowie für den Ausbau des Bildungswesens im ländlichen Raum. Wichtig war Hildegard Hamm-Brücher neben der Bildungs- und Kulturpolitik stets auch ihr Engagement für die Gleichberechtigung der Frau. So trug ihr Einsatz auch dazu bei, dass zunehmend mehr Frauen als Orchestermitglieder bei den Münchner Philharmonikern aufgenommen wurden, da mit der Einführung eines anonymisierten Auswahlverfahrens die Qualität und Qualifikation als alleinige Auswahlkriterien unabhängig vom Geschlecht gewährleistet wurde. Desgleichen kämpfte sie auch auf der Bayerischen Landessynode für die Durchsetzung des sogenannten Theologinnengesetzes, das Frauen den Zugang zum Pfarramt ermöglichte. Schließlich warb sie als prominente Fürsprecherin unermüdlich dafür, dass die Stiftung Maximilianeum, die in der Mitte des 19. Jahrhunderts durch den bayerischen König Maximilian II. zur Förderung begabter Studenten gegründet worden war, auch begabte Studentinnen aufnahm. 1980 wurde dies durch eine entsprechende Verfügung möglich. Sie engagierte sich in dieser Phase ihrer politischen Laufbahn auch kirchlich sehr stark und wurde. Sie wurde 1975 Mitglied des Präsidiums des evangelischen Kirchentages und etwas später auch Mitglied der Synode der evangelischen Kirche Deutschlands. Auf Bundesebene wurde sie 1972 als erste Frau zur stellvertretenden Vorsitzenden

29 Vgl. Neri-Ultsch (wie Anm. 21), S. 129.

Hildegard Hamm-Brücher erhält die Goldene Bürgermedaille von Oberbürgermeister Georg Kronawitter, München, 1. Januar 1991
Foto: Picture Alliance/ Sueddeutsche Zeitung Photo/ Fotograf: Andreas Heddergott

der FDP gewählt; diese Aufgabe nahm sie bis 1976 wahr: Das Jahr der Veränderung, als sie die Weichen neu stellte: Sie wechselte nun endgültig von München nach Bonn.

Rückkehr auf die Bundesebene: Erste Staatsministerin im Auswärtigen Amt

Nachdem sie erfolgreich für den Deutschen Bundestag kandidierte, gab sie ihr Landtagsmandat Ende November 1976 ab und wurde von Außenminister Hans-Dietrich Genscher (FDP) zur Staatsministerin im Auswärtigen Amt ernannt. Damit zog erstmals eine Frau in das bisher ausschließlich von Männern geführte Ressort der Außenpolitik ein. Ihr Aufgabenbereich umfasste die auswärtige Kulturpolitik, dazu gehörten insbesondere die Pflege der Beziehungen zu den Entwicklungsländern und die Goethe-Institute, die die Bundesrepublik Deutschland im Ausland unterhielt. Mit großem Elan und Energie widmete sie sich ihrer neuen Aufgabe und konnte dabei einige Erfolge verzeichnen: Es gelang ihr, den Etat der Kulturabteilung des Auswärtigen Amtes um 50 Prozent bei den Haushaltsverhandlungen zu erhöhen. Ihre Tätigkeit führte sie zu zahlreichen Reisen nach Afrika, nach Asien, in die USA und innerhalb Europas. Zuletzt kümmerte sie sich intensiv um die deutsch-amerikanischen Beziehungen, bevor sie im September 1982 als Staatsministerin aus dem Auswärtigen Amt ausschied. Hamm-Brücher legte ihr Amt nieder, weil sie und eine ihrer Parteikollegen den Bruch der sozial-liberalen Koalition durch den Wechsel der FDP hin zur CDU/CSU, der sich seit längerem abzeichnete, für falsch hielten. Beim Misstrauensvotum am 1. Oktober 1982 kam es zu heftigen Debatten über den Bruch der sozial-liberalen Koalition und den Kanzlerwechsel von Helmut Schmidt zu Helmut Kohl. Hamm-Brücher stimmte für eine Fortsetzung der sozial-liberalen Koalition und damit gegen den Misstrauensantrag, darüber hinaus ergriff sie das Wort und äußerte sich öffentlich gegen das Misstrauensvotum und sprach sich für Neuwahlen aus[30]. Nach ihrem scharfen Urteil gegen das Misstrauensvotum geriet sie parteiintern ins Abseits und wurde politisch kaltgestellt. Dennoch kandidierte sie auch bei den Bundestagswahlen 1983 und 1987 und konnte ihr Mandat jeweils verteidigen. In ihren beiden letzten Wahlperioden im Bundestag beschäftigte sie sich mit der Parlamentsreform und übernahm das Amt der außenpolitischen Sprecherin der FDP-Bundesfraktion.

30 „Ich finde, dass beide dies nicht verdient haben, Helmut Schmidt ohne Wählervotum gestürzt zu werden und Sie, Helmut Kohl, ohne Wählervotum zur Kanzlerschaft zu gelangen. Zweifellos sind die beiden sich bedingenden Vorgänge verfassungskonform, aber sie haben nach meinem Empfinden doch das Odium des verletzten demokratischen Anstandes." Zit. nach: Stenographische Berichte des Deutschen Bundestags: Deutscher Bundestag (9. Wahlperiode, 118. Sitzung. Bonn, Freitag, den 1. Oktober 1982, S. 7196: https://dserver.bundestag.de/btp/09/09118.pdf#P.7200 [Stand: 17. 06.2025].

Frauen, die die Bundesrepublik geprägt haben. Bei der Festveranstaltung „90 Jahre Frauenwahlrecht“ begegnen sich Ursula von der Leyen (damals Bundesfamilienministerin), Kanzlerin Angela Merkel, die Journalistin Alice Schwarzer und Hildegard Hamm-Brücher, Berlin, 26. Januar 2009.
Foto: Picture Alliance/SZ Photo/Fotograf: Karl- Bernd Karwasz

Am 1. Januar 1990 zog sie sich aus dem Bundestag zurück und kehrte nach München zurück, um sich dem Schreiben ihrer Autobiografie zu widmen. 1994 wurde sie von der FDP angefragt, als Kandidatin der Liberalen bei der Bundespräsidentenwahl zu kandidieren. Damit war sie wieder einmal die erste Frau, die ernsthaft für das Amt des Bundespräsidenten kandidierte. Auch wenn es von vornherein wenig aussichtsreich war diese Wahl zu gewinnen, nahm sie die Chance wahr und sagte zu: „Mir war klar, dass ich keine Chance hatte, gewählt zu werden. Aber ich fand, auch eine Chance, die man nicht hat, kann man nützen. Ich habe in diesen neun Monaten eigentlich das Eis gebrochen in der Öffentlichkeit im Hinblick darauf, dass auch eine Frau, zumal mit meiner politischen Erfahrung, so ein Amt sehr wohl ausfüllen kann. Ich habe alle schweren Diskussionen mit den anderen Kandidaten durchgestanden.“[31] Letztlich musste sie ihre Kandidatur nach dem zweiten Wahlgang[32] zurückziehen, weil ihre Partei sie im Stich ließ und im dritten Wahlgang Roman Herzog zum Bundespräsidenten mitwählte. Die endgültige Trennung von der FDP erfolgte am 22. September 2002, als Hildegard Hamm-Brücher nach 54 Jahren Mitgliedschaft bei der freien demokratischen Partei ihren Austritt erklärte. Sie begründete diesen Schritt mit antiisraelischen Äußerungen des damaligen stellvertretenden Parteivorsitzenden Jürgen Möllemann[33]. Danach bezeichnete sie sich selbst als „freischaffende Liberale“. Für ihren lebenslangen politischen Einsatz und ihr Lebenswerk erhielt sie

31 Zit. nach: Hildegard Hamm-Brücher im Gespräch mit Werner Reuß am 20. September 2011 in der Reihe BR Alpha Forum; https://www.br.de/fernsehen/ard-alpha/sendungen/alpha-forum/hildegard-hamm-bruecher-gespraech100.html [Stand: 17.06.2025].

32 Hildegard Hamm-Brücher erhielt im ersten Wahlgang 132 Stimmen und im zweiten 126 Stimmen. Nach dem zweiten Wahlgang wurde ihr vom damaligen FDP-Parteivorsitzenden Klaus Kinkel nahegelegt, im 3. Wahlgang nicht mehr anzutreten, da die Mehrheit der FDP im 3. Wahlgang Roman Herzog unterstützten wollte.

33 Vgl. dazu: Hildegard Hamm-Brücher im Interview mit der SZ vom 17. Mai 2010; https://www.sueddeutsche.de/leben/grosse-frauen-hildegard-hamm-bruecher-eine-unbequeme-zeitgenossin-1.230210 [Stand: 17.06.2025].

Einer ihrer letzten öffentlichen Auftritte: Hildegard Hamm-Brücher nimmt an der Gedenkveranstaltung für die Opfer des Terroranschlages im Olympia-Einkaufszentrum teil, 31. Juli 2016.
Foto: Picture Alliance/AP Images/ Fotograf: Matthias Schrader

zahlreiche Auszeichnungen und Ehrungen: u.a. die Bayerische Verfassungsmedaille (1989), die Goldene Bürgermedaille der Landeshauptstadt München (1991) und als erste Frau die Ehrenbürgerwürde der Stadt München (1995) sowie das Große Bundesverdienstkreuz mit Stern und Schulterband (1993) und 2011 den Marion Dönhoff Preis für internationale Verständigung und Versöhnung.

Hildegard Hamm-Brücher erwarb sich in ihrer jahrzehnte langen politischen Tätigkeit viel Respekt und Ansehen, da sie aufrecht und beharrlich zu ihren Überzeugungen stand und auch bereit war unbequeme Ansichten mit Leidenschaft und Kompetenz gegen harten Widerstand zu verteidigen. Trotz einer beispiellosen politischen Karriere gab sie unumwunden zu: „Frauen wurden lange Zeit nicht ernst genommen. Am Rednerpult durften sie sich über soziale Themen, über Schule und Bildung äußern, zu außenpolitischen, ökonomischen oder Verteidigungsfragen war ihre Stellungnahme nicht erwünscht. Als ich 1976 Staatsministerin im Auswärtigen Amt wurde, ging für die Herren beinahe die Welt unter.“[34] Nach fast 60 Jahren Erfahrung als Frau in der Politik antwortete sie auf die Frage, worauf es ihres Erachtens und ihrer Erkenntnis nach in Zukunft ankommt: „Männer sollen Frauen nicht nur als gleichberechtigt tolerieren, sondern als ebenbürtige Partnerinnen wünschen und die Bedeutung des Anderssein als Voraussetzung für ein menschenwürdiges Zusammenleben von Frauen und Männern – von Männern und Frauen – anerkennen und dazu beitragen, dass dies gelingt.“[35]

34 Zit. nach: Hildegard Hamm-Brücher/Sandra Maischberger: Ich bin so frei. Hildegard Hamm-Brücher im Gespräch mit Sandra Maischberger, München 2003, S. 194.

35 Hildegard Hamm-Brücher: Politik als Frauenberuf, S. 55-65, hier S. 65.

NEUERÖFFNUNG

EINGESPERRT UND ZWANGSUMGESIEDELT – ZUM ALLTAG DER MENSCHEN IN DER SED-DIKTATUR BIS

KÖPFE, IDEEN, EXPONATE UND GELD ALS GRUNDLAGE FÜR EIN NEUES DEUTSCH-DEUTSCHES MUSEUM IN „LITTLE BERLIN“

von Ludwig Unger

Oliver Bär (l, CSU), Landrat des Landkreis Hof, Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier (3.v.l.), seine Ehefrau Elke Büdenbender (2.v.l.), Markus Söder (2.v.r.,CSU) Ministerpräsident von Bayern, und Mario Voigt (r, CDU), Ministerpräsident von Thüringen, eröffnen die Feier zur Einweihung des neuen Museumsgebäudes und des umgestalteten Außenbereichs des Deutsch-Deutschen Museums Mödlareuth, 2. Oktober 2025. *Foto: Picture Alliance/Fotograf: Martin Schutt*

Der dramatische Alltag der Menschen in Mödlareuth in den Jahren von 1945 bis 1989 steht im Mittelpunkt des neuen Deutsch-Deutschen Museums. Gut 22 Millionen Euro haben die Bundesrepublik Deutschland, der Freistaat Bayern, der Freistaat Thüringen, die Oberfranken-Stiftung und die Bayerische Landesstiftung sowie der Zweckverband als Träger investiert: Sie haben sie aufgewendet, um

eine Säule der DDR-Diktatur, das Grenzregime, und seine Folgen für die Menschen sichtbar zu machen. Dabei steht das kleine Dorf an der ehemaligen Demarkationslinie und Staatengrenze für die Geschichte der Menschen zwischen zwei Ländern (Bayern und das 1952 aufgehobene Thüringen), zwei Staaten (der Bundesrepublik Deutschland und der DDR) zwischen zwei Blöcken (der NATO und dem Warschauer Pakt).

Der Zweckverband besteht aus den Landkreisen Hof, Saale-Orla, und Vogtland sowie den Gemeinden Gefell und Töpen.

Viele Einschränkungen im Alltag

Nächtliche Ausgangssperre, Pass- und Zugangskontrollen auf dem Weg von der Arbeit nach Hause, wenig Besuchsmöglichkeiten – nicht einmal aus der DDR –, täglich einen Zaun, dann eine Mauer vor dem Gesicht und getrennt von Familie und Freunden. So erlebten die Menschen im östlichen Teil von „Little Berlin", dem kleinen Dorf Mödlareuth, auf der Grenze zwischen DDR und Bundesrepublik ihren Alltag.

Sie kamen damit zurecht, oder besser: Sie mussten damit leben, sie mussten sich darauf einstellen.

Dabei war der Bau eines übermannshohen Holzzaunes mitten durch das Dorf im Juni 1952 ein Schicksalsschlag, dem die Bewohnerinnen und Bewohner nicht entgehen konnten. Und sie waren nicht allein. Die DDR-Führung ließ an der gesamten Westgrenze der DDR Sperranlagen errichten, die immer weiter ausgebaut wurden.

Selbst im seit 1945 geteilten Deutschland gab es trotz aller Beschränkungen, Kontrollen und Verbote noch menschliche Begegnungen. Diese wurden ab 1952 auf ein Minimum reduziert und blieben weitestgehend bis 1989 die Ausnahme.

Menschen stürzen die Mauer und reißen Zäune nieder

1989 aber stürzten die Menschen in der DDR in der Friedlichen Revolution die von der DDR-Regierung errichtete Mauer und rissen die Zäune nieder – auf rund 1.400 Kilometer entlang der innerdeutschen Grenze und der knapp 100 Kilometer langen Mauer rund um West-Berlin. Und diese beiden Ereignisse, die brutale Abtrennung des einen Teils des Dorfes und der Staaten sowie der Sturz der Mauer mit dem Weg zu einem Deutschland, sind zentrale Ereignisse auch für das Deutsch-Deutsche Museum. Aber die beiden Schlüsselereignisse zeigen nur einen Ausschnitt dessen, was die Menschen vor allem östlich des Eisernen Vorhangs, aber auch westlich davon bestimmte und bewegte. Museum und Ausstellung zu einer solchen Zeitenwende und dem Leben der Menschen gestalten, das bedeutet Auswahl treffen und Schwerpunkte setzen, so schwierig dies auch fallen mag.

Freigelände neu gestaltet

Die massiven Einschränkungen für die Menschen vor Ort werden in dem neuen Deutsch-Deutschen

Mauerreste und Wachturm im Freigelände
Foto: Picture Alliance/Fotograf: Martin Schutt

Museum Mödlareuth unübersehbar, nicht zuletzt im Freigelände. Das fünf Hektar große Gelände mit 90 Meter der ehemaligen Sperrmauer, 600 Meter Streckmetallzaun und einem Beobachtungsturm, der über dem Ostteil des Dorfs dominierte, wurde völlig neu gestaltet.

Nur noch authentische Elemente – das hatten ein wissenschaftlicher Arbeitskreis mit den drei Kuratoren, Dr. Jochen Ramming, Robert Lebegern und Ludwig Unger, festgesetzt – bestimmen die wenigen hundert Meter zwischen zwei geschleiften Gebäuden in dem Dorf: der Unteren und der Oberen Mühle. Sie spielen symbolisch eine wichtige Rolle. Von beiden Anwesen aus nutzten Menschen während der SED-Diktatur die Chance zur Flucht nach Westen, die vierköpfige Familie Wurziger im Juni 1952 von der Oberen Mühle aus, und Hans Jürgen Schulz im Mai 1973 von der Unteren Mühle aus – erfolgreich. An beiden Orten können Besucherinnen und Besucher des neuen Museums Informationen über die Flucht erhalten. Und so bilden beide Orte gleichsam die Grenzpunkte des Freigeländes.

Eine Familie entgeht der Zwangsumsiedlung

Die Bewohner der Oberen Mühle, die Wurzigers, sollten unmittelbar nach dem Ministerratsbeschluss und der folgenden Polizeiverordnung vom 26. Mai 1952 zwangsumgesiedelt werden, Gehöft und Mühle verlassen und ihre Sieben Sachen auf LKW laden. Sie sollten irgendwohin ins Landesinnere gebracht werden. So wie ihnen ging es über 8.000 anderen Bewohnerinnen und Bewohnern des Grenzgebietes in der DDR, die die SED-Führung im Rahmen der Aktion „Ungeziefer“ 1952 heimatlos machten – unvorbereitet, brutal und unter Verlust der sozialen Heimat. 1961 folgten mehr als 3.000 weitere Zwangsumsiedlungen.

Von der Unteren Mühle aus nutzte Hans Jürgen Schulz seine Tätigkeit als Kraftfahrer mit der Lizenz, ins Sperrgebiet am Tannbach einzufahren, und überwindet am 27. Mai mit Hilfe von zwei Leitern die beiden Grenzzäune an der Unteren Mühle in Mödlareuth. Die Nationalen Volksarmisten auf dem hölzernen Turm auf dem Hügel oberhalb der Mühle verfehlten den „Republikflüchtling“ oder wollten ihn verfehlen – er schaffte es unverletzt in den Westen.

Und seine Kleidungsstücke, vor allem die Lederjacke und die Schuhe dienen heute in der neuen Dauerausstellung als Erinnerungsstücke an den ungebrochenen Willen vieler Menschen in der DDR zur Freiheit. Sie finden im neuen Museumsgebäude ihren Platz – die Geschichte von Hans Jürgen Schulz neben der von anderen Menschen, die die DDR verlassen wollten, z. B. den von Dieter Gäbelein und Gerhard Wagner. Letzterer scheiterte. Das von ihm für seine Familie 1981 gebaute Flugzeug mit zwei MZ-Motoren und rund neun Metern Spannbreite aber dient im Eingangsbereich des neuen Museums nicht nur als Blickfang. Der Versuch Wagners zeigt, dass auch über 30 Jahre nach Gründung der DDR der Willen vieler Bewohnerinnen und Bewohner, diesen Staat zu verlassen, nicht gebrochen war. Dieter Gäbelein hat es bereits 1972 bei einem zweiten Versuch wirklich geschafft – von Blankenstein aus, wo er als Maler in der Textilfabrik Contex zu tun hatte und die Chance zur Flucht nutzte.

Von der Stasi nachgestellt – der Fluchtversuch eines Kraftfahrers von der unteren Mühle in Mödlareuth nach Bayern 1973. Das neue Museum dokumentiert den Fluchtversuch anhand von Dokumenten. *Foto: Deutsch-Deutsches Museum Mödlareuth*

Ideen waren gefragt

Viele solcher und anderer hochinteressanter Einzelsituationen galt es bei der Entwicklung der Konzeption des neuen Museums, der künftigen Dauerausstellung und des Freigeländes zu berücksichtigen. Und die Ausstellungsmacher mussten mit der komplexen politischen Geschichte zwischen den Besatzungsmächten, zwischen den beiden Staaten und Blöcken umgehen. In dieser Gemengelage eine Konzeption zu finden, die trägt, Verständnis für die historische Situation zu schaffen, die Spannung und Unterhaltung vermittelt, aber nicht von einem schuldzuweisenden Zeigefinger und Besserwisserei beherrscht wurde, gestaltete sich als nicht einfach. Und sicher werden sich im Nachhinein Verbesserungsvorschläge finden.

Der Neubau des Deutsch-Deutschen Museums Mödlareuth, Aufnahme mit einer Drohne *Foto: Picture Alliance/Fotograf: Martin Schutt*

Auch die Ereignisse im Großen und Kleinen, lokal und gesamtdeutsch, so auszutarieren, dass Menschen unterschiedlicher Herkunft, Vorerfahrungen und verschiedenen Alters ansprechbar sind, bereitete den Kuratoren mitunter Kopfzerbrechen. Köpfe, Ideen, Exponate, Technologien und Geld als Grundlage für ein neues Deutsch-Deutsches Museum in „Little Berlin" waren gefragt und sie fanden sich.

Wenig Wissen über den Überwachungsstaat DDR

Eine Erfahrung kam bei den Ausstellungsmachern noch dazu: Viele Menschen können sich anno 2025 kaum vorstellen, dass die politische Klasse der SED die Einwohnerinnen und Einwohner ihres Staates überwachte, beherrschte und unterdrückte. George Orwells dystopischer Roman „1984" war in Abwandlung in der DDR Praxis. Als „Sammler und Jäger" waren Stasi-Mitarbeiterinnen und -Mitarbeiter für die SED unterwegs – rund 90.000 hauptamtliche und noch weit mehr inoffizielle – und stabilisierten ein menschenverachtendes System.

Diese Grunderfahrung mussten die museumspädagogischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Deutsch-Deutschen Museums in Mödlareuth ebenso wie die der Bayerischen Landeszentrale für politische Bildungsarbeit und der Agentur Frankonzept in ihrer Arbeit berücksichtigen.

Die Bayerische Landeszentrale und das Deutsch-Deutsche Museum richten in jedem Jahr in „Little Berlin" mehrere dreitägige Seminare für Schülerinnen und Schüler verschiedener Schularten ab der 9. Jahrgangsstufe aus. Einzelne dieser Angebote für besonders interessierte junge Leute werden von Jugendlichen aus Bayern sowie Thüringen oder Sachsen besucht. Sie lernen dabei ein Stück weit das Leben in einem anderen Bundesland und mit einer anderen Sozialisation kennen und erfahren, dass Jugendliche, unabhängig davon, ob sie in den neuen oder alten Ländern groß werden, die gleichen Anliegen, Probleme und Visionen haben. Viele Bilder von einer Spaltung Deutschlands sind konstruiert oder werden durch das Reden davon noch vertieft. Dieser entgegenzutreten ist eine Aufgabe auch des Museums. Der Gedanke wurde erst jüngst von der ehemaligen Volkskammerpräsidentin der DDR, Dr. Sabine Bergmann-Pohl, im Rahmen der Deutsch-Deutschen Filmtage 2025 formuliert – als ein Rezept gegen Mauern in den Köpfen, gegen die Mauern zwischen vermeintlich alten und neuen Ländern: Verbindendes erleben und stärken anstatt Trennendes ständig zu betonen und zu wiederholen.

Menschen waren in einem Käfig eingesperrt

Viele Schülerinnen und Schüler wissen nicht, dass es in Deutschland neben der „braunen Diktatur" der

Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei Deutschlands (NSDAP) auch die „rote Diktatur“ der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) in der DDR gab. Viele junge Leute erleben in dem kleinen, von 1945 bis 1989 geteilten, Ort Mödlareuth erstmals Grenzzäune und Grenzmauer mit einem die Landschaft dominierenden Beobachtungsturm. Das sind Anlagen, mit denen die Regierung in Ost-Berlin die Menschen in der DDR von ihren Verwandten, Freunden und der Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland eingeschlossen hatten. Diese Relikte des SED-Unrechtsstaats sind Kernbestandteile des Freigeländes des neuen Deutsch-Deutschen Museums. Gerade auf dessen Freigelände oder etwa der ehemaligen „Führungsstelle“ bei Heinersgrün erleben die jungen Leute: Die SED sperrte den Großteil ihrer Menschen in einem großen Käfig ein. Rund 18,5 Millionen Menschen lebten in der DDR um 1950, knapp 16,5 Millionen war es vierzig Jahre später.

Informationen dosiert anbieten

Was bedeutete diese Ausgangsbasis für die Kuratoren des neuen Museums? Es bedarf der Entwicklung eines Konzepts für das Deutsch-Deutsche-Museum mit der Einsicht in diese begrenzte Wissensbasis[1]. Man konnte davon augehen, dass viele Besucherinnen und Besucher auch das neu konzipierte Freigelände und die Dauerausstellung besuchen werden, ohne sich einer fachkundigen Führung anzuvertrauen. Die Folgen für das Konzept:

» Die Ausstellung muss so viele Informationen liefern, dass sich Interessierte darin zurechtfinden und nicht überfordert werden.
» Die Informationen müssen so aufbereitet sein, dass Erwachsene, Jugendliche und Kinder je nach Interesse, Vorkenntnissen und Blickrichtung Häppchen und Happen zu sich nehmen können – von der Teilung Deutschlands durch die Siegermächte des Zweiten Weltkriegs über das Nebeneinander von demokratischer Bundesrepublik und sozialistischer DDR, bis zum Ende der SED-Diktatur und der deutschen Wiedervereinigung. Und das noch mit Blick auf die großen Entscheidungen und auch auf die Auswirkungen für Jung und Alt vor Ort. Und wer mehr Hunger auf Infos hat, soll auch diesen stillen können.

INFO

Mit einem wissenschaftlichen Arbeitskreis auf dem Weg

Bei der inhaltlichen Akzentuierung wurden die Kuratoren von unseren Kolleginnen und Kollegen im „Wissenschaftlichen Arbeitskreis“ des Deutsch-Deutschen Museums begleitet. Unter Leitung von BLZ-Direktor Rupert Grübl und dem Hofer Landrat Dr. Oliver Bär gehörten diesem neben den Kuratoren an: Susan Burger vom Deutsch-Deutschen Museum, Prof. Dr. Günter Dippold vom Bezirk Oberfranken, Prof. Dr. Rainer Eckert, Prof. Dr. Jörg Ganzenmüller von der Stiftung Ettersberg, Jürgen Hauck vom Saale-Orla-Kreis, Dr. Thomas Lindner vom Bundeskulturstaatsministerium, Anja Mau von der Thüringischen Staatskanzlei, Sabine Schemmrich von Museum Schloss Burgk, Hermann Seiferth vom Zweckverband Deutsch-Deutsches Museum, Dr. Wolfgang Stäbler von der Landesstelle für die nichtstaatlichen Museen in Bayern, Dr. Henrik Thoß von der Technischen Universität Chemnitz, Prof. Dr. Joachim Veen und Prof. Dr. Joachim Wentker vom Institut für Zeitgeschichte.

Ein Motorrad in der Ausstellung
Foto: Ludwig Unger

1 Die Informationen zu diesem Beitrag entstammen Jochen Ramming/Robert Lebegern/Ludwig Unger: Inhaltliches Rahmenkonzept für die Erweiterung des Deutsch-Deutschen Museums Mödlareuth, Mödlareuth/Würzburg 2021, sowie der E-Akte zur Entwicklung des Deutsch-Deutschen Museums mit Rahmen- und Feinkonzept von 2020 bis 2024

Blicke in die neue Ausstellung
Foto: Picture Alliance/Fotograf: Martin Schutt

Foto: Picture Alliance/Fotograf: Heiko Rebsch

Entsprechend wird das Informationsangebot in kurzen Überblicksdarstellungen etwa auf den Auftaktinszenierungen zu Beginn der einzelnen Abteilungen, mit zeitlichen und thematischen Abschnittsdarstellungen in den Wandabwicklungen zu Unterabteilungen sowie mit Exponatsbeschreibungen mit und ohne ergänzende Informationen etwa in Schubladen serviert – gleichsam zur Selbstbedienung.

Epochen als Bewegungsraum

Die Teilung Deutschlands, das Leben westlich und östlich der Grenze, der Sturz der Mauer und der Fall der Sozialistischen Einheitspartei sowie die deutsche Wiedervereinigung kann den Besucherinnen und Besuchern beim Gang durch die 500 Quadratmeter Dauerausstellung und über das fünf Hektar großen Freigelände die nötige Orientierung geben.

Die neue Dauerausstellung sollte in zeitlichen Abschnitten – Epochen – Besucherinnen und Besuchern Halt und Überblick vermitteln. Mit Blick auf besondere historische Vorgänge und Zäsuren drängten sich vier Epochen auf:

a) 1945 bis 1952 – Auf dem Weg zur Teilung Deutschlands;
b) 1952 bis 1961 – Schließung der Grenze;
c) 1961 bis 1989 – Zementierung der Teilung;
d) 1989/1990 – Friedliche Revolution und Deutsche Einheit.

Zudem wollte man das Leben zwischen Bayern und Thüringen – auch in Mödlareuth vor 1945 – in einem Prolog zeigen. Zwar gab es mit dem Königreich Bayern und dem Fürstentum Reuß, mit den Freistaaten Bayern und Thüringen Ländergrenzen, aber diese waren nicht unüberwindbar. Obgleich die Steuern an unterschiedliche Herren gingen, bestimmte das ungestörte Miteinander Arbeit und Alltag der Menschen. Selbst die Schule wurde gemeinsam unterhalten – Bayern und Thüringen mit einer gemeinsam bezahlten Lehrkraft, einem gemeinsamen Lehrplan aus Thüringen und Vorgaben zum Religionsunterricht von Seiten der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern. Mit Karten und Vertragsdokumenten etwa aus dem Landesarchiv Greiz und dem Staatsarchiv Bamberg, mit Dokumenten und Bildmaterial aus Thüringen und Bayern sowie aus dem Bestand des Deutsch-Deutschen Museums selbst lässt sich der Alltag ein Stück nachvollziehen. Dazu kommt auch die „Chronik" einer Bewohnerin von Mödlareuth, Ida Hofmann, die aus subjektiver Sicht, aber verlässlich wichtige Vorgänge im Ort bis in die 1970er Jahre beschreibt. Die Besucherinnen und Besucher können einen Blick in das Faksimile werfen.

Das unkomplizierte Zusammenleben der Menschen in beiden Teilen des Ortes, der Menschen in der Region zwischen Hof, Schleiz und Plauen macht die dramatische Zäsur ab 1945 unübersehbar – der Prolog öffnet gleichsam eine Tür in dieses Haus der Geschichte und Erinnerung.

Die Demarkationslinie, die trennenden Zäune und die Mauer gab es erst ab der Teilung Deutschlands nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs.

Der Epilog für die Zeit ab 1990 versucht einen kleinen Ausblick auf das Miteinander nach der Wiedervereinigung. Vor Ort ist trotz der Zugehörigkeit zu zwei unterschiedlichen Ländern aber einem Staat der Neuanfang miteinander geglückt. Für die Menschen in den alten und neuen Ländern besteht die Herausforderung fort, auch die soziokulturelle Vergangenheit langsam wirklich zu überwinden. Das „Grüne Band" steht exemplarisch für eine Leben ohne Grenze, aber mit einer gemeinsamen Natur und Erinnerungsarbeit.

Mit dem Epilog sollten die Besucherinnen und Besucher ins Heute gelangen, in das Deutschland 35 Jahre nach der Wiedervereinigung, nach Bayern und Thüringen als benachbarte Länder und nach Mödlareuth anno 2025 – der Epilog als Ausgangspunkt in unsere Gegenwart mit unseren Fragen und Sorgen.

Die vier oder (einschließlich Prolog und Epilog) sechs Zeitabschnitte dienen den Gästen des Museums gleichsam als Bewegungsraum, um vom Bekanntem ausgehend Neues zu erschließen oder Informationen zu vertiefen.

Große Ereignisse als Folie für das Geschehen in der Region

Bei der Periodisierung orientierten sich der wissenschaftliche Arbeitskreis und das Kuratoren-Team an den internationalen, nationalen, länderbezogenen Ereignissen während des Kalten Krieges und an dessen Überwindung. Nachrichtenbeiträge, Originalfilme machen sie gemeinsam mit umfassendem Bildmaterial anschaulich, gut verdaubare Texte liefern Hintergründe.

Die Vorgänge in dem rund 50 Einwohnerinnen und Einwohner umfassenden Ort und der Region an der Demarkationslinie werden auf dieser „Folie" der Ereignisse der nationalen und internationalen Geschichte erzählt. Besucherinnen und Besucher können so an Bekanntem anknüpfen. Und immer wieder können sie O-Töne von Menschen aus der Region im Video- oder Audioformat abrufen und so deren Lebensgefühl erfassen.

Bewusster Blick auf die Geschichte der SED-Diktatur und ihrer Folgen

Erwachsene besuchen dieses Museum und diese Gedenkstätte, knapp 20 Kilometer von der kreisfreien Stadt Hof und ebenso weit von der Kreisstadt Schleiz des Saale-Orla-Kreises entfernt, bewusst. Viele bringen Vorerfahrungen und Erwartungen mit. Schülerinnen und Schüler machen sich oft auf Vorschlag ihrer Lehrkräfte auf den Weg. Gerade sie benötigen eine Hilfe beim Zugang zu der Thematik.

Der Bau eines Holzzauns – der erste Schritt zur völligen Schließung der innerdeutschen Grenze. Es folgen Metallzaun und dann Betonmauer. Das Bild zeigt den Bau dieses Holzzauns im Juni 1952 an der oberen Mühle in Mödlareuth.
Foto: Deutsch-Deutsches Museum Mödlareuth

Blick vom ehemaligen Beobachtungsturm BT 11 auf einen Teil der Außenausstellung und auf das sich im Werden befindende neue Museum
Foto: Deutsch-Deutsches Museum Mödlareuth/Fotograf: Martin Raab

Große Ereignisse bestimmen Epochen – Menschen erleben Folgen

In der ersten Epoche „Auf dem Weg zur Teilung Deutschlands“ etwa sind das Ende des Zweiten Weltkriegs, die Besatzungszonen der Siegermächte, die Gründung der Bundesrepublik Deutschland mit Westanbindung und sozialer Marktwirtschaft sowie der DDR mit sozialistischer Grundausrichtung und UdSSR-Hörigkeit vielen bekannt. Welche Folgen dies für die Leute an der Grenze, in der Region und im Dorf diesseits und jenseits des Tannbachs haben, das macht die Ausstellung klar. Die gemeinsame Arbeit in Landwirtschaft und Handwerk, in Unternehmen in Bayern und Thüringen findet durch die Besatzungsmächte, vor allem die Sowjetunion, mit der Gründung der beiden deutschen Staaten ein jähes Ende. Ein ikonisches Bild aus dem Bestand des Bundesarchivs etwa zeigt, wie sich selbst 1949 Dorfbewohnerinnen und -bewohner noch am Tannbach begegneten, miteinander sprechen und Wassereimer einander zureichen. Ab 1952 ist diese vermeintliche Idylle Vergangenheit.

In der zweiten Epoche „1952 bis 1961 Schließung der Grenze“ wirft das Datum 1952 eher Fragen auf. 1952 – was war da? Der Volksaufstand in der DDR von 1953 wie auch die Vorgänge in Korea und der Aufstand in Ungarn in den 1950er Jahren sind vielen präsent. Einseitig wurde sich bisher in Schulen und Medien auf die Berliner Mauer als „Schließung der Grenze“ fokussiert. Das Datum 1961 wird deshalb mit dem Epochennamen „Schließung der Grenze“ problemlos in Zusammenhang gebracht werden können, aber auch als Schnittstelle zur Epoche „Zementierung der Teilung“ dienen. Mit der Mauer wurde nur das letzte „Ventil“ der DDR in Richtung Bundesrepublik verschlossen. Für die Menschen an der rund 1.400 Kilometer langen innerdeutschen Grenze verändert sich mit dem Mauerbau zunächst wenig – die Grenze bleibt schwer oder gar nicht überwindbar – nur das „Schlupfloch“ Berlin gehört seit 1961 der Vergangenheit an. Bilder vom Bau eines Holzzaunes und von Metallzäunen stehen für die Schließung der Grenze konkret vor Ort, Zeitungsbeiträge belegen, dass der Einschnitt 1952 von den Zeitgenossen noch nicht in seiner unmittelbaren Wucht verstanden wurden.

In der dritten Epoche „Zementierung der Teilung 1961-1989“ symbolisiert z. B. der Bau der Mauer in Berlin ab dem 13. August 1961 die massiv voranschreitende Abschottung der DDR durch die SED. Dazu werden z. B. die Grenzsperranlagen durch Grenzsignalzäune und Splitterminen verstärkt und somit zu tödlichen Fallen. Diese Phase wird nicht nur durch eine Darstellung von Walter Ulbricht aufgegriffen, der im Mai 1961 noch negierte, dass von Seiten der SED-Führung an den Bau einer Mauer gedacht werde. Darüber hinaus stehen Bilder der Grenzanlagen und NVA-Soldaten, aber auch eine MZ 250, mit der Grenzsoldaten der DDR nicht nur über die Kolonnenwege die Einhaltung der Polizeiverordnung verfolgten sowie Dokumente und

Die Betonmauer in der Dorfmitte bestimmt den Alltag der Menschen ab 1966.
Foto: Deutsch-Deutsches Museum Mödlareuth

Feuerwaffen aus NVA-Beständen für die Brutalität des Grenzregimes als eine tragende Säule des Unrechtsstaats der SED.

Das Grenzsystem wird den Besucherinnen und Besuchern des Deutsch-Deutschen Museums auch mit Hilfe einer Außenausstellung erklärt, bei der in verdichteter Form auf ca. 80 mal 15 Metern – leicht abgesenkt und in einer Corten-Stahl-Wanne – das DDR-Grenzsystem vom Kontrollpunkt bis zur Staatsgrenze selbst dargestellt wird.

In der Dauerausstellung im Museumsgebäude wird auch ein gegenläufiger Trend zur „Zementierung der Teilung" präsentiert: Eine neue Ost-West-Politik, z. B. von Bundesrepublik und DDR. Neue Köpfe wie der von Willy Brandt und der von Helmut Schmidt in der Bundesrepublik sowie der von Erich Honecker in der DDR stehen für diese Veränderung. Der Verkehrsvertrag und der Grundlagenvertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR sowie die Aufnahme der beiden Staaten in die Vereinten Nationen sind unübersehbare Marksteine dieser Entwicklung. Die Regierungen beider Staaten unterzeichneten 1975 die Schlussakte der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE). Das brachte auch der DDR Prestige, setzte sie aber hinsichtlich des Umgangs mit den Menschen unter Druck.

Die Menschen in Mödlareuth erleben den Ausbau der Grenzanlagen, sie erleben keine Verbesserungen. Deshalb behandelt die Dauerausstellung in mehreren Vitrinen die Geschichte der Flucht von Menschen, die von Dieter Gäbelein 1972 und die von Hans Jürgen Schulz 1973 gehören dazu.

Eine Grafik macht deutlich: Von den Fluchtwilligen erreichen den Westen nur etwa fünf Prozent über die Sperranlagen, mehr als vier Fünftel von ihnen werden bereits auf dem Weg bis zum Sperrgebiet ermittelt und festgenommen – Republikflucht war in der DDR eine Straftat.

In der vierten Epoche „Friedliche Revolution und Deutsche Einheit" sehen Interessierte die Agonie einer Diktatur unter den Zeichen von Hammer und Zirkel – eingestimmt werden sie durch Originalausschnitte von Fernsehbeiträgen zum Fall der Mauer auf der Auftaktinstallation.

Viele Menschen in der DDR bringen die Mauer zum Einsturz – und auch die Säulen des Unrechtsregimes insgesamt – und skandieren nicht nur „Wir sind das Volk", sondern ab Ende 1989 auch „Wir sind

ein Volk". Die Ausstellung wirft beispielsweise einen Blick auf die Ereignisse in Plauen, wo am 7. Oktober 1989 bereits mehr als Viertel der Bevölkerung auf die Straßen ging und Reise- und Meinungsfreiheit forderte. Die Reaktion des SED-Oberbürgermeisters und der Stasi – Feuerwehrfahrzeuge werden mit ihren Löschschläuchen als Wasserwerfer gegen ihre Mitmenschen eingesetzt.

Neben dem 9. November 1989 mit dem Sturz der Mauer in Ost-Berlin spielt der 3. Oktober 1990 als Tag der Wiedervereinigung die zentrale Rolle. In Mödlareuth „verschlafen" die Menschen den Sturz der Mauer in Ost-Berlin. In „*Little Berlin*" wird die Mauer erst einen Monat später durchbrochen. Großformatige, ausdrucksstarke Fotos zeigen die Freude der Menschen in dem Dorf und der Region am 9. Dezember 1989 über den Sturz dieser Mauer und die Herzlichkeit der Begegnung mit ihren Verwandten und Freunden, die sie seit 1952 in der Regel nicht mehr getroffen hatten. Der 3. Oktober 1990 dagegen wurde bewusst begangen.

Museum zeigt Erinnerungsort nationaler Dimension

Das Museum bereitet die Geschichte Mödlareuths als Erinnerungsort nationaler Dimension auf. Hier wird die deutsche Geschichte, ja die Geschichte der antagonistischen Blöcke erlebbar. Das haben auch Zeitgenossen bereits so erfahren; Prominente wie etwa Bundespräsident Heinrich Lübcke (1964) und US-Vizepräsident George Bush (1983) besuchten den Ort ebenso wie auch unzählige Touristenströme. Sie warfen von „*Little Berlin*" aus einen Blick auf die DDR. Aber es lassen sich an dem Ort nicht alle Entwicklungen der deutsch-deutschen Geschichte spiegeln.

Um die Desiderate wenigstens streifen zu können, haben die Ausstellungsmacher sich dafür entschieden, politische und historische Schlüsselereignisse vor allem in Medienstationen darzustellen, so etwa den Bau der Berliner Mauer und die Reaktion des US-Präsidenten John F. Kennedy. Die Folgewirkungen auf die Menschen diesseits und jenseits des Eisernen Vorhangs – z. B. die Errichtung einer Betonmauer in der Dorfmitte, die Rahmenbedingungen für das Leben der Einwohnerinnen und Einwohner und deren Alltag aber erzählen Bilder, Dokumente, Exponate, Zeitzeugen in Audio- und Videosequenzen.

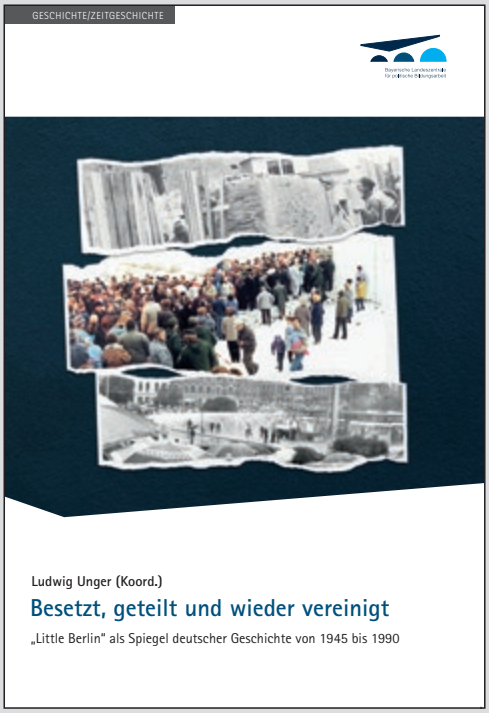
Natürlich lassen sich nicht alle Ereignisse in Deutschland, zwischen Bayern und Thüringen sowie an der Grenze chronologisch bzw. in Epochen scharf voneinander trennen. Einzelne Entwicklungen und Themenbereiche überschreiten diese Epochengrenzen – das gilt auch für die Entwicklung, die das Deutsch-Deutsche Museum den Besucherinnen und Besuchern nahebringen darf:

a) Das Leben als Bauern und die Arbeit auf dem Lande, die auch vor 1945 und bis heute in Mödlareuth dort den Alltag mitbestimmen;
b) die Grenzsperranlagen, deren Gesicht etwa vom Holzzaun bis zum Signalzaun mit Selbstschussanlagen mutiert, aber deswegen immer noch nur einen Zweck haben, die Menschen von der Flucht in den Westen abzuhalten sie werden z. B. auf großformatigen Bildern sichtbar;
c) die Zwangsumsiedlungen von im Grenzgebiet unerwünschten und vermeintlich unzuverlässigen Menschen in das Landesinnere in zumindest zwei großen Wellen 1952 und 1961; für diese gibt es auch vielfältige Beispiele aus der Grenzregion zwischen Bayern und Thüringen;
d) die Fluchten, die mit der Teilung des Landes begannen, aber nach Errichtung und Komplettierung des Grenzregimes mit Sperrgebiet, Sperranlagen und Überwachung nicht ausblieben; ihre Zahl nahm nach dem Abdrehen des Ventils in Berlin 1961 spürbar ab;
e) das Alltagsleben der Menschen an der Grenze, das sich zumindest zwischen 1952 und 1989 nicht grundlegend ändert; denn durch den Ministerratsbeschluss und die Polizeiverordnung von Mai 1952 wurde das Leben im Sperrgebiet massiv eingeschränkt;
f) der Dienst der Soldaten der Nationalen Volksarmee (NVA) und der Grenzorgane.

Bei den Methoden der Vermittlung standen den Museumsmachern, deren Überlegungen von Expertinnen und Experten der Agentur facts and fiction umgesetzt wurden, alle Möglichkeiten moderner Museumspädagogik zur Verfügung. Das Spektrum reicht bis hin zu interaktiven Angeboten wie der Responsestation, an der Besucherinnen und Besucher selbst in die Rolle von Menschen in der DDR schlüpfen können, oder den VR-Brillen, durch die der Wandel des Ortes und des Alltags nachvollziehbar wird.

Zielmarke über 100.000 Gäste pro Jahr

Kuratoren, wissenschaftlicher Arbeitskreis und Zweckverband wünschen sich, dass möglichst viele Menschen das neue Angebot nutzen. Möglichst zahlreich sollen sie sich über die SED-Diktatur, den Alltag der Menschen an der Grenze, aber auch den Willen zur Freiheit der Menschen in der DDR informieren, der zum Sturz der Mauer und der Wiedervereinigung führte. Gut 80.000 Besucherinnen und Besucher waren es bisher im Jahr. Man hofft, dass die Marke von 100.000 künftig regelmäßig überschritten wird.



LESESTOFF

Neu im Publikationsangebot der Landeszentrale:
Ludwig Unger (Koord.):
Besetzt, geteilt und wieder vereinigt.
„Little Berlin" als Spiegel der deutschen Geschichte von 1945 bis 1990, hg. v. Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit,
München 2025.

Die Geschichte der SED-Diktatur und die dramatischen Auswirkungen auf das Leben der Menschen dort, besonders am Eisernen Vorhang, stehen im Mittelpunkt der Publikation „Besetzt, geteilt und wieder vereinigt. "Little Berlin" als Spiegel der deutschen Geschichte von 1945-1990". Themen sind dabei z. B. die deutsche Teilung bis zur Wiedervereinigung, das Grenzregime als eine Säule der SED-Diktatur, Mittun und Widerstand im SED-Staat. Einzelne Beiträge beschäftigen sich mit der Entwicklung im Grenzraum zwischen Bayern, Thüringen und Sachsen – Mödlareuth als Erinnerungsort nationaler Bedeutung ist dabei insbesondere im Fokus, die Neueröffnung des Deutsch-Deutschen Museums im Herbst 2025 ist ein Anlass für die Neuerscheinung. Auch der Blick auf Plauen, wo Menschen ebenso wie etwa in Leipzig frühzeitig für mehr Freiheiten auf die Straße gingen und zugleich die Friedliche Revolution voranbrachten, sowie auf die Zwangsumsiedlung von tausenden Menschen aus dem Grenzgebiet in das Landesinnere werden dargestellt. Abschließend wird die Frage nach dem Heute aufgeworfen - „Unglücklich vereint?"

MUSIK UND POLITIK: DER SOUND DER ZEIT

HOW MANY ROADS MUST A MAN WALK DOWN? VON BOB DYLAN

… diese eine Frage aus Bob Dylans Song *„Blowin' in the Wind"* (Album *Freewheelin'* Bob Dylan, 1963) wirkt heute wie ein Echo aus einer anderen Zeit – und trifft uns trotzdem mitten in der Gegenwart. Dylan stellte sie 1962, aber es klingt mehr als 60 Jahre später erschreckend aktuell: in Debatten über faire Löhne, globale Ungleichheit, Bildungszugang und die Frage, wer eigentlich den Zugang zu Chancen bekommt – und wer nicht. Dass ein Song, der nur aus Fragen besteht, zu einer der prägenden Hymnen der Bürgerrechtsbewegung der USA wurde, zeigt seine Kraft: Er fordert uns heraus, ohne die Antworten vorzugeben.

Dylan war damals kein Superstar, sondern ein junger Singer/Songwriter mit Akustikgitarre, der zwischen Folkclubs und politischen Hochschulkreisen pendelte. Doch er besaß die seltene Fähigkeit, komplexe Missstände in klare, poetische Zeilen zu fassen. *„Yes, how many times must a man look up, before he can see the sky?"* – das ist mehr als eine schöne Metapher. Es ist eine Anklage gegen eine Gesellschaft, die offensichtliche Ungerechtigkeiten ignoriert. Und wenn er fragt: *„How many years can some people exist, before they're allowed to be free?"*, klingt das wie eine nüchterne Bestandsaufnahme sozialer Realität, die damals wie heute gilt.

Gerade jetzt, in einer Zeit wachsender gesellschaftlicher Spaltungen, steigender Lebenshaltungskosten und neuer Unsicherheiten, erhalten diese Fragen eine erneute Schärfe. Die Welt hat sich verändert – doch nicht genug, um Dylans Zeilen alt wirken zu lassen. Viele Menschen erleben Ungleichheit nicht als abstrakten Begriff, sondern als Alltag mit zu geringen Löhnen, fehlenden Chancen oder strukturellen Hürden. Dylans Fragen sind deshalb weniger Nostalgie als Brennglas.

Seine Rolle in der amerikanischen Musikgeschichte ist dabei kaum zu überschätzen. Dylan, Literaturnobelpreisträger 2016, verband Folk, Protestkultur und poetische Texte zu einer völlig neuen Form des

Der US-amerikanische Singer-Songwriter, Dichter, Folk- und Rockmusiker Bob Dylan während eines Fotoshootings in New York im Jahr 1963
Foto: Picture Alliance/ Globe-ZUMA/Dm

Songwritings – eine Kunst, die bis heute Generationen prägt. Er war nie ein klassischer Aktivist, kein Anführer. Aber seine Songs wurden zum Soundtrack derer, die Veränderungen forderten. Musik kann soziale Ungerechtigkeit nicht lösen, aber sie kann sie hörbar machen. Und Dylan verstand diese Kunst wie kaum ein anderer: *„The answer is blowin' in the wind."* Die Antwort ist da – aber sie bleibt schwer zu greifen.

Warum wirkt dieser Song heute noch? Weil soziale Ungleichheit kein Kapitel der Vergangenheit ist, sondern ein Thema der Gegenwart. Die Fragen von 1962 sind die Fragen von 2025. Und vielleicht ist das der Grund, warum die Zeile am Anfang immer noch sticht. Die Wege, die ein Mensch gehen muss, um fair behandelt zu werden – sie sind sicher nicht weniger geworden.

Gregor Köstler

TALKIN' 'BOUT A REVOLUTION VON TRACY CHAPMAN

Soziale Ungleichheit ist in Deutschland ein bleibendes und zunehmend sichtbares gesellschaftliches Thema. Trotz eines der umfassendsten Sozialstaatssysteme weltweit zeigen aktuelle Entwicklungen, dass sich die Schere zwischen arm und reich weiter öffnet. Während Wohlstand und Chancen ungleich verteilt sind, wächst gleichzeitig das Bewusstsein für diese Ungleichheit – und mit ihm die Frage, ob und wie grundlegende Veränderungen möglich sind. Der Song *"Talkin' 'bout a Revolution"* von Tracy Chapman, erschienen in den 1980er Jahren, wirkt in diesem Zusammenhang verblüffend aktuell. Er beschreibt Menschen, die am Rand der Gesellschaft stehen, auf Veränderungen hoffen und manchmal unterhalb der Wahrnehmungsschwelle der Mehrheit bleiben: ein stiller, aber entschlossener Ruf nach Gerechtigkeit.

Soziale Ungleichheit zeigt sich heute in verschiedenen Bereichen: Bildung, Einkommen, Vermögen, Wohnraum oder Chancen auf Teilhabe. Besonders deutlich wird sie im Blick auf das Vermögen: Ein relativ kleiner Teil der Bevölkerung besitzt einen Großteil des Gesamtvermögens, während viele Menschen kaum Rücklagen haben. Diese strukturelle Ungleichheit verfestigt sich häufig über Generationen hinweg. Kinder aus wohlhabenden Familien haben meist besseren Zugang zu Unterstützung, kulturellem Kapital und hochwertigen Bildungsangeboten. Dadurch werden gesellschaftliche Positionen oft vererbt, statt durch individuelle Leistung bestimmt.

Die im Song von Chapman angesprochene Unsichtbarkeit Armer findet sich auch in Deutschland wieder. Menschen, die mehrere Jobs ausüben müssen, obwohl sie dennoch kaum ihren Lebensunterhalt bestreiten können, gehören längst zur Realität des Niedriglohnsektors. Gleichzeitig wächst die Zahl derjenigen, die von sozialer Teilhabe ausgeschlossen sind – etwa, weil steigende Mietpreise sie aus bestimmten Stadtteilen verdrängen. Die Betroffenen bleiben oft im Hintergrund, ähnlich wie die stillen Wartenden im Lied, deren Hoffnung auf Veränderung kaum wahrgenommen wird.

Deutschland steht vor der Herausforderung, strukturelle Ungleichheiten zu verringern und gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken. *"Talkin' 'bout a Revolution"* erinnert uns daran, dass soziale Gerechtigkeit keine Selbstverständlichkeit ist, sondern erkämpft werden muss: Echte Veränderungen entstehen dort, wo Hoffnung auf Entschlossenheit trifft – und wo diejenigen, die lange übersehen wurden, anfangen, gehört zu werden.

Nadja Renner

Tracy Chapman bei einem Konzert in Hamburg 2008
Foto: Picture Alliance/Jazz Archiv/ Fotografin: Isabel Schiffler

EINSICHTEN + PERSPEKTIVEN

Bayerische Zeitschrift für Politik und Geschichte

Impressum
Herausgegeben von der Bayerischen
Landeszentrale für politische Bildungsarbeit
Verantwortlich: Rupert Grübl, Monika Franz

Englschalkinger Str. 12, 81925 München
Telefon: 089 9541154-00
Fax: 089 9541154-99

landeszentrale@blz.bayern.de
www.blz.bayern.de

Redaktion
Monika Franz, Gregor Köstler, Nadja Renner

Titelbildnachweis
Symbolisches Nebeneinander von Wohlstand und Elend: das Frankfurter Bahnhofsviertel
Foto: Picture Alliance/Fotograf: Frank Rumpenhorst

Gestaltung
MUMBECK - Agentur für Werbung GmbH, Wuppertal

Druck
Gebrüder Geiselberger GmbH, Altötting

BLZ auf Social Media

Die Beiträge stellen keine Meinungsäußerung der Landeszentrale für politische Bildungsarbeit dar. Für die inhaltlichen Aussagen tragen die Autorinnen und Autoren die Verantwortung.
Die Landeszentrale konnte die Urheberrechte ggf. nicht bei allen Bildern dieser Ausgabe ermitteln. Sie ist aber bereit, glaubhaft gemachte Ansprüche nachträglich zu honorieren.
Als editorische Notiz ist zu beachten, dass von der Redaktion der E+P die in Bayern gesetzte Doppelformel („Bürgerinnen und Bürger") verwendet wird, externen Autorinnen und Autoren jedoch freigestellt ist, eine andere Schreibweise zu wählen.